



1904 · I. BAND

6. HEFT · JUNI

EDUARD BERNSTEIN · VOM WERT DES PARLAMEN- TARISMUS

In drei auf einander folgenden Nachwahlen zum Reichstage hat die deutsche Socialdemokratie drei Mandate, die sie am 16. Juni 1903 erkämpft hatte wieder verloren. In allen drei Fällen liegen Umstände vor, die es den Gegnern in den betreffenden Wahlkreisen verbieten, von ihrem Siege über die Socialdemokratie gross Aufhebens zu machen. Im Wahlkreise Zschopau-Marienbergr war es ein Conflict innerhalb der Socialdemokratie, der die Actionskraft dieser lähmte und so den Gegnern eine unverdiente Unterstützung lieferte. Ausserdem — und dies trifft auch für die zwei anderen Kreise zu — kam den Gegnern der Umstand zu gute, dass die Wahlen auf Grund der Wahllisten des Vorjahres vorgenommen wurden, was für die Socialdemokratie, deren Wählerschaft sich fast ausschliesslich aus der Arbeiterschaft recrutiert, stets den Verlust eines gewissen Procentsatzes von Stimmen zur Folge hat. Mittlerweile verzogene Arbeiter können ihr Wahlrecht nicht ausüben, die neu hinzugezogenen Arbeiter haben im Wahlkreis noch kein Wahlrecht, weil sie noch nicht in die Listen eingetragen sind. Beiläufig ein Umstand, der mit dem Geist der Wahlbestimmung, wie diese in der Reichsverfassung niedergelegt ist, im Widerspruch steht. Innerhalb des Reiches anerkennt die Reichsverfassung für Reichsangelegenheiten keinen Unterschied von Orts- oder Landeszugehörigkeit: der Reichstagswähler wählt als Reichsbürger. Nicht, wie lange er sich an einem Ort innerhalb des Reichs aufgehalten hat, sondern ob er überhaupt Angehöriger eines Bundesstaats ist, bestimmt die Eigenschaft des Reichstagswählers. Von Rechts wegen müsste demgemäss, nachdem sich herausgestellt, welch grosser Procentsatz von Wählern im Verlaufe eines Jahres ihren Wohnort verlegen, der Absatz 3 des § 8 des Wahlgesetzes, wonach für Nachwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach Vornahme der Hauptwahl stattfinden, die Anfertigung neuer Wählerlisten nicht erforderlich ist eine Abänderung in dem Sinne erfahren, dass die Giltigkeit der Listen nicht über höchstens ein Vierteljahr beziehungsweise den nächsten Umzugstermin hinaus sich erstrecken darf. Aber es ist natürlich ganz aus-

sichtslos, dass die gegenwärtige Reichstagsmehrheit oder gar die verbündeten Regierungen zu einer Revision des Wahlgesetzes in diesem Sinne die Hand bieten würden. Jedermann weiss vielmehr, dass in den Kreisen der offenen oder versteckten Feinde des gegenwärtigen Reichstagswahlrechts unter anderm gerade die Vorschrift einer längeren Wohndauer für die Erlangung der Wählerqualität als eines der Mittel betrachtet wird, das Reichstagswahlrecht nominell als allgemeines, gleiches und directes Wahlrecht bestehen zu lassen und es doch factisch zu beschränken. Die Erfahrungen dieser drei Nachwahlen werden den Appetit dazu eher verstärkt als abgeschwächt haben.

Soweit der Verlust der drei Wahlkreise Zschopau-Marienberg, Sachsen-Altenburg und Frankfurt-Lebus auf die Rechnung solcher Verschiebungen in der Wählerschaft zu setzen ist, liegt für die Socialdemokratie kein Grund vor, dieser Niederlagen sich zu schämen. Denn sie beleuchten ja nur ein Wahlrecht, setzen die Entrechtung einer grossen Anzahl von Wählern in helleres Licht. Die Frage ist aber, ob der Stimmenverlust, den die Socialdemokratie in den genannten Wahlkreisen zu verzeichnen hat mit dem Hinweis auf den Verzug eines Theils ihrer Wähler aus diesen Wahlkreisen erschöpfend begründet ist. Soweit das nicht der Fall ist, soweit die Verluste etwa von einer positiven Abgabe socialdemokratischer Stimmen an die Gegner zeugen oder auch nur einen Nachlass in der Werbekraft der Partei durchblicken lassen, hat die Socialdemokratie sicher allen Grund die Sache ernst zu nehmen und ihre Ursachen *sine ira*, aber *maximo cum studio* zu erörtern.

Das soll jedoch in diesem Artikel nicht geschehen. Sein Zweck ist vielmehr, einer Äusserung entgegenzutreten, die ein vielgelesenes Parteiorgan bei Besprechung einer dieser Wahlen zum besten gegeben hat und die uns gerade bei diesem Anlass ganz und gar nicht am Platze zu sein scheint.

Es war die *Leipziger Volkszeitung*, die sich und ihre Leser über die in ihrem näheren Umkreis erlittene Niederlage mit der Bemerkung hinwegzuträsten suchte, die Socialdemokratie brauche die Niederlage nicht zu tragisch zu nehmen, denn im letzten Grunde sei ihr Kampf kein parlamentarischer und werde auch nicht in den Parlamenten entschieden. Ihre Kraft liege ausserhalb der Parlamente.

Dass darin ein grosses Stück Wahrheit steckt, brauchen wir an dieser Stelle kaum erst zu bemerken. Sind es doch gerade wir, die dem ausserparlamentarischen Werk der Arbeiterklasse die grösste Bedeutung beimessen, gerade wir, die den Gedanken vertreten, dass die Arbeiterklasse nicht alles von der Gesetzgebung oder der staatlichen Verwaltung erwarten soll, sondern einen guten Teil ihres Befreiungswerks durch das Mittel organisirter Selbsthilfe in Gewerkschaften, Genossenschaften selbstschöpferisch zu betreiben, dass die Arbeiterklasse selbst einen Teil der Organe ins Leben zu rufen und auszubauen hat, ohne deren Vorhandensein in einer erheblichen Stärke und auf Erfahrungen beruhenden Verwaltungskraft die Eroberung der politischen Macht nur die Illusion eines Tages sein könnte, der ein schmerzliches Erwachen als unausbleibliche Folge nicht erspart bliebe. Auch kann oder soll darüber kein Streit unter Socialistern bestehen, dass das moderne Wirtschaftsleben, ob seine Verteidiger es wollen oder nicht, durch

seine eigene Entwicklung dazu getrieben wird, immer mehr persönliche und sachliche Vorbedingungen für die socialistische Umgestaltung der Gesellschaft — alias sociale Revolution — zu schaffen, so dass zwar die socialdemokratische Partei zeitweilig besiegt, die socialistische Bewegung aber nun und nimmer auf die Dauer ausgerottet werden kann.

Aber alles zu seiner Zeit und mit Mass und Ziel. Wenn der Parlamentarismus für die Socialdemokratie nicht alles ist, so ist er doch genug für sie, ihre parlamentarische Position nicht auf die leichte Achsel zu nehmen und sich über wichtige Selbstprüfungen mit der Redensart hinwegzusetzen, wir könnten *auch so*. Wir können nicht nur, wir sollen sogar auch *so*, aber soweit es an uns liegt, als *Ergänzung*, nicht als Ersatz. Es handelt sich nicht um eine Alternative, um die Wahl zwischen zwei Wegen, von denen jeder in seiner Art zum Ziel führt, sondern es handelt sich um zwei Kräfte, deren Zusammenwirken erforderlich ist, die in wechselseitiger Beeinflussung erst dazu gelangen, sich in ihrer vollen Leistungsfähigkeit geltend zu machen. Diese Erkenntnis hat sich der Socialdemokratie in langen Kämpfen an der Hand der *Erfahrung* aufgedrängt, sie ist, wie dies in der soeben erschienenen Schrift Paul Kampffmeyers *Wandlungen in der Theorie und Taktik der Socialdemokratie* anschaulich illustriert wird, nicht eine aus theoretischer Ableitung vorhergefasste, sozusagen *empfangene*, sondern eine in der Schule der Praxis *erworbene* Einsicht. Wir *wissen*, dass es hier nicht *entweder* — *oder* heissen kann, sondern dass eine gesunde Entwicklung nur dann verbürgt ist, wenn sie unter dem Motto *sowohl — als auch* vor sich geht. Nur unter letzterer Bedingung wird die Frage des *Wie* und *Wann*, das heisst die Frage nach der *Art* und der *Zeit* der Verwirklichung der socialistischen Bestrebungen die bestmögliche Lösung finden. Es ist aber ganz sicher unsere Aufgabe, in dieser Hinsicht das Bestmögliche zu erstreben.

Es genügt nicht, dass wir die theoretische Sicherheit sozusagen in der Tasche mit uns herumtragen, dass etwas, was wir erstreben, unter allen Umständen auch seine Verwirklichung finden werde. Solche theoretischen Versicherungen sind zunächst keine absoluten Gewissheiten. Die Geschichte hat schon durch manche scheinbar unumstösslich begründete theoretische Versicherung einen recht dicken Strich gemacht und andere nur nach langer Frist und mit vielen Abänderungen und Einschränkungen honoriert. Es kann und darf aber das Moment der *Zeit* und *Art* niemals von uns als nebensächlich behandelt werden. Gerade für den, der das schliessliche Eintreten einer Sache für gewährleistet hält, löst sich die ihm zufallende Aufgabe darin auf, den Zeitpunkt des Eintretens zu beschleunigen und die Art der Verwirklichung so günstig als möglich zu gestalten.

Wir haben daher gar nicht das *Recht*, den Parlamentarismus und seine Möglichkeiten geringer einzuschätzen, als sie sind. Es mag heutzutage, wo sich auf allen Seiten die Gegner rüsten, der Socialdemokratie das parlamentarische Wirken abzuschneiden oder einzuengen, dem einen oder andern unter uns vielleicht als Gebot politischer Klugheit erscheinen, in Bezug auf den Parlamentarismus eine gewisse Indifferenz zur Schau zu tragen und um so mehr die ausserparlamentarischen Momente, die für den Socia-

lismus wirken, zu betonen. Aber dieser Auffassung gegenüber gelten die Sätze, die Lassalle im *Sickingen* dem Balthasar in den Mund legt:

»Der Feind allein, wie sehr du dich verstellst,
Hat bald dich 'raus — ist deine beste Schätzung
Es wertet dich sein Hass gerechter, als
Die grosse Meng', oft, als der Freund dich wertet.«

Die Feinde der Socialdemokratie, die geschworenen Gegner der Arbeiteremancipation, die wissen heute nur zu gut, welchen Wert der Parlamentarismus für die Arbeiterklasse haben kann, welche Kraft in ihm ruht, welche Möglichkeiten er darbietet. Nicht nur, dass sie ihn lange genug — und der Himmel weiss, wie ausgiebig — selbst für sich ausgebeutet haben, sie haben auch zur Genüge erfahren, dass es der Arbeiterpartei gegebenenfalls nicht an der Fähigkeit fehlt, von dieser Waffe wirkungsvoll Gebrauch zu machen. Und so weit sie das nicht erfahren haben, kann man wieder mit Lassalle sagen:

»Mächt'ge Naturen schätzt der Feind voraus,
Lang', eh' der Freund in Hoffnung ihnen naht.«

Die Gegner, die Verteidiger aller hinfällig gewordenen Privilegien, wissen heute sehr wohl, was es für sie und für die Vorkämpfer des Neuen bedeutet, wer von ihnen die parlamentarischen Positionen inne hat — eben weil es ja vornehmlich das Zeitmoment ist, das bei den politischen Kämpfen der Gegenwart eine so grosse Rolle spielt. Bremsen, hinhalten, hinausschieben — was liegt nicht alles in diesen Worten! Jede Terminverlängerung ihrer Macht bedeutet für die Vertreter des Alten eine neue Möglichkeit, Schwierigkeiten auszuhecken, der Entwicklung Steine in den Weg zu wälzen, Rechte und Interessen zu schaffen, die gegen den Andrang des Neuen ausgespielt werden können. Wer aber die Möglichkeiten und den Wert des Parlamentarismus noch immer nicht voll erfasst hat, das sind die Massen, das ist die grosse Mehrheit der Arbeiterklasse. Und das ist nur naturgemäss. Denn für sie ist der Parlamentarismus in der Hauptsache noch etwas Abstractes, Metaphysisches, etwas, das noch nicht ihnen *lebt*. Denn er soll ja erst der Träger und Ausdruck ihrer Interessen werden.

Die grosse Masse der Arbeiterschaft hat die Bedeutung der parlamentarischen Vertretung nur erst zur Hälfte erfasst. Sie macht wohl, wenn sie zur Wahl gerufen wird, von ihrem Stimmrecht Gebrauch, sie wird auch wo sie zwischen bürgerlichen Candidaten und Socialisten zu wählen hat ohne grossen Zuredens zu bedürfen, den letzteren vorziehen, aber im ganzen ist ihr die Stimmabgabe noch immer mehr eine *Demonstration*, eine Manifestierung ihres *Fühlens*, als eine Mandatsübertragung in dem Sinne, dass sie einer Teilnahme an der Regierung durch das Mittel des Mandatars gleichkommt. Das aber soll sie nach der Natur des Parlamentarismus sein, und das ist sie in dem Masse oder wird sie in dem Masse sein als der Parlamentarismus in der Wählerschaft wirklich *lebt*. Und wo sie in diesem Sinne vom Wähler empfunden wird, wo sie nicht als Ausübung eines abstracten Rechtes, sondern als bewusste und bestimmte Willensübertragung von ihm vollzogen wird, da wird die Stimmabgabe für ihn auch ein *Bedürfnis* sein, wird er darauf bestehen, wird er das

Wahlrecht nicht im Sinne einer Erlaubnis, zu wählen, sondern als eine erworbene und wichtige Gerechtsame auffassen, ausüben und je nachdem auch verteidigen.

Zu dieser Auffassung gilt es die Wähler zu erziehen — heute mehr, als zu irgend einer früheren Zeit. Das geschieht aber sicherlich nicht, wenn man, weil ein paar Wahlen ungünstig ausgegangen sind, sofort nach dem Vorbild Meister Reinekes die Trauben für säuerlich erklärt. Nein, die Trauben sind nicht säuerlich, sie sind geniessbar und müssen erlangt werden, weil das Volk der Traubencur, das heisst des Parlamentarismus, bedarf.

Der Parlamentarismus ist kein vollkommenes Institut und nicht das letzte Wort der staatlichen Entwicklung. Er ist auch nicht die einzige bestimmende Kraft dieser Entwicklung, sondern nur eine unter einer Vielheit von Kräften, die ihren Weg bestimmen. Aber er ist eine wichtige Kraft ein wesentliches Organ, ein machtvoller Hebel dieser Entwicklung. Wie alle politischen Einrichtungen ist er dem corumpierenden Einfluss der Routine ausgesetzt und verliert, wenn man ihn aus zu grosser Nähe betrachtet. Will man ihn richtig werten, so muss man ihn geschichtlich und dynamisch betrachten. Die Menschen bleiben sich schliesslich überall gleich. Hans bleibt Hans, ob er in der Amtsstube sitzt oder hinter dem Schraubstock steht, ob er im Comptoir arbeitet oder im Parlament an der Gesetzesfabrikation mitwirkt. Seine menschlichen Schwächen werden sich überall geltend machen. Herbert Spencer erzählt in seiner soeben erschienenen Autobiographie mit vieler Belustigung, wie entsetzt einige Leute einmal waren, als er, der Philosoph, ein Picknick gab, wie erstaunt Mr. Carnegie war, als er Spencer bei einer Mahlzeit auf einem atlantischen Dampfer dem Kellner zurufen hörte: »Kellner, ich habe nicht Cheshire Käse, sondern Cheddar Käse bestellt«, und wie ein Franzose seinen Augen nicht trauen wollte, als er ihn, Spencer, Billard spielen sah. Die Beschäftigung mit der Philosophie macht aus dem Denker noch keine fleisch- und blutlose Abstraction, und das Parlamentsmandat macht den mit ihm Gesegneten noch nicht zum Übermenschen, wengleich eine gewisse erzieherische Wirkung der parlamentarischen Tätigkeit nicht bestritten werden kann noch soll. Der muss schon unheilbar stumpfsinnig sein, der nicht durch die Teilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, von denen die wichtigsten ja hinter den Coulissen, in Commissionen, vor sich gehen, eine Erweiterung seines Horizonts erföhre. Auch hier macht das Amt den Mann, und es wäre sehr verfehlt, diese erzieherische Wirkung des Parlamentarismus auf die ihn Ausübenden ganz zu übersehen. Es kann schliesslich keine gleichgiltige Sache für eine politische Bewegung sein, ob sie eine Anzahl Leute in ihren Reihen hat oder nicht, denen das Budget, und was dazu gehört, kein Buch mit sieben Siegeln ist. Wer den Parlamentarismus nur von aussen beurteilt wird ihn entweder über- oder unterschätzen, und die Unsicherheit, die noch vielfach in der Socialdemokratie zu finden ist, sobald es sich um die Bestimmung der grundsätzlichen Stellung zum Parlamentarismus handelt, ist denn auch Folge des Umstandes, dass die ersten socialistischen Veröffentlichungen über ihn von Leuten herrührten, die ihn nur von aussen beurteilten und ausserdem der bürgerlichen Gesellschaft eine erheblich kürzere Dauer zuerkannten, als dieser tatsächlich innewohnt. Die so erstandene Doctrin

lebt noch heute als Tradition fort und pfuscht in unser Denken hinein, obwohl die Praxis längst zu anderer Beurteilung geführt hat. Solange die grossen, Millionen von Menschen umfassenden Gemeinwesen fort dauern, werden auch die Parlamente als unentbehrliche Organe der Gesetzgebung und der Controle der Verwaltung fort dauern, nur insofern dem Wechsel unterworfen, als ihre Machtstelle der centralen Vollziehungsinstanz gegenüber zunehmen muss, während sie zugleich immer mehr Functionen an die örtlichen oder specifischen Selbstverwaltungskörper abgeben. Da es aber die Parlamente sind, die die Zusammensetzung und Verfassung dieser Körper bestimmen, so ist darin ein Grund mehr gegeben, warum die Arbeiterclassen darauf bestehen muss, nach Massgabe ihrer zahlenmässigen Stärke und culturellen Kraft in den Parlamenten vertreten zu sein. Sie braucht nicht jede örtliche Niederlage tragisch zu nehmen, aber sie darf auch keine Niederlage leicht nehmen. Vor allem aber hat sie wachsam zu sein gegenüber allen Anschlägen wider das allgemeine Wahlrecht. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn in der Arbeiterschaft eine Auffassung platzgriffe, dass am Wahlrecht ja schliesslich auch nicht allzu viel liege. Wie viel oder wie wenig am Wahlrecht liegt, es ist ein Recht der Arbeiterschaft, und eine Classe, die vorwärts strebt, darf auch nicht ein Haar breit von ihrem Recht sich nehmen oder streitig machen lassen, ohne sich mit der ganzen Energie dagegen aufzulehnen, deren sie fähig ist.

XX

ADOLPH VON ELM · UNTERNEHMERTERRORISMUS UND ABWEHRTAKTIK DER ARBEITER

Über ein Menschenalter währt bereits der Kampf der deutschen Arbeiter um ein auch in der praktischen Ausübung völlig freies Coalitionsrecht, und sein Ende ist noch immer nicht abzusehen. Wenn die Unternehmer es erzwingen könnten, so würden auch jetzt noch, wie ehemals, in Preussen nach den bis zum 17. Januar 1845 geltenden Bestimmungen der §§ 182, 183 und 184 der Gewerbeordnung die Arbeiter wegen Einstellung der Arbeit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Obgleich im Jahre 1869 durch den jetzigen § 152 der Gewerbeordnung den Arbeitern das gesetzliche Coalitionsrecht eingeräumt wurde, können die Herren Capitalisten sich über die deutsche Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten wahrlich nicht beklagen; diese haben, was in ihren Kräften stand, getan, um die Arbeiter in der Ausübung ihres Rechtes zu behindern. Das bekannte Wort des ehemaligen Ministers des Innern, Herrn von Bötticher: »Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie« wird auf keinem Gebiete so treffend illustriert, wie durch das Verhalten der verbündeten Regierungen gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Kaum war den Arbeitern das Vereinigungsrecht gegeben, so begannen auch schon die behördlichen Chicanierungen der Gewerkschaften. In der Ära des Socialistengesetzes waren die Gewerkschaften nur geduldet, ihre Bewegungsfreiheit war in einer Weise gehemmt, dass an eine rasche Entwicklung, an ihre innere Festigung nicht zu denken war. Aber auch nach dem Fall des Socialistengesetzes blieb's im grossen und ganzen beim alten. Bot doch das reactionäre preussische Vereinsgesetz hinreichend Handhaben,

der Entwicklung der Gewerkschaften Fesseln anzulegen. Politische Vereine durften nicht mit einander in Verbindung treten; da nun alle Erörterungen über gesetzlichen Arbeiterschutz, Regelung der Arbeitszeit u. s. w. für politisch erklärt wurden, so schwebten die Centralverbände tatsächlich in der Luft. Den Frauen war die Teilnahme an politischen Vereinen verboten; diese Bestimmung des preussischen Vereinsgesetzes besteht ja auch heute noch zu Recht und ist auch in neuerer Zeit noch dazu benutzt worden, die Gewerkschaften zu drangsalieren. Auch heute noch verlangen auf Grund des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes in vielen Orten die Behörden von den Gewerkschaften, dass sie ihnen ihre Mitgliederlisten einreichen; es ist constatiert worden, dass einzelne Behörden Abschriften dieser Listen den Arbeitgebern zustellten.

Für die Arbeitgeber gab es in der Praxis diese Beschränkungen nicht: unbehelligt von den Behörden haben sich die Arbeitgeberverbände von Beginn ihrer Gründung an ständig mit Politik beschäftigt, Petitionen und Resolutionen politischen Inhalts beschlossen und dieselben dem Reichstag und dem Bundesrat direct zugeschickt.

Wie in Preussen, so auch in Sachsen: die Gewerkschaften waren in beiden Staaten in der Praxis nur geduldet, nie erlaubt. Wenn die Vereinsgesetze zur Bedrückung der Gewerkschaften nicht ausreichten, wurden andere gesetzliche Bestimmungen herangezogen, um ihnen ihr Dasein zu erschweren. So versuchte man auf Grund des Gesetzes über die Versicherungsanstalten Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität etc. gewährten, unter staatliche Controlle zu zwingen. auf Grund des § 360 II des Strafgesetzbuches wurde die zur Ausübung des Coalitionsrechts unerlässliche Überwachung von Fabriken für groben Unfug erklärt und bestraft; sogar die Warnung vor Zuzug gilt stellenweise auch heute noch als ein strafwürdiges Vergehen; waren Arbeiter bei Erklärung von Sperrern nicht sehr vorsichtig in ihren Worten, ging man auf Grund des § 253 des Strafgesetzbuches wegen Erpressung gegen sie vor. Im November 1898 wurde zum Beispiel ein Maurer vom Landgericht in Dresden zu sechs Monaten Gefängnis, und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er zu seinem Arbeitgeber gesagt haben soll: »Wenn Sie den Lohn [45 Pfennig die Stunde] nicht zahlen, werden wir dafür sorgen, dass unter vier Wochen kein Maurer auf den Bau kommt!« Und weiter die schweren Verurteilungen wegen Bedrohung der sogenannten *Arbeitswilligen*; auf neun Monate Gefängnis wird erkannt, weil ein Strikender einen ins Lager des Feindes übergegangenen Kollegen mit einem Schirm bedroht haben soll; weil ein Gewerkschafter einen Nichtorganisierten einen *dummen Kerl* nennt, muss er auf einen Monat ins Gefängnis wandern; weil ein alter Mann einen jungen, unerfahrenen Menschen vor dem Strikebruch warnt, werden ihm zwei Monate Gefängnis zuerkannt. Kommt es gelegentlich von Differenzen einmal zu einer Schlägerei zwischen Strikenden und Strikebrechern, wird sofort auf Landfriedensbruch erkannt; die beteiligten Strikenden werden zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt, während die Strikebrecher sich fast immer — selbst wenn es sich um einen Totschlag handelt — der grössten Milde der Richter zu erfreuen haben.

Alle diese Tatsachen sind vor der breitesten Öffentlichkeit tausendfach, nicht nur in der socialdemokratischen, sondern auch in der anständigen bürgerlichen Presse erörtert und verurteilt worden; ebenso bekannt ist, dass wegen des organisierten Terrorismus der Unternehmer, sowohl gegen ihre eigenen Berufsgenossen, wie gegen die Arbeiter, noch niemals vorgegangen ist. Arbeitgeber, welche sich der Dictatur der Arbeitgeberverbände nicht fügen, werden in Acht und Bann erklärt, sie werden gesellschaftlich boycotiert und, wo immer sich dazu Ge-

legenheit bietet, wirtschaftlich geschädigt. Obgleich darüber kein Zweifel besteht, dass die gesetzgebenden Körperschaften durch Schaffung der Bestimmungen über die Einigungsämter eine gegenseitige Aussprache über die Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Zweck des friedlichen Ausgleichs für geboten erachteten, verbieten einzelne Arbeitgeberverbände ausdrücklich ihren Mitgliedern, mit ihren Arbeitern in irgend welche Verhandlungen einzutreten, und lehnen solche corporativ ebenfalls entschieden ab. Hohe Conventionalstrafen werden festgesetzt, um dem Geiste der gesetzlichen Bestimmungen geradezu hohnsprechende terroristische Gewaltmassregeln gegen die Arbeiter zu erzwingen.

Von Anbeginn an haben die Arbeitgeberverbände systematisch daran gearbeitet, die Arbeiter ihres ihnen durch das Gesetz gewährleisteten Vereinigungsrechts zu berauben. Als Beweis seien hier nur einige charakteristische Ausführungen des Secretairs der Berliner Metallindustriellen auf der Arbeitsnachweiskonferenz zu Leipzig am 5. September 1898 über die *erziehlichen Wirkungen der Arbeitsnachweise* wiedergegeben:

»Strikende sind jedenfalls sofort und bis auf weiteres zu sperren und — mit Ausnahme der Aufwiegler — erst dann wieder frei zu geben, wenn der Strike beendet ist. Die Strikenden müssen erkennen, dass jeder Strike, das heisst jedes gleichzeitige Niederlegen der Arbeit durch eine Zahl von Arbeitern, als eine Nötigung und als Ausnutzung einer Zwangslage angesehen, beurteilt und geahndet wird. Ebenso sind diejenigen Arbeiter mit längerer Sperren zu belegen, welche sich zum sogenannten *Strikepoststehen* oder gar zu wörtlichen oder tätlichen Angriffen gegen ihre arbeitswilligen Collegen (die sogenannten *Strikebrecher*) hergeben.

Agitatoren sind, sofern sie durch ihre Tätigkeit innerhalb oder ausserhalb der Werkstätten als solche erkannt werden, grundsätzlich und dauernd zu sperren. Eine Besserung solcher gewerbsmässiger Hetzer erscheint wohl ausgeschlossen, deshalb müssen sie aus dem Arbeiterstande rücksichtslos herausgedrückt werden [!!].«

Das sind die Grundsätze, nach denen bisher durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände gehandelt wurde. Wer wagt zu bestreiten, dass es sich hierbei um eine systematische Unterdrückung der Coalitionsfreiheit der Arbeiter handelt?

Der Antrag der socialdemokratischen Fraction, diesen offenkundigen ungesetzlichen Terrorismus mit Gefängnis bis zu drei Monaten zu bestrafen, hat auf seiten der *Herren im eigenen Hause* geradezu ein Wutgeheul hervorgerufen. Einer derselben verlangte in dem Organ der Hamburger Grosscapitalisten, den *Hamburger Nachrichten*, von den Bourgeoisparteien im Reichstag allen Ernstes, dass sie als Antwort auf den socialdemokratischen Antrag die folgende Bestimmung zum Beschluss erheben sollten:

»Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren wird bestraft, wer sich verabredet oder vereinigt, um Arbeitgebern ihr ferneres Fortkommen zu erschweren, dahin gehend, dass erstere versuchen, bei Strikes oder Ausständen irgend welcher Art Arbeitswillige von dem beabsichtigten Arbeitsantritt abzuhalten.«

Dieser Wahnsinn zeigt uns die menschenfreundliche Gesinnung der Herren *Scharfmacher* in der grellsten Beleuchtung.

In der bisherigen Periode der Geschäftsflaute finden wir die Arbeitgeberverbände überall an der Arbeit, durch ihre wirtschaftliche Macht die Arbeiter ihrer gesetzlichen Rechte zu berauben. Aussperrungen über Aussperrungen, um die Arbeiter zum Austritt aus ihren Berufsvereinen zu zwingen. Aus dem Jahre 1903 seien hier nur folgende Attentate auf das Coalitionsrecht der Arbeiter verzeichnet: die Aussperrungen der Arbeiter durch den *Norddeutschen Lloyd* in Bremen, durch die Holzindustriellen in Berlin, durch die Metallindustriellen in Iserlohn, durch die Schuhfabrikanten in Pirmasenz, und weiter die der Bau-

arbeiter in Dresden, Mainz, Cöln, Cassel u. s. w., und schliesslich — Crimmitschau: 8000 Arbeiter ausgesperrt, weil 500 von ihnen es gewagt hatten, die zehnstündige Arbeitszeit und eine ganz minimale Erhöhung ihrer elenden Löhne zu fordern. Der Ausgang ist bekannt. Dem Terrorismus der Arbeitgeber kam die sächsische Regierung zu Hilfe durch Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt. Der Sieg der Arbeitgeber erscheint nach einer so gewaltsamen Unterdrückung aller gesetzlichen Rechte der Arbeiter erklärlich.

Aber der Kampf in Crimmitschau hat das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter Deutschlands in einer so glänzenden Weise offenbart, dass den Capitalisten — trotz des Sieges — um ihre fernere brutale Herrschaft über die von ihnen ausgebeuteten Arbeiter bange wird. Wie — wenn die Geknechteten die beim Crimmitschauer Kampf so spontan bekundete Solidarität aller Arbeiter systematisch organisierten? Zeigt doch das Beispiel der dänischen Gewerkschaften, dass die Bildung eines allgemeinen Kampffonds gegen die unumschränkte Gewaltherrschaft des Capitals kein leeres Phantasiegebilde ist; was dort sich in der Praxis für die Arbeiter so gut bewährt hat, warum sollte dies nicht auch in Deutschland zu befürchten sein? Die Gefahr ist allerdings noch nicht in greifbare Nähe gerückt, denn bisher war unter den deutschen Gewerkschaften für eine einheitlich organisierte Abwehr gegen den Terrorismus der Arbeitgeber eine Einigung nicht zu erzielen; aber — der Moment ist günstig. Die *Scharfmacher* halten die Situation für so vorteilhaft, dass sie sich schleunigst daran machen, die Arbeitgeber im ganzen Reich zur Bildung eines allgemeinen Schutzbündnisses gegen die *Socialdemokratie* aufzufordern. Gegen die *Socialdemokratie* lautet die Parole, weil man sehr wohl weiss, dass man damit gleich die Sympathieen sowohl aller Spiessbürger, als auch der hohen deutschen Reichsregierung gewinnen wird. Und noch schöner wird sich der Plan ausnehmen, wenn er mit der Phrase der Harmonie zwischen Capital und Arbeit geziert wird. An der Spitze marschierten natürlich die Grossindustriellen, die allmächtigen Herren der grossen Syndikate. Sie glaubten, den günstigen Moment ausnutzen zu können, um gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen; nicht nur den Arbeitern sollte der Fuss auf den Nacken gesetzt werden, auch die kleinen Industriellen hoffte man in der allgemeinen Hurrastimmung unter die Oberhoheit der Syndikate und damit gleichfalls zur Unterstützung ihrer Schutzzollpolitik zwingen zu können. Der schlaue Plan war leichter gedacht, als ausgeführt; die kleineren Industriellen merkten die Absicht und — wurden verstimmt. Namentlich in der Metallindustrie ist es doch noch nicht vergessen, wie die cartellierten Grossindustriellen sämtlichen Fabrikanten, welche Ganzfabrikate anfertigen, in den Jahren 1899, 1900 und 1901 ihre Rohmaterialien (Kohlen und Eisen) in einem Masse verteuerten, dass sie gegenüber dem Ausland völlig concurrenzunfähig und viele von ihnen bis an den Rand des Bankerotts getrieben wurden. Namentlich das Roheisensyndikat hat in jener Zeit seine Organisation dazu benutzt, um die Inlandpreise künstlich in die Höhe zu schrauben, dagegen wurden den ausländischen Abnehmern zu ganz normalen Preisen ungeheure Mengen Roheisen und auch Halbfabrikate geliefert. Die Krisis, unter der in erster Linie die Metallindustrie zu leiden hatte, war hauptsächlich eine Folge dieser *solidarischen* Handlungsweise der Herren der grossen Syndikate.

Bei den nun einmal nicht hinwegzudisputierenden Interessengegensätzen zwischen den ganz Grossen und den kleinen und mittleren Grössen sowohl in der Metallindustrie, als auch in anderen Branchen, ist es begreiflich, dass der geplante allgemeine deutsche Arbeitgeberbund nicht zu stande gekommen ist. Man begnügte sich nach längeren Verhandlungen damit, ein *Cartell* zwischen den einzelnen Arbeitgeberverbänden, eine sogenannte *Centralstelle*, für dieselben zu schaffen. Es ist kaum anzunehmen, dass dieses Cartell praktisch verwirk-

lichen wird und kann, was durch dasselbe beabsichtigt wird. Für die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber soll eine Centrale geschaffen werden; die schwarzen Listen, die bei einem eintretenden Strike in einem Berufe von dem betreffenden Arbeitgeberverband herausgegeben werden, sollen für die Arbeitgeber aller Berufe gelten. Strikende, in erster Linie natürlich die leitenden Personen, sollen in ganz Deutschland in keinem Berufe mehr in Arbeit genommen, also direct zum Hungertod verurteilt werden. Die Centralstelle soll bei Strikes und Boycotts eine Unterstützungssaction zwischen den Einzeivereinigungen in die Wege leiten, man plant eine Art Rückversicherung bei Strikes durch die Hauptstelle.

Praktisch zeigt sich hier, dass trotz des grossen Tamtams die Centralorganisation der Unternehmerverbände über die der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht hinausgekommen ist. Wie auf seiten der Arbeiter die *General-commission der Gewerkschaften Deutschlands* lediglich eine vermittelnde Rolle spielt, die Unterstützungsgesuche einzelner Verbände den übrigen zur Berücksichtigung empfehlen kann, so dürfte auch das Cartell der Arbeitgeberverbände schwerlich die Macht erlangen, seine im § 23 festgelegte Bestimmung durchzusetzen:

„Jedes Mitglied der Hauptstelle ist verpflichtet, den Beschlüssen auf Nichtannahme strikender, ausgesperrter oder widerrechtlich ausgetretener Arbeiter und Aufbringung der Geldmittel zur Durchführung einer Hilfsaction Folge zu leisten.“

Die Interessengegensätze zwischen den Arbeitgeberverbänden sind naturgemäss grössere, als zwischen den Centralverbänden der Gewerkschaften; bei letzteren sind sie in Wirklichkeit nur eingebildete; sie beruhen auf dem Wahn einzelner führender Elemente, aus eigener Kraft die grossen wirtschaftlichen Kämpfe ausfechten zu können und der Hilfe anderer Organisationen nicht zu bedürfen. Deshalb will man sich auf eine systematische Unterstützungssaction nicht festlegen, weil man befürchtet, durch dieselbe lediglich zum Zahlen für andere schwächere Verbände genötigt zu sein. Es lässt sich diesem Standpunkt eine gewisse Berechtigung nicht absprechen; wir haben in Deutschland eine Periode gehabt, in der allerdings manche Organisationen in wirtschaftliche Kämpfe eintraten, ohne auch nur für ganz kurze Zeit gerüstet zu sein; sie rechneten lediglich darauf, dass bei einem Appell an die allgemeine Solidarität der deutschen Arbeiterschaft schon die nötigen Mittel zusammenkommen würden. Erfreulicherweise haben nach und nach sämtliche Gewerkschaften ihre Beiträge erhöht, so dass bei weiterem Wirken in dieser Richtung voraussichtlich die Basis geschaffen werden wird, um eine gemeinsame Hilfsaction unter bestimmten Voraussetzungen in die Wege zu leiten. Bekanntlich hat die *General-commission* früher einmal einen derartigen Entwurf dem Gewerkschaftscongress vorgelegt; dieser wurde aber abgelehnt. In seinen Grundzügen ist er später von den fortgeschritteneren englischen Gewerkschaften acceptiert, wo auch seine Durchführung ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt wurde.

Wenn die Kriegserklärung der Arbeitgeberverbände, die wir in ihrer Bedeutung auch nicht unterschätzen sollten, seitens der Gewerkschaften durch die Bildung eines gemeinsamen Abwehrfonds beantwortet werden würde, so könnte dies im Interesse der praktischen Betätigung und Organisation der allgemeinen Solidarität nur als ein bedeutender Fortschritt begrüsst werden. Es ist kein Zweifel, dass bei praktischer Organisation mit viel geringeren Mitteln, als heute durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden, viel mehr geleistet werden könnte. Die Tatsache des Bestehens eines grossen Abwehrfonds gegen die brutalen Angriffe der Capitalisten auf das Coalitionsrecht würde ihre erzieherische Wirkung auf diese nicht verfehlen. Rechnen doch heute die Herren Capitalisten mit aller Bestimmtheit darauf, dass bei den von ihnen inscenirten

allgemeinen grossen Aussperrungen die Mittel der Gewerkschaft bald erschöpft sind und der Sieg ihnen bei einiger Ausdauer unter allen Umständen zufallen muss. Nach den bisherigen Erfahrungen ist leider nicht zu hoffen, dass eine gemeinsame Hilfsaction in nächster Zeit schon auf die nötige Unterstützung in den leitenden Kreisen der Gewerkschaften rechnen kann. Es wird auch hier noch vorläufig alles beim alten bleiben, bis man eines Tages einmal genötigt sein wird, aus der Not eine Tugend zu machen; denn so viel steht fest: wenn auch der allgemeine deutsche Arbeitgeberverband gescheitert ist, die wirtschaftlichen Classenkämpfe werden, wie die Dinge bei uns in Deutschland liegen, in einer grossen Zahl von Gewerben zunächst einmal noch schärfere Formen annehmen. Wo Tarifverträge abgeschlossen sind, ist das ein Beweis für die gegenseitige Anerkennung der Organisationen; in den meisten Gewerben rechnen jedoch die Capitalisten mit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht als mit einem ihrer Organisation gleichwertigen Machtfactor. Sie werden erst dann andere Saiten aufziehen, wenn die Gewerkschaften die Macht besitzen, sie dazu zu zwingen.

Deshalb gilt es in erster Linie wiederum, mit gesteigerter Energie auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen hinzuwirken. Gewiss: es sind gewaltige Fortschritte gemacht worden; 1891 hatten die freien Gewerkschaften 287 000 Mitglieder, 1902 743 000; 1891 betrug das Vermögen der selben noch keine halbe Million, 1902 schon 10,25 Millionen Mark. Auch während der flauen Geschäftsperiode ist kein Rückgang, sondern ein ganz erhebliches Wachstum der Gewerkschaften zu constatieren. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften betrug Anfang dieses Jahres schon annähernd eine Million. Aber — und das darf auch nicht verschwiegen werden —: eine sehr grosse Zahl von Arbeitern hält es immer noch nicht für nötig, ständ'ig Mitglied der Berufsorganisation zu bleiben. Die Zahl derjenigen, welche alljährlich wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden müssen, ist in vielen Gewerkschaften immer noch eine grosse. Auch zeigt uns der Verlauf mancher Strikes, wie wenig noch der Organisationsgedanke bei vielen Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Den Capitalisten ist jedes Mittel, auch das infamste, recht, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören. Die Arbeitgeber vom *Norddeutschen Lloyd* erreichten bekanntlich ihr Ziel dadurch, dass sie eine grosse Zahl von Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Vorarbeitern und Werkführern avancieren liessen; und — traurig, aber wahr — dieselben Leute, die bisher eifrig für ihre Gewerkschaft gearbeitet hatten, suchten dieselbe jetzt zu unterminieren. Völlige Desorganisation war die Folge. *Teile und herrsche* — das ist der Grundsatz, nach welchem die Capitalisten handeln. Den Verrätern an der Sache der Arbeit höhere Löhne, das kostet nicht allzu viel, wenn dadurch nur das Ziel erreicht wird, die Masse ihrer einzigsten Waffe, der Organisation, zu berauben und derselben dann nach Belieben die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit verlängern und sie in andauernde Abhängigkeit vom Capital zwingen zu können.

Crimmitschau — welcher organisierte Arbeiter hat nicht mit Stolz die Berichte unserer Arbeiterpresse über die *Helden von Crimmitschau* gelesen! Das Ende des Kampfes zeigte uns, dass die Zahl derselben von Woche zu Woche zusammenschrumpfte und am Schlusse des Kampfes eine grosse Zahl Strikebrecher aus Crimmitschau und aus dem *roten Sachsen* selbst vorhanden war — und das trotzdem, dass Mittel zur Fortführung des Kampfes noch für längere Zeit zur Verfügung standen. Wenn die Abgabe eines socialdemokratischen Stimmzettels am Wahltag als Zeichen der Reife der Arbeiterschaft gelten soll, marschiert Sachsen allerdings an der Spitze; aber mit der Organisation der

Arbeiterschaft, so wird uns jetzt nach den Misserfolgen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet berichtet, sieht's vielerorten noch sehr traurig aus.

Verlorene Strikes geben manchen Leuten immer wieder Gelegenheit, von den *Grenzen der Gewerkschaftsbewegung* zu reden. Wenn sie, wie wir Gewerkschafter, die Dinge aus eigener, durch fortgesetzte praktische Tätigkeit gewonnene Erfahrung kennen würden, so würden sie anders denken.

Was beweisen in der Tat die meisten verlorenen wirtschaftlichen Kämpfe? Nichts weiter, als dass die Arbeiter in ihrer Masse noch keine geschulten Kämpfer sind; bei den meisten verlorenen Strikes lässt sich feststellen, einmal, dass die Arbeiter entweder erst ganz kurze Zeit oder höchst ungenügend organisiert waren — in Crimmitschau waren zu Beginn des Kampfes von den 8000 Aussperrten ganze 1800 organisiert —, ferner, dass Mittel zur Führung des Kampfes auf längere Dauer nicht vorhanden waren, und endlich, dass die Arbeiter den Kampf aufnahmen respective sich aufzwingen liessen in einem Moment, wo der Gegner von vornherein sich in der stärksten Position befand. Die Massen der Arbeiter besitzen in der Regel zu wenig Kenntnis von der allgemeinen Geschäftsconjunctur, die Mahnungen zur Vorsicht von einsichtigen Führern werden in den Wind geschlagen; auch sind sie noch meistens so dumm-ehrlich, dass sie aus falsch verstandenem Ehrgefühl dem raffinierten Gegner geradezu in die Hände arbeiten. Nur ein Beispiel für viele. Als 1891 die Cigarrenfabrikanten von Hamburg-Altona-Ottensen die Tabakarbeiter aussperrten, lediglich zu dem Zweck, ihren Austritt aus der Organisation zu erzwingen, gab ich meinen Kollegen von vornherein den Rat, den ihnen vorgelegten Revers kalten Blutes ruhig zu unterschreiben und selbstverständlich Mitglied der Organisation zu bleiben. Mich dauert noch heute jeder Groschen, der für den Kampf um die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft vergeudet wird. Das Coalitionsrecht ist den Arbeitern gesetzlich gewährleistet; wer ihnen dasselbe durch Drohungen und Zwang, Entziehung von Arbeit zu nehmen versucht, handelt ungesetzlich, verstößt wider die guten Sitten. Verträge, die unter solch einem ungesetzlichen Zwang abgeschlossen werden, haben moralisch keine Berechtigung. Auch das Reichsgericht hat sich kürzlich auf den Standpunct gestellt, dass es wider die guten Sitten verstößt, Arbeiter deshalb von der Arbeit auszuschließen, ihre Namen auf einer schwarzen Liste anderen Arbeitgebern bekannt zu geben, weil sie ihrer Berufsorganisation angehören. Warum nun die monatelang andauernden Kämpfe um etwas, was den Arbeitern gesetzlich gehört? Wenn der Räuber, der mir dieses Recht stiehlt, heute noch nicht bestraft wird, verpflichtet mich dieser Mangel des Gesetzes doch nicht, ihm in seinem ungesetzlichen Treiben noch Vorschub zu leisten. Das geschieht aber in der Tat, wenn ich ihm gestatte, mich durch Hunger zu zwingen, auf das Verzicht zu leisten, was mir das deutsche Volk durch seine Regierung, durch sein Parlament als ein unbestreitbares Recht seit einem Menschenalter zuerkannt hat. Ich betrachte es geradezu als eine Beihilfe zum Raub, wenn ich meine Hand dazu biete, dass solche Gesetzesverächter die Möglichkeit erhalten, arme Arbeiter mit ihren Familien wochen-, eventuell monatelang Hunger und Entbehrung erdulden zu lassen, um sie zur Verzichtleistung auf das Wertvollste, was sie besitzen, widerrechtlich zu zwingen. Deshalb müsste grundsätzlich die Parole in allen Gewerkschaftsorganisationen lauten: ohne Scrupel alle Reverse der Capitalisten unterschreiben, wenn sie Aussperrungen inscenieren, um die Arbeiter zum Austritt aus der Gewerkschaft zu zwingen! Sobald dies allgemein geschieht, haben von dem Moment an solche Aussperrungen für die Capitalisten ihren Wert verloren.

Die Tabakarbeiter sind meinem Rat damals nicht gefolgt; erst nach einem 16 Wochen langen Ringen geschah, was von Anfang an hätte geschehen sollen: sie unterzeichneten lächelnd die Reverse und blieben ihrer Organisation treu.

Und die Herren Fabrikanten? Natürlich — namenlose Wut. »Wir sind die Sieger — Sie haben sich unweigerlich unserm Willen zu fügen«, rief der Präsident des Fabrikantenvereins unserem Comité zu, von dem er die Herausgabe der Mitgliedsbücher forderte, die wir, um zu verhindern, dass die übliche Auslese zwecks Massregelungen getroffen werden konnte, wohlweislich vor Beendigung des Kampfes den Mitgliedern abgenommen hatten. Wenn die Massen erst einmal von einem einheitlichen Willen beseelt sind, hat die Macht der Capitalisten auf diesem Kampfgebiet ihr Ende erreicht.

Und weiter! Wir müssen angesichts des terroristischen Treibens der Unternehmer unsere Taktik auch noch in anderer Beziehung ändern. In der Regel wird heute bis zum Weissbluten auf seiten der Arbeiter gekämpft. Dieser taktisch geradezu wahnwitzigen Kampfmethodik muss ein Ende gemacht werden. Wenn ein Feldherr seine Truppen dem mörderischen Feuer des Feindes bis zur völligen Vernichtung preisgibt, so verdient er, vor ein Kriegsgericht gestellt und totgeschossen zu werden. Wenn ein Gewerkschafter bis zur völligen Erschöpfung ihrer Kräfte kämpft, ihre gesamte Kriegsmunition verschiesst, mit anderen Worten ihre gesamten Fonds in dem Kampfe aufzehren, so ist dies eine ebenso selbstmörderische Taktik, wie die jenes Feldherrn. Die rechte Feldherrnkunst zeigt sich auch daran, dass man die Truppen rechtzeitig aus dem Kampfe zurückzieht, um eine völlige Niederlage zu vermeiden und im stande zu sein, dem Feind, sobald die Leute sich wieder erholt haben, baldmöglichst eine neue Schlacht bieten zu können. Unsere gewerkschaftlichen Kämpfer sind noch zu wenig geschult, zu wenig disciplinirt, um diese Kampftaktik verstehen zu können. Dazu heisst es sie zu erziehen.

Mit Strikebrechern werden wir noch auf Jahre hinaus zu rechnen haben; die Schar der Indifferenten ist noch zu gross, als dass wir, namentlich bei klaren Geschäftsperioden, darauf rechnen können, dass es den capitalistischen Werbeagenten durch ihre schwindelhaften Versprechungen nicht mehr gelingen sollte, in irgend einem dunklen District eine, wenn auch nur zur Not ausreichende Schar herbeizulocken. Warum diesen Leuten durch hartnäckigen, unnützen Widerstand die Arbeitsplätze dauernd überliefern? Das Ziel des Kampfes ist die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit. Können wir das uns gesteckte Ziel beim ersten Sturm nicht erreichen, blasen wir zum Rückzug und setzen bei der nächsten günstigen Geschäftsperiode — vielleicht schon im nächsten Jahre — mit frischen Kräften von neuem wieder ein.

Die Taktik der fortgesetzten Beunruhigungen ist die einzig richtige gegenüber einem Gegner, der in der Wahl seiner Mittel uns gegenüber so scrupellos verfährt, wie unsere dem Commando der *Scharfmacher* gehorchenden organisierten deutschen Arbeitgeber. Nur nicht immer alles auf eine Karte setzen; die Parole *Alles oder nichts* klingt ja sehr heroisch, ist in der That aber furchtbar dumm. Bei unseren Kämpfen seien wir dessen stets eingedenk: unsere Waffe ist unsere Organisation! Diese Waffe darf im Kampf nicht zerschlagen werden. Gerade nach dem Kampf ist uns diese Waffe noch mehr von nöten, als während des Kampfes. Die Opfer des Kampfes müssen geschützt werden; die Auszahlung der von uns eingeführten Unterstützungen in Notfällen darf nicht für einen Tag ins Stocken geraten; nur dadurch können wir die Mitglieder der Organisation erhalten. Deshalb keine Kämpfe mehr bis zum Weissbluten: eine verlorene Schlacht entscheidet noch nicht über den Ausgang des Kampfes. Unsere gewerkschaftlichen Truppen müssen so geschult, so gut disciplinirt sein, dass sie ständig zum Gefecht bereit sind.

Allerdings, diese Schulung wird keine leichte Aufgabe sein. In dem freien America, in welchem die Capitalisten bekanntlich, solange die Gewerkschaften

schwach waren, genau so brutal gegen die Arbeiter wüteten, wie anderswo, gab es früher grosse gewerkschaftliche Geheimorganisationen; nur der Secretair war den Fabrikanten bekannt; er allein leitete die Verhandlungen mit den Arbeitgebern; auf seinen Wink stockte in der Minute die Arbeit in den grössten Betrieben. Wir Deutsche haben nicht das Zeug zur Geheimbündelei, welche den Americanern durch ihre *Odd fellow's Societies* geradezu anezogen ist, Vereinigungen, die gar keinen anderen Zweck haben, als ihren Mitgliedern Unterstützung in den verschiedensten Notlagen des Lebens zu gewähren, trotz dieser harmlosen Aufgaben aber eine uns Deutschen geradezu unverständliche und lächerlich erscheinende Geheimniskrämerei und allerlei närrischen Hokuspokus treiben. Aber, wenn wir auch unsere deutschen Gewerkschafter nicht zur geheimen Organisation, welche ohne Zweifel gegenüber dem Terrorismus der Capitalisten eine äusserst wirksame Waffe wäre, erziehen können, eines sollten wir uns doch abgewöhnen, nämlich unsere Taktik vor dem Kampf in grossen Massenversammlungen zu erörtern und dadurch dem Feind schon unseren ganzen Kriegsplan zu offenbaren. Auch innerhalb unserer Gewerkschaften müssen wir Einrichtungen schaffen, die die Manövriertfähigkeit der Truppen jederzeit ermöglichen.

Die Capitalisten wollen den Krieg. Wir haben keine Ursache, zu verzagen. »Die grössten Feinde der Arbeiter waren bis jetzt immer noch die Arbeiter selbst.« Gelingt es uns, die Massen der Arbeiter zum Kampf immer mehr zu schulen — und dazu dürften uns die Capitalisten mit der Gründung ihrer Centralstelle zur Vernichtung unserer Organisationen eine wirksame Handhabe geboten haben —, so mag der Kampf beginnen. Auf unserer Seite ist das Recht: enden wird und muss der Kampf, wie in anderen, weiter entwickelten Industriestaaten, so auch in Deutschland mit der Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter als eines den Unternehmerorganisationen gleichberechtigten Factors zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

XX

GEORG SCHMIDT · DIE MAIFEIER · EIN WORT ZUM INTERNATIONALEN CONGRESS

Verklungen sind die Festreden und Festartikel, die die diesjährige Feier des 1. Mai zu würdigen versuchten. Doch trotz des günstigen Umstandes, dass der 1. Mai diesmal auf einen Sonntag fiel, scheint die mancherorts gehegte Hoffnung auf eine überaus starke Beteiligung an der selben nicht in Erfüllung gegangen zu sein, und die Festberichte in der Partei- und Gewerkschaftspresse liessen, entgegen dem sonst vielfach üblichen, oftmals recht überschwänglichen Stil, eine merkliche Abkühlung wahrnehmen. Zwar werden noch recht grosse, runde Zahlen der Festteilnehmer aufgeführt — die allein bei einem Vergleich mit der Zahl der am Orte in der Partei und in den Gewerkschaften Organisierten schon an ihrer imponierenden Wirkung eine erhebliche Einbusse erleiden würden —, auch wird von der *imposanten* Feier, die einen *durchaus demonstrativen* Charakter getragen, berichtet. Doch trotz der um einige Potenzen erhöhten Festesstimmung, die dieses Jahr schon vor der Maifeier platzgriff, ist der Nachhall kein solcher gewesen, dass, wie sonst wohl üblich, berichtet werden konnte: die diesjährige Maifeier hat bewiesen, dass der Gedanke der Maidemonstration unausrotthar in die Herzen der classenbewussten Arbeiter eingegraben ist. In der Beurteilung der Maifeier sich zu mässigen, scheint auch

sehr angebracht, schon allein im Hinblick darauf, dass ihr praktischer Wert vielfach in Partei-, namentlich aber in Gewerkschaftskreisen als ein recht zweifelhafter angesehen wird und verschiedentlich Stimmen laut wurden, die eine Änderung der Feier befürworteten.

Ursprünglich war laut Beschluss des internationalen Congresses zu Paris /1889/ der Maifeier nur der Charakter einer Demonstration für den Achtstundentag — später auch für den Weltfrieden — verliehen, im Laufe der Jahre sind aber diese Forderungen erweitert worden, und in mehr oder minder reichhaltigen Variationen wurden damit andere verknüpft, die dem demonstrativen Gepräge der Feier eine grössere Wirkung verleihen sollten. Die alljährlich erscheinenden Maifestzeitungen, die, nebenbei gesagt, in der künstlerischen Ausstattung keine grossen Fortschritte aufweisen, legen davon beredtes Zeugnis ab. Bis zu der Begründung, dass der Arbeiter mit dem gleichen Recht sich einen Feiertag schaffen könne, wie er gezwungen sei, an gesetzlichen und kirchlichen Festtagen die Arbeit ruhen zu lassen, ist man gelangt. Mit dieser, bei nüchterner Betrachtung doch gewiss als recht wurmstichig zu bezeichnenden Argumentation lässt sich nicht viel anfangen, und die Gegenäusserung, die bei einer längeren Besprechung der Maifeier im Hamburger Stadtparlament im vergangenen Jahre ein Vertreter der bürgerlichen Partei tat, dass die Arbeiter es sich auch nicht gefallen lassen würden, wenn die Arbeitgeber ausserhalb der gesetzlichen Feiertage die Arbeit in ihren Werken nach Belieben ruhen liessen und die Arbeiter nach der Laune des Arbeitgebers feiern sollten und dadurch einen Lohnausfall erlitten, ist keineswegs als durchaus unbegründet von der Hand zu weisen.

Doch welchen praktischen Wert hat die Demonstration überhaupt? Früher, so bei der Kornzollbewegung im Jahre 1893, als ganz spontan eine gewaltige Gegendemonstration in überfüllten, von der Polizei lange vor Beginn der Versammlung abgesperrten Localen im ganzen Reiche zu stande kam, schien sie von einiger Wirkung auf die Regierung zu sein, denn die Zollerhöhung unterblieb damals. Jetzt aber, wo solche Volksdemonstrationen das Signum der Neuheit eingebüsst haben, versagen sie auch in ihrer Wirkung. Die letzte Protesterhebung gegen die Zollerhöhung blieb ohne Einwirkung auf die Regierung, dergleichen die gegen den Russencurs in Deutschland. Um wieviel weniger Wirkung muss aber eine Demonstration haben, die alljährlich auf Tag und Stunde wiederkehrt, mit einer Regelmässigkeit, wie das *Mädchen aus der Fremde*. In Regierungskreisen kümmert sich, wie uns doch nun 15 Jahre Maifeier lehren, kein Mensch mehr darum; der gutgesinnte Staatsbürger, dem anfänglich die Maifeier einige Herzbeklemmungen verursachte, hat längst erkannt, dass es sich um ein recht unschuldiges Vergnügen der Arbeiter handelt; und der Arbeiter sieht mehr und mehr die Aussichtslosigkeit des mit der Maifeier beabsichtigten Zweckes ein, bei der er schon oftmals uneigennützig seine Existenz aufs Spiel setzte.

Noch nicht fünf MinutenArbeitszeitverkürzung hat die Maifeierdemonstration in den 15 Jahren irgend einem Berufe gebracht; fand wirklich eine Arbeitszeitverkürzung an irgend einem Ort für ein Gewerbe statt oder in irgend einem Betriebe, so war dies eine Folge eines durch die Maifeier verursachten Ausstandes. Von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit sehen wir noch keine Spur. Und wenn uns jetzt in Deutschland nach vielen Mühen ein gesetzlicher Zehnstundentag — und dieser auch nur für Arbeiterinnen — endlich beschieden sein sollte, so haben wir diesen winzigen Erfolg nicht einmal der Maidemonstration zu verdanken, sondern dem Vordringen der Gewerkschaften und dem fortwährenden Hinweis auf die sittlichen und hygienischen Gefahren, die die lange Arbeitszeit namentlich für Frauen mit sich bringt, sowie auch der endlich dämmern den Erkenntnis dieser Tatsache in den Kreisen der Re-

gierungsvertreter. Wie meilenweit entfernt sind wir aber von der Verwirklichung jener in der Maifeier vornehmlich zum Ausdruck gelangen sollenden Forderung: der Erringung des gesetzlichen Achtstundentages! Dem Ziele, einen achtstündigen Arbeitstag zu haben, stehen einige Gewerbe weit näher, die durch Tarifverträge eine solche Arbeitszeit festgelegt haben.¹⁾ In vielen anderen Berufen ist, wenigstens in den Grossstädten, die neunstündige Arbeitszeit allgemeiner Usus. Hier bewahrheitet sich die oft erwähnte Tatsache, dass die Gesetzgebung respective das Parlament nur noch gesetzlich das zu sanctionieren hat, was die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bereits sich erarbeitet und im Berufe als bestehend eingeführt haben.

Und der Weltfrieden? Auf ihn hat die Maidemonstration mindestens nicht mehr Einfluss, als das Haager Schiedsgericht.

Die Art der Feier und ihre Beteiligung bedarf aber auch einiger kritischer Betrachtungen. Von der in den ersten Jahren scharf propagierten Arbeitsruhe musste im Laufe der Jahre immer mehr Abstand genommen werden, was wesentlich durch die Gegenwehr der Unternehmer verursacht wurde. Das Hauptcontingent der Feiernden stellen Leute, denen keinerlei Misshelligkeiten daraus entstehen können: das grosse Heer der Arbeitslosen, in Kleinbetrieben Beschäftigte, Hausindustrielle und kleine Gewerbetreibende, Arbeiter und Angestellte in Parteibetrieben und Krankencassen, Gewerkschaftsbeamte etc. Kein Grossbetrieb feiert, in den Grossstädten nicht und noch viel weniger in Kleinstädten oder auf dem Lande; vielleicht, dass hier und da einmal eine rühmliche Ausnahme stattfindet. Nur in wenigen Städten gestattet die Polizei Umzüge, die der Demonstration noch einiges Ansehen verleihen könnten, in der Regel demonstrieren die Feiernden, von der Öffentlichkeit abgeschlossen, im internen Cirkel der Versammlung unter sich. Wer von einer solchen, vom modernen Polizeigeist beherrschten Stadt in eine andere kommt, wo Umzüge gestattet sind, dem wird das erste Mal ein Maifestzug vielleicht imponieren. Doch bei näherem Zuschauen wird er gewahr, dass er auch in diesem Falle durch eine Fata Morgana getäuscht wurde. Von der im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft der betreffenden Stadt recht geringen Zahl der Maifeiernden nimmt nur wieder ein kleiner Bruchteil am Festzuge teil, während der übrige grosse Teil sich unter die recht zahlreiche gaffende Volksmenge mischt, die mit gleicher Neugier und mit ebenso tief sinnigen Betrachtungen den Maifestzug an sich vorüberziehen lässt, wie den Schützengilden-, Turner-, Krieger- oder Carnevalszug. Und die Zahl der Manifestanten steigt nicht mit jedem Jahr, wie uns oft berichtet wird. Bei der Abzählung wird es nicht so genau genommen, und auf eine Handvoll Noten kommt es dabei nicht an. Hören wir doch mit diesen Selbsttäuschungen auf! Ein grosser Teil der Arbeiter ist auch gar nicht so erpicht und interessiert dabei, eine Arbeitsruhe zu verlangen, selbst wenn die Möglichkeit zur Erlangung einer solchen vorläge. Persönliche Erfahrungen, die ich als Gewerkschafter zu sammeln Gelegenheit hatte, haben mir die Tatsache bewiesen, dass Arbeiter, denen sonst vom Fabrikanten der 1. Mai stets freigegeben wurde, sich gar nicht sonderlich sträubten, dem Verlangen des Principals stattzugeben, mit Rücksicht auf die vielen Aufträge von der bisher üblichen Gewohnheit abzugehen und an diesem Tage zu arbeiten. Natürlich nur da, wo die Fabrikanten in Güte diesen Vorschlag machten. Wo der starre Druck des *Herrn im Hause* dahinter steht, sieht die Sache noch wesentlich anders aus. Den Metallindustriellen — bekanntlich die *Scharfmacher par excellence* unter den deutschen Arbeitgebern — hat es die Maifeier besonders angetan. Aussperrungen und Geldstrafen treffen diejenigen ihrer Arbeiter, die am 1. Mai feiern. So berichtet

¹⁾ So neuerdings die Chemigraphen und Photographen (durch den *Verband der Steindrucker und Lithographen etc.*), die Putzer in Berlin und die Holzbildhauer in Hamburg.

zum Beispiel der württembergische Gewerbeinspector in seinem Bericht vom Jahre 1902, dass in einer gemeinsamen Arbeitsordnung des Verbandes der württembergischen Metallindustriellen eine besondere Bestimmung gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Maifeier an einem Werktag enthalten ist: es werden Arbeiter, die während der Arbeitszeit an einer solchen Feier teilnehmen, mit einer Strafe in der Höhe des halben Tagesverdienstes belegt. Im Berichtsjahr betrug die Beteiligung der Arbeiter an dieser Feier in den Werkstätten der Mitglieder des Unternehmerverbandes 1,1% der Arbeiterzahl gegen 3,4% im Vorjahr. Kann da noch von einer *wirksamen* Maidemonstration geredet werden? Selbst wenn diese von seiten der Metallindustriellen gemachte Aufzeichnung Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zuliesse, und selbst wenn die Verhältnisse in anderen Industrien besser wären, so würde doch eine genaue Controle und vergleichende Statistik uns in erschreckender Weise zeigen, wie relativ gering die Zahl der am 1. Mai Feiernden im Verhältnis zu den nicht Feiernden ist.

Die Maifeier ist in ihrer Wesenheit auch ein recht sonderbares Ding. Eigentlich ist sie ein Beschluss der Partei, diese lehnt aber alle für den Feiernden aus ihr entstehenden Folgerungen ab und lädt den Gewerkschaften die daraus resultierenden Kosten auf. Das lässt sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, wohl kaum ändern; aber den Gewerkschaften kann es nicht verübelt werden, wenn sie sich dieser Last zu entziehen suchen, zumal namentlich in Gewerkschaftskreisen die Erkenntnis, dass die Maifeier eine zwecklose Demonstration ist, weit tiefer eingedrungen ist, als sich das an der Öffentlichkeit kundgibt. Welche Unsummen Geldes in den 15 Jahren für die durch die Maifeiern verursachten Strikes und Aussperrungen nutzlos verausgabt wurden, darüber könnten die Cassenbücher, besonders der grossen Verbände, gewiss Auskunft geben.²⁾ Anfänglich wurden Aussperrungen, die eine Folge der Maifeier waren, mit Lohnforderungen erwidert, die fast ausschliesslich mit einer Niederlage der Arbeiter endeten, weil eine Lohnbewegung, die einigen Erfolg garantieren soll, eine planmässige, wenn auch geräuschlose Vorarbeit bedingt. Jetzt lassen das die Centralvorstände nicht mehr zu, sondern unterstützen die arbeitslos gewordenen Mitglieder, und den mit einigen Tagen Aussetzens von den Unternehmern Bestraften vergüten sie einen Teil ihres Arbeitsverdienstaufalles. Andere Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern rundweg erklärt, dass etwaige aus der Maifeier entstehende Massregelungen nicht auf Regimentsunkosten, aus der Verbandscasse, genommen werden, sondern dass die Mitglieder solche auf ihr eigenes Risiko nehmen müssen. Dadurch wird gewiss der Maifeier kein neuer Odem eingehaucht; aber was sollen die schweren Anklagen gegen die Gewerkschaften, dass sie am Rückgang des Maifeierenthusiasmus die alleinige Schuld tragen? Kein haushälterischer Mensch wirft sein Geld für eine nutzlose Sache zum Fenster hinaus! Was hätte nicht mit diesen Geldern bei planmässig vorbereiteten Lohnbewegungen gemacht werden können! Damit hätte die praktische Erringung einer Arbeitszeitverkürzung ein gut Stück vorwärts gebracht werden können, davon ganz zu schweigen, dass diese Gelder auch zu social-humanitären Einrichtungen innerhalb der Gewerkschaften nützlichere Dienste geleistet hätten.

Trotz der milden Formen, die durch den Druck der Verhältnisse die Maifeier anzunehmen gezwungen war, und trotz der in letzter Zeit geübten Vorsicht,

²⁾ Ein Versuch, genaue Zahlen dafür anzugeben, misslang, weil die aus der Maifeier resultierende, durch Ausstand und Aussperrung verursachte Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften, nicht besonders gebucht wird. Auf dem kürzlich abgehaltenen Verbandstag der Steinsetzer und Pfisterer wurde jedoch unter andern die interessante Tatsache constatirt, dass die Maiausperrungen dem Verband die gleichen Ausgaben verursachten, wie die sonstigen Strikes überhaupt, etwa 10 000 Mark in zwei Jahren

aus Anlass der Maifeier mit dem Unternehmertum möglichst wenig in Conflict zu kommen, waren die Aussperrungen im Jahre 1903, obgleich die Beteiligung an der Arbeitsruhe eine recht mässige war, weil der 1. Mai auf einen zum Feiern sehr ungünstig geeigneten Tag fiel, verhältnismässig zahlreich und für die Gewerkschaften kostspielig. Geht aber die Beteiligung an der Arbeitsruhe immer mehr zurück — und dass das geschieht, ist unleugbar —, so verliert die Maifeier immer mehr den ihr ursprünglich zgedachten Charakter und entspricht damit immer weniger ihrem eigentlichen Zwecke. Von einer wirklichen Feier und Demonstration könnte eben nur dann die Rede sein, wenn diese durch Arbeitsruhe begangen wird. Hierzu ist aber jede Möglichkeit ausgeschlossen. Trotz aller dahinzielenden Forderungen und radicalen Resolutionen einzelner weniger Personen und Gruppen kommt es dazu nicht. Und daher ist es vernünftiger, auf eine Änderung zu dringen, die je zeitiger, je besser erfolgt.

An schüchternen Versuchen zur Revision des Pariser Congressbeschlusses hat es sowohl auf den internationalen Congressen, wie auf den deutschen Parteitag nicht gefehlt. Der Brüsseler internationale Congress /1891/ brachte anfänglich folgende Situation: Die Engländer forderten die Feier am ersten Sonntag im Mai, die Deutschen schlossen sich dem an. Die Franzosen und Österreicher hielten an der Feier am 1. Mai fest und forderten allgemeine Arbeitsruhe. Die Deutschen liessen später von ihrem zuerst fixierten, in der Commission der deutschen Delegierten zu stande gekommenen Beschluss ab und einigten sich mit den anderen Delegierten dahin, den Beschluss, die Feier am 1. Mai zu begehen, bestehen zu lassen, jedoch damit den Gedanken einer obligatorischen Arbeitsruhe nicht zu verbinden. Nur die Engländer stimmten dagegen, wie es hiess: nur *aus praktischen Gründen*, die allerdings so weit für sie in Geltung blieben, dass sie ihre Maifeier nach wie vor am ersten Sonntag im Mai abhalten. Mit welcher Gewissenhaftigkeit der Maifeierbeschluss des Pariser internationalen Congresses sonst im Auslande gehalten wird, ist hinlänglich bekannt. Nebst den Engländern haben auch die praktischen Americaner die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt. Die romanischen Völker sind wohl mit *revolutionären* Beschlüssen sehr eifertig, sorgen sich aber später um deren wirkliche Durchführung nicht sonderlich. Die Österreicher, die sich auf deutschen Partei- und Gewerkschaftscongressen schon oft als in dieser Sache mustergiltig hingestellt haben, feiern seit altersher den 1. Mai als einen nationalen Festtag, der allerdings auch einen gewissen demonstrativen Charakter trägt, und zwar für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, der sich aber in der Bevölkerung mehr und mehr als Feiertag der Nation eingebürgert hat und von der der Maifeier inwohnenden Tendenz wenig verspüren lässt. Nur der Deutsche hält in seinem Pflichtbewusstsein in strenger Disciplin, die manchmal auch dem preussischen Gamaschendrill recht ähnlich sieht, an den Beschlüssen der internationalen Congresses fest. Auf den internationalen Congressen aber wurde bisher die ruhige Erwägung der wirklichen Verhältnisse durch begeisterte Fanfaren übertönt und der alte Beschluss erneuert. Hoffen wir, dass man dieses Jahr in Amsterdam nüchterner urteilt!

Auf deutschen Parteitag ist — nach Jahre hindurch geübter kritik- und debatteloser Annahme der bekannten Resolution — 1897 in Hamburg durch Stellung eines Antrages von seiten des ersten Hamburger Wahlkreises der kühne Versuch gemacht worden, die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen. Der Begründer des Antrages brachte zwar auf dem Parteitag ganz stichhaltige Gründe für seinen Antrag vor; indes, die Überzeugung von der völligen Aussichtslosigkeit des selben, die er aus Privatgesprächen mit den Delegierten gewonnen und die sich auch aus der Behandlung dieses Antrages durch

die Parteipresse ergab, liessen ihn den Antrag nicht besonders wirksam und nachhaltig vertreten, er bezeichnete es zum Schluss seiner Ausführungen nur als Zweck des Antrages, die Anregung zu einer Discussion gegeben zu haben. Nach kurzer Debatte, an der sich sieben Redner in durchaus ablehnendem Sinne aussprachen, wurde der Antrag Hamburg zurückgezogen. Darauf folgten drei Parteitage, auf denen in gewohnter Ordnung die zur Maifeier vorliegende Resolution debattelos angenommen wurde. Zum Lübecker Parteitag /1901/ hatten dann die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises eine Maifeierdebatte provociert, durch eine allerdings im entgegengesetzten Sinne gehaltene Resolution, die verlangte: »Der Parteitag möge entscheiden, wie weit die gewerkschaftlichen Centralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der internationalen Congresses, betreffend die Maifeier, zu hintertreiben, respective sich den aus diesen Beschlüssen entstehenden Consequenzen zu entziehen, wie es im vorigen Jahre der Metallarbeiterverband, in diesem Jahre der Buchdruckerverband und einige andere Verbände durch Bekanntmachung an die Vorstände getan haben.« Diese Resolution wurde noch schlechter verteidigt, als der Hamburger Antrag, was auch kaum anders erwartet werden konnte. In der überaus kurzen Debatte wurde das Circular des Vorstandes des deutschen Metallarbeiterverbandes, der darin seine Mitglieder vor leeren Demonstrationen und unüberlegten Schritten gewarnt hatte, tadelnd erwähnt und darauf die Berliner Resolution abgelehnt und die übliche Maifeierresolution angenommen. Der Münchener Parteitag /1902/ zeigt schon ein etwas anderes Bild. Der Düsseldorfer Antrag, energischer, als bisher, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, fand zwar keine sehr ernsthafte Beachtung, doch trat die Mehrzahl der Redner für die bisherige Art der Maifeier ein. Aber die gegenteiligen Ansichten mehrten sich, traten offener hervor und verlangten, dass eine Revision des Maifeierbeschlusses auf dem nächsten internationalen Congress vorgenommen werden solle; zwei Redner wollten die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen und der Partei somit vollständig abnehmen. Es blieb beim alten. Der Dresdener Parteitag /1903/ ging mit grösster Nonchalance über die Frage der Maifeier hinweg, obwohl angesichts des bevorstehenden internationalen Congresses in weiteren Kreisen der Partei, namentlich aber der Gewerkschaften, eine Besprechung und ein Beschluss, der zum mindesten eine Revision des Maifeierbeschlusses anstrebt und die Gewerkschaften von einem lästigen Zwang befreit, erwartet wurde.

Gerade mit Bezug auf den internationalen Congress in Amsterdam muss die Maifeiercalamität öffentlich besprochen werden. Hat es doch den Anschein, als würde von Deutschland aus nicht einmal der ernsthafte Versuch gemacht werden, die Sachlage zu ändern. Die unter ihr Leidenden, die Gewerkschaften, verlangen nachdrücklicher eine Änderung; in diesem Sinne haben sich schon mehrere Gewerkschaftscongresse, neuerdings erst wieder der der Maschinisten und Heizer, ausgesprochen. Auf einer im Herbst vergangenen Jahres abgehaltenen Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsverbände wurde, wie uns das für die Öffentlichkeit bestimmte Protokoll lehrt, dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle (der internationale Arbeitercongress) möge dafür sorgen, dass die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschluss gegenüber passiv verhalten; lasse sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluss von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden.

Wie aber die bereits veröffentlichte Tagesordnung zum internationalen Congress in Amsterdam zeigt, hat trotz ihrer Reichhaltigkeit die Besprechung

der Maifeier in ihr keinen Platz gefunden, obgleich sie an Wichtigkeit sicherlich manchem anderen Punkte der Tagesordnung mindestens gleichkommt, so dem in Deutschland für absehbare Zeit längst *ad acta* gelegten Generalstrike. Das lässt die Vermutung zu, dass über die Maifeier auf dem Congress nur so im Vorübergehen gesprochen und vielleicht zum Schlusse der Verhandlungen in gehobener Stimmung der alte Beschluss erneuert wird, somit der *satus quo* in Sachen der Maifeier für uns in Deutschland bestehen bleibt. Das wäre aber auch im Interesse der Einheitlichkeit und Collegialität der Arbeiter unter einander lebhaft zu bedauern. Schon jetzt wird durch die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung viel Unzuträglichkeit, Zerwürfnis und Feindseligkeit unter die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter getragen, da die Meinungen über den Wert dieser Demonstrationsfeier sehr geteilt sind. In den Werkstätten fügen sich die bei der Abstimmung über die zu begehende Arbeitsruhe in der Minderheit Gebliebenen ungern und widerwillig dem Majoritätsbeschluss, wodurch oft tiefgehende Differenzen entstehen, die sich dann auch auf die gewerkschaftliche Organisation erstrecken und damit diese selbst schädigen.

Nach all diesen Betrachtungen muss die Maifeier als eine verfehlt Sache bezeichnet werden, die baldigst zu beseitigen nur im Interesse der Gewerkschafts- und auch Parteibewegung liegen kann. Das Sträuben einer grossen Anzahl von Parteigenossen, dem Gegner das amüsante Schauspiel einer solchen grossen *Mauserung* zu geben, ist ganz und gar nicht am Platze. Was kümmert uns das Gerede der Gegner! Wer sich von der Maifeier, die bei ihrer Gründung gewiss gut gedacht war, im Laufe der Zeit sich aber als ein vollständiger Fehlschlag erwiesen hat, nicht trennen kann, der mag sie in seiner Art begehcn; man höre aber auf, sie als eine Principienfrage zu betrachten, man befreie die Gewerkschaften von einer Last und verpflichte niemanden, sei es auch nur durch losen Zwang, sich an der Feier zu beteiligen und alle Jahre seine Existenz aufs Spiel zu setzen!

XX

WILHELM KOLB · ÜBER VERKEHRSPOLITIK

Zum dritten Male hat die preussische Regierung die Canalvorlage im Landtag eingebracht. Von dem ursprünglichen Project ist freilich nicht mehr viel übrig geblieben. Das Herzstück des sogenannten *Mittellandcanals* hat die Regierung entfernt. Nur auf diese Art hofft sie Gnade vor den Augen der Junker zu finden. Auch rechnet sie schon damit, noch weiter zurückweichen zu müssen. Die flehentlich demütigen Erklärungen, die der preussische Verkehrsminister gleich in seiner Begründung der Vorlage abgab, und die Bescheidenheit, mit der er am 17. Mai bei der Festsetzung des weiteren Arbeitsplanes des preussischen Parlaments es vermied, darauf zu dringen, dass die Vorlage überhaupt noch in dieser Session erledigt werde, lassen mit einiger Sicherheit annehmen, dass die preussische Regierung auch noch zu weiterer Nachgiebigkeit gern bereit ist, wenn ihr überhaupt nur die Blamage erspart bleibt, ihr so feierlich angekündigtes Project zum dritten Male scheitern zu sehen.

Der Canalstreit ist typisch für unsere gesamten verkehrspolitischen Verhältnisse. Der führende Bundesstaat des deutschen Reiches ist Preussen. Und in Preussen herrschen die Junker im Bündnis mit einer zum Teil noch in vormärzlichen Ansichten erzogenen Bureaukratie. Dank der Feigheit unserer *liberalen* Bourgeoisie und ihrer unsinnigen Angst vor dem *roten Gespenst* verfügen die Junker in Preussen nicht nur, sondern in Deutschland überhaupt über einen Einfluss, der in direct um-

gekehrtem Verhältnis zu ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung steht. Die preussischen Junker bilden das grösste Hindernis für die verkehrspolitische Einheit Deutschlands. Der preussische Particularismus, der neuerdings wieder mit der grössten Offenheit gegen jegliche Reichsaufsicht sich auflehnt, sieht gerade in der Verkehrspolitik seinen festen Halt und will daher unter keinen Umständen eine Einmischung des Reichs in verkehrspolitische Fragen dulden. Die traurige Rolle, die das Reichseisenbahnamt alljährlich bei den Etatsberatungen im Reichstage spielt, zeigt, dass es zur absoluten Einflusslosigkeit verurteilt und völlig in den Händen des preussischen Eisenbahnministeriums ist. Ist es da ein Wunder, dass die ganze deutsche Verkehrspolitik sich in einem Zustande nahezu völliger Stagnation befindet?

Schon ein Blick auf die Zusammensetzung unserer Verkehrsverwaltungen zeigt, wie rückständig es bei uns noch auf diesem Gebiete aussieht. Die Eisenbahnen sind ein ungeheuer wichtiges Instrument unserer Volkswirtschaft. Ohne Eisenbahnen ist ein modernes Staatswesen gar nicht denkbar. Die ökonomische Entwicklung eines Landes hängt aufs innigste mit seiner Verkehrsentwicklung zusammen. Wo kein Verkehr ist, da schlägt auch nicht der Pulsschlag modernen Culturlebens. Hebung und Förderung des Verkehrs bedeutet Hebung und Förderung der Volkswohlfahrt. Es braucht also gar nicht vieler Worte, um die eminente Bedeutung unserer Eisenbahnen zu vergegenwärtigen. Und doch gibt es kaum einen andern Zweig der Staatsverwaltung in Deutschland, der von so rückschrittlichen, längst überwundenen Principien aus geleitet wird, wie gerade unser Verkehrswesen. Man gehe die sämtlichen deutschen Verkehrsverwaltungen durch und man wird auch nicht bei einer einzigen die Männer an der Spitze finden, die dahin gehören. Es gilt als selbstverständlich, dass an der Spitze eines kaufmännischen Betriebs ein Kaufmann steht, dass an der Spitze eines technischen Betriebs ein Techniker steht, dass einem Gerichtshof kein Ingenieur oder Kaufmann, sondern ein Jurist vorsteht. Als ganz selbstverständlich findet man es aber, dass an der Spitze unserer Eisenbahnen, also eines technischen Unternehmens, Juristen, Bürokraten sich befinden, die zwar einige hundert Paragraphen des Strafgesetzbuches auswendig gelernt haben, eine Unmasse Verordnungen kennen und juristisch zu definieren vermögen, niemals in ihrem Leben aber einen technischen oder kaufmännischen Betrieb studiert oder gar praktisch kennen gelernt haben. Neuerdings hat man es sogar erlebt, dass ein General zum Verkehrsminister ernannt wurde. Womit freilich keineswegs gesagt sein soll, dass ein General unter den obwaltenden Umständen nicht ebenso gut oder schlecht unser Verkehrswesen verwalten könnte, wie irgend ein aus der Bürokraten-schule hervorgegangener Jurist. Im gewöhnlichen Leben verlangt man von Männern, die auf derartig verantwortungreiche Posten gestellt werden — und die, nebenbei bemerkt, noch unter der Controle eines Aufsichtsrates stehen — vor allem *Fachkenntnis*. Nur ganz wenige private Unternehmungen haben an der Spitze Nichtfachmänner. Wo man solche findet, spielen sie lediglich eine repräsentative Rolle. In der Staatsverwaltung aber ist das anders. Wer unter den obwaltenden Zuständen die höchste Stelle *ausfüllt* und repräsentiert, ist schliesslich gleichgiltig. Der Jurist, der aus ergend einem Zweige der Staatsverwaltung herausgenommen und an die Spitze irgend eines Ministeriums gestellt wird, arbeitet eben einfach mit der hergebrachten *Schablone*. Was er nicht weiss, das sagen ihm seine Geheimräte. Die Schablone ist die Hauptsache, alles andere kommt erst in zweiter und dritter Reihe. Macht sich dieser Zustand schon im allgemeinen auf dem Gebiete unserer gesamten Staatsverwaltung in der ungünstigsten, für eine Entwicklung in den verschiedensten Zweigen des öffentlichen Lebens ungesunden Weise bemerkbar, so auf dem Gebiete der Verkehrspolitik ganz besonders. Seit Jahren hört man ständig die Klage, dass unsere Eisenbahnen sich so *schlecht rentieren*. Kein Wunder! Wenn unsere Privatindustriellen ebenso wirtschafteten, wie unsere Bürokraten mit unseren Eisenbahnen, dann wären sie in

kürzester Zeit samt und sonders bankerott, von einer Concurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland könnte keine Rede sein. Man stelle sich vor, mit welchen Factoren die Privatindustrie zu rechnen hat. Da ist vor allem die Concurrenz des In- und Auslandes. Es kommt in Betracht, mit welchen Maschinen ein solcher Betrieb arbeitet, ob mit den neuesten oder älteren Systemen, ob mit Elektrizität oder mit Dampf, ob mit billigen oder teuren Arbeitskräften und Rohmaterialien. Auf alles das muss das Privatcapital notgedrungen Rücksicht nehmen. Unsere Capitalisten wissen vom ersten bis zum letzten, dass der rentabelste Betrieb derjenige ist, der seine Betriebskräfte am intensivsten auszunutzen in der Lage ist. Jedem Kaufmannslehrling ist der Satz *Kleiner Nutzen, grosser Umsatz* geläufig. Trotz aller Concurrenz, trotz immenser Ausgaben für Benutzung aller jeweils gebotenen technischen Errungenschaften, arbeitet der private Grossbetrieb billiger, als der Staatsbetrieb, und vor allem mit weit höherem Nutzen, und das auch dann, wenn er seine Leute noch besser bezahlt, als der Staat. Welche Summe bezahlt die Privatindustrie den Leitern und Beamten ihrer Betriebe! Das Doppelte und Dreifache dessen, was der Staat gibt. Unsere Eisenbahnen sind ein Monopol des Staates. Dieser hat auf diesem Gebiete keine andere Concurrenz, als die, welche sich die deutschen Eisenbahnbureakraten unter einander zum Schaden unserer Volkswirtschaft bereiten. Wer die Eisenbahnen benutzen will, muss im voraus bezahlen, Verluste in dieser Richtung sind also ausgeschlossen. Das Gebiet des Verkehrs ist ein so ungeheuer grosses, dass der Staat alles, was dazu benötigt wird, selbst anfertigen kann — wenn er will. Dadurch kann ungeheuer viel gespart werden. Man mag die Dinge betrachten, von welcher Seite man will, der Staat hat auf diesem Gebiete gegenüber den privaten Unternehmern einen starken Vorteil voraus.

Aber trotz alledem arbeitet er weit schlechter. Das Hauptübel ist darin zu suchen und zu finden, dass unsere Eisenbahnen nicht vom volkswirtschaftlichen, sondern vom fiscalischen Standpunct aus geleitet und verwaltet werden. Daraus resultieren dann in langer Reihenfolge alle die zahlreichen Übel und Missstände, an denen unser ganzes Verkehrswesen krankt. Die Eisenbahnen sind die gewaltigsten Träger unserer gesamten Gütercirculation; je besser und rationeller diese Träger functionieren, desto besser und rationeller geht die Gütercirculation vor sich. Die Eisenbahnen sind gebaut zu dem Zwecke, den Verkehr bewerkstelligen zu können, und nur zu diesem Zwecke. Es widerspricht daher dem ureigensten Zweck der Eisenbahnen, sie zu einem Instrument des Fiscalismus, der Überschusswirtschaft zu anderen als Verkehrszwecken zu machen. Aus demselben Grunde ist es ein Nonsens, dass nur die Eisenbahnbureakraten über Tarife etc. zu bestimmen haben, während das Volk nur zu bezahlen hat. Unsere Bureakraten sehen nichts so sehr pessimistisch an, als Ausgaben für Culturzwecke im allgemeinen und den Verkehr im besonderen. Sie wissen nichts vom realen Leben, haben keine Ahnung, welche gewaltige Kräfte heutzutage noch im Volke schlummern, die nur gehoben werden können, wenn man ganz andere Summen auswirft, als es heute geschieht. Ausgaben für die Hebung der Cultur des Volkes sind immer rentabel. Besonders trifft dies zu für den Staat, dem die indirecten Einnahmen aus der Förderung des Verkehrs in Gestalt höherer Steuereinnahmen zufließen. Aber damit rechnen unsere Verkehrsbureakraten eben nicht, denn das steht nicht in der Schablone. Man nehme die staatlichen Steuerkataster zur Hand und vergleiche sie mit der Dichtigkeit des Verkehrsnetzes, und man wird finden, dass dort die meisten und höchsten Steuern bezahlt werden, wo die dichtesten Verkehrsnetze zu finden sind, und umgekehrt. Wenn man eine Gegend erschliessen will, muss man sie dem Verkehr öffnen; denn aller Naturreichtum hat keinen Wert, wenn er keine Verwendung findet. Die besten und schönsten Colonien haben nicht den Wert eines Schusses Pulver, wenn sie dem Verkehr nicht zugänglich sind, mit ihm nicht in Verbindung gebracht werden können. Die Concurrenzfähigkeit von Handel und Industrie ist heute nicht am letzten durch die Billigkeit des Verkehrs bestimmt.

Verkehrskosten sind Produktionskosten. Aber was wissen davon unsere Bureaukraten, die sich um die Volkswirtschaft von Amts wegen nicht zu kümmern haben, ja häufig nicht kümmern dürfen! Fleissig sind diese braven Menschen zumeist, aber ihr Fleiss bringt der Volkswirtschaft weit mehr Schaden, als Nutzen, denn er verschlingt Unmassen von Papier und Tinte, was die Steuerzahler nicht nur viel Geld kostet, sondern auch viel Verdruss und Ärger, und was das Schlimmste ist: diese Vielschreiberei schädigt das praktische Leben allgemein.

Während sich unsere Regierungen die Köpfe darüber zerbrechen, wie der notleidenden Landwirtschaft aufgeholfen werden könnte, schicken die schlauen Americaner ihr Getreide von Chicago bis nach Mannheim billiger, als unsere Ostelbier das ihrige von Insterburg nach Berlin. Die Americaner haben ganze Kühlzüge eingerichtet, um das im Westen massenhaft gedeihende Obst auf die Märkte der grossen Städte des Ostens zu bringen, und damit das Obst möglichst frisch auf den Markt kommt, wird es in Eilzügen befördert. In England befördert man die Kohlen, dieses unentbehrliche und kostbare Rohmaterial unserer Industrie, auf Schnellzügen. Und wie sieht's bei uns in Deutschland aus? Von den Ruhrzechen bis ins badische Oberland kosten die Kohlen mehr Fracht, als ihr sonstiger Preis beträgt, und sie sind eine Woche beinahe unterwegs. Bei der letzten grossen Obsternte in Süddeutschland kostete dort der Centner guten Obstes 2 bis 3 Mark. In Berlin und zur selben Zeit in Hamburg kostete das Pfund 20 bis 40 Pfennig! Die süddeutschen Obstbauern jammerten über die gute Ernte, denn ihr Product hatte nur einen sehr geringen Marktwert. Hätte man unseren süddeutschen Obstbauern die *Notstandstarife*, die den ostelbischen Junkern alle Augenblicke gewährt werden, zugebilligt, das heisst, es ihnen ermöglicht, den Markt für das Obst zu erweitern, es billig nach dem Norden Deutschlands zu transportieren, es wäre ihnen damit mehr geholfen, als mit den allerhöchsten Zollschranken. Die nützen dem Landwirt sehr wenig, wenn ihm der innere Absatzmarkt grösstenteils verschlossen wird. Bei der notwendigen Entwicklung der intensiven Cultur in unserer deutschen Landwirtschaft spielt die Tarifrage auf unseren Eisenbahnen eine immens grosse Rolle. Aber was hat man davon während der Zolltarifdebatten gehört? Ein Antrag der socialdemokratischen Fraction, die Mehreinnahmen aus den erhöhten Zollen für Zwecke der Erweiterung und Verbesserung des Verkehrs zu verwenden, wurde von den *Beschützern der nationalen Arbeit* nicht einmal ernsthaft discutiert, geschweige denn acceptiert.

Bei der Concurrenz des Auslandes spielt die Frage eine sehr grosse Rolle, ob wir billiger befördern oder das Ausland. Das hat sogar ein ostpreussischer Junker, Graf Moltke, in einer Schrift über die Entwicklung unserer Verkehrsmittel unter der Concurrenz des Auslandes zugegeben. Man lese die Handelskammerberichte, und man wird finden, dass überall mangelhafter und zu teurer Verkehr eine der Hauptursachen für den immer schwerer werdenden Concurrenzkampf unsere deutschen Industrie ist. Das Ausland befördert billiger, vor allem America und England, die hauptsächlichsten Concurrenzstaaten. Welches Tohuwabohu herrscht in unserm Tarifwesen, beim Güter-, wie beim Personenverkehr! Es ist kaum noch möglich, sich darin zurechtzufinden. Und dann: wie werden die Grossen bevorzugt und umgekehrt die Kleinen benachteiligt! Das ausgesprochenste Prohibitivsystem gegen die Kleinen herrscht auf dem Gebiete des Tarifwesens. Dabei spitzt sich der Concurrenzkampf immer mehr zu, und es sind bekanntlich gerade die Kleinen, die darunter ohnehin am meisten zu leiden haben. Anstatt den Anschluss der Kleinproducenten an den Weltverkehr zu fordern, damit der Handwerker, der Bauer etc. den gleichen Vorteil von der Entwicklung des Verkehrswesens hat, wie der Grossproducent, erschwert man dem Kleinproducenten den Concurrenzkampf gerade auf diesem Gebiete. Er muss alle teurer verfrachten, was er schickt so gut, wie was er bezieht, als der Grossprod:

cent, der nicht nur billiger verfrachtet, sondern auch billiger produciert. Dann kommen unsere Regierungen hinterher mit Befähigungsnachweis, Handwerkskammern, Umsatzsteuergesetzen und dergleichen und wollen dem kleinen Mann auf die Beine helfen.

Was ist die Eisenbahn heute für die Masse des Volkes? Den meisten Deutschen ist ihr Vaterland nur durch das Studium der Landkarte bekannt. Welcher Arbeiter oder sonstige Minderbemittelte kann heute Verwandte besuchen, die 100, 200 oder gar 4- bis 600 Kilometer entfernt von seinem Wohnsitz leben? Nicht die Zeit ist es, die ihn daran hindert, er würde sie gern hin und wieder opfern, aber das Fahrgeld, die Kosten des Billets halten ihn davon ab. Welcher in Süddeutschland lebende Arbeiter kann sich den Luxus gestatten, zu Verwandten in Hannover, Berlin oder gar in Hamburg oder Königsberg zu reisen? Das kostete ihn an Fahrgeld einen Monatslohn und noch mehr. Beim Güterverkehr hat man den *Staffeltarif* längst durchgeführt. Aber beim Personenverkehr gilt heute noch das System des Postkutschentarifs aus unserer Urgrossväter Zeiten. Als ob für die Eisenbahnverwaltung der Mensch als Fahrgast nicht auch nur ein zu beförderndes Gut wäre, und dazu noch das für die Eisenbahnverwaltung bequemste Gut! Denn der Mensch löst sich selbst sein Billett, ladet sich selbst ein und aus. Wenn beim Personenverkehr trotzdem viel Fahrpersonal verwendet wird, so ist daran wahrhaftig nicht die Ware Mensch schuld, sondern unsere Eisenbahnbürokratie mit ihrer Umstandskrämerei, mit ihrem veralteten System der Personenbeförderung. Was könnte auf diesem Gebiete an Vereinfachung und damit an Geldersparnis geleistet werden! Man denke nur an das *Billettsystem*; ein Durcheinander, in dem sich kaum die *Fachleute* in unseren Eisenbahnverwaltungen zurechtfinden, geschweige der gewöhnliche Reisende. Da gibt es einfache Fahrkarten, Rückfahrkarten, zusammenstellbare und andere Rundreisebillets, Wochen-, Monats- und Jahreskarten, Kilometerhefte, Billets I., II., III. und IV. Classe und weiss der Himmel was für Karten sonst noch. Am Anhalter Bahnhof in Berlin werden mehr als 20 000 verschiedene Fahrkarten ausgegeben. Was ist das für eine Zeit- und Geldverschwendung!

Und bei all dem ist für den Besitzenden weit besser gesorgt, als für die Nichtbesitzenden. Das Classensystem auf unsern Eisenbahnen ist der blutigste Hohn auf die elementarsten Begriffe von Gerechtigkeit. Die I. und II. Classe müssen durch die III. und IV. erhalten werden. Das besitzende Reisepublicum fährt auf Kosten der Fahrgäste der III. und IV. in feingepolsterten Wagen, während die *gewöhnlichen Menschen* wie die Heringe in den hölzernen Kästen zusammengeedrängt werden. Die I. Classe müsste unter allen Umständen abgeschafft werden. Zum ersten fahren sehr viele auf Staatskosten in dieser Wagenklasse, und zum zweiten sollen diejenigen, die abgesondert von dem übrigen Reisepublicum auf der Eisenbahn fahren wollen, auch ein entsprechendes Fahrgeld bezahlen. In America gibt es für die Reichen nur die Luxuswagen, deren Benutzung entsprechend bezahlt werden muss. So sollte es auch bei uns sein. In Baden hat man endlich für die Personenzüge die I. Classe ausgeschaltet. Es existiert kein vernünftiger Grund, dies nicht auch für die Schnellzüge zu tun. Ebenso müsste die IV. Wagenklasse abgeschafft und dafür die III. entsprechend verbilligt werden. Statt dessen will man im Süden, wo die IV. Classe noch nicht existiert, dieselbe einführen. Warum fahren die Leute IV. Classe? Etwa, weil ihnen diese Kästen besonders gut gefallen? Nein, weil für die IV. Classe der Zweifennigtarif eingeführt ist. Die süddeutschen Bahnen sollen erst einmal den Versuch machen, für die III. Classe den Zweifennigtarif auch ohne Schnellzugzuschlag einzuführen, und sie würden es erleben, dass eine solche Reform nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch finanziell von den günstigsten Folgen begleitet wäre. Verbilligung des Tarifs bringt Verkehrssteigerung und Mehreinnahmen. Die Ausgaben steigen nicht entsprechend der Verkehrssteigerung, das lehren alle Erfahrungen. Unsere jetzigen Verkehrseinrichtungen könnten noch ganz anders ausgenutzt werden, als es ge-

schieht. Kaum 30 % der Wagenplätze sind in der III. Classe durchschnittlich besetzt; von der I. und II. Classe gar nicht zu reden.

Welche Wirkung die Verbilligung des Verkehrs bei der Personenbeförderung hat, das hat die Einführung des Kilometerhefts in Baden im Jahre 1895 gezeigt. Bis dahin kostete der Kilometer pro Person 5 Pfennig ohne Schnellzugszuschlag. Das Kilometerheft setzte den Preis pro Kilometer auf $2\frac{1}{2}$ Pfennig herab, also auf die Hälfte des bisherigen Preises. Gleichzeitig wurde für diejenigen, welche mehr als 5 Hefte pro Jahr verfahren, ein Rabatt bis zu 50 % gewährt, so dass im ersten Jahre der Einführung der Kilometerhefte viele für $1\frac{1}{4}$ Pfennig pro Kilometer auf der badischen Bahn fuhren, und das im Schnellzug ohne Zuschlag. Und das Resultat? Etwa Mindereinnahme oder gar Deficit? O nein! Die bloss dreivierteljährige Existenz des Rabattkilometerhefts brachte der badischen Staatseisenbahnkasse gegenüber den Einnahmen des vorhergegangenen Jahres ein Plus von 1 200 000 Mark. Dazu kam eine um 20 Millionen stärkere Personenbeförderung! Was das volkswirtschaftlich zu bedeuten hat, brauche ich hier nicht des näheren zu erläutern. Das war die Wirkung eines *Sprunges ins Dunkle*, den der damals frisch ins badische Eisenbahnministerium berufene Herr von Brauer wagte. Leider hat er bis zum heutigen Tage noch nicht die Consequenzen aus seinem Erfolg mit dem Kilometerheft gezogen. Auf indirecten Zwang der preussischen Verkehrsverwaltung gab Herr von Brauer bereits am 1. Januar 1896 sein Rabattkilometerheft, das allerdings insofern eine Ungerechtigkeit war, als es nur den Reichen zu gute kam, wieder preis. Aber nicht darum wurde es beseitigt, sondern weil es der preussischen Eisenbahnverwaltung wider den Strich ging, festgestellt zu sehen, dass man in der III. Classe Schnellzug für $1\frac{1}{4}$ Pfennig pro Kilometer befördern und dabei finanziell noch ein glänzendes Geschäft machen kann. Wären die Consequenzen dieses Erfolgs gezogen worden, so wären die Pläne Preussens, die übrigen deutschen Verkehrsverwaltungen mürbe und schliesslich dem Junkerstaat tributpflichtig zu machen, ein für allemal zu nichte gemacht worden. Darum, und sonst aus keinem anderen Grunde, wurde das Rabattkilometerheft wieder beseitigt. Im vorletzten Jahre hat man die sogenannten *halben Kilometerhefte* zu 500 Kilometer eingeführt. Das Resultat: Verkehrssteigerung und Mehreinnahmen.

Ich will hier nicht *in extenso* auf alle Mängel unseres Verkehrswesens eingehen, das würde, obwohl sehr interessant, zu weit führen. Nur noch einen classischen Fall will ich anführen, um zu zeigen, wie wenig die bureaukratischen *Fachleute* unserer Verkehrsverwaltungen von ihrem Handwerk verstehen. In Württemberg wurde vor einigen Jahren eine Verbilligung des Stückguttarifs durchgeführt. In den Erläuterungen der Generaldirection der württembergischen Staatseisenbahnen wurde ausgerechnet, dass diese Verbilligung des Stückguttarifs einen Einnahmeausfall von rund 400 000 Mark zur Folge haben werde. Wie grausam wurden aber die Rechenkünstler der württembergischen Generaldirection durch die Ergebnisse der Tarifverbilligung *ad absurdum* geführt! Der nächste Rechenschaftsbericht constatierte, dass eine Verkehrssteigerung erfolgt, aber der befürchtete Einnahmeausfall ausgeblieben sei. Die Eisenbahnbureaukraten rechnen eben wie A-B-C-Schützen, aber nicht wie Volkswirtschaftler. Die Volksvertreter tun immer gut, den Zahlen und Statistiken unserer Eisenbahnbureaukraten so viel als möglich Misstrauen entgegenzubringen.

Welchen Schaden richten diese Bureaukraten durch die gegenseitigen Concurrenz-kämpfe an! Artikel 42 der Reichsverfassung sagt klar und bündig, dass die Bundesregierungen verpflichtet sind, die Eisenbahnen der verschiedenen Bundesstaaten wie ein einheitliches Netz zu verwalten. Bis zur Stunde ist nichts geschehen, auch seitens des Reichstags nicht, dieser Verfassungsbestimmung Geltung zu verschaffen. Die Eisenbahnverwaltungen pfeifen auf die Reichsverfassung.

Die Frage der Verkehrspolitik ist, wie schon aus diesen ziemlich allgemein gehaltenen Darlegungen hervorgeht, eine eminent wichtige. Die Partei, die sich ihrer in besonderem Masse annimmt, leistet dem Volke nicht nur einen ungeheuren Dienst, sondern erzielt damit auch grosse Erfolge. Es handelt sich um eine der brennendsten Fragen unserer Zeit, die immer brennender wird, je mehr die ökonomische Entwicklung vorwärts strebt. Freilich eignet sich gerade diese Frage weniger, als jede andere, zur Principienreiterei. Sie ist eine Frage der Praxis, und nur vom Boden der Praxis, das heisst der gegebenen Verhältnisse aus, kann man mit tatsächlichem Erfolg an sie herantreten. Die vorstehenden Erörterungen haben vielleicht den Erfolg, dass auch in der socialdemokratischen Partei der Frage der Eisenbahnreform ein etwas grösseres Interesse, als bisher, zugewendet wird. Sie verdient es in der Tat.

XX

ARTHUR SCHULZ · AGNES MIEGEL

Der deutschen Lyrik, die seit etwa zwanzig Jahren eine neue Blütezeit erlebt, hat es lange am rechten Widerhall im Volke gefehlt. Detlev von Liliencron, Arno Holz, Richard Dehmel, Stefan George, Hugo von Hofmannsthal, Alfred Mombert haben lange mit dem Unverständnis des Publicums ringen müssen, und erst in den letzten Jahren mehren sich die erfreuliche Anzeichen einer nachhaltigen Besserung. Ein besonders unglückseliger Stern aber schwebte über unserer Frauenlyrik. Noch in aller Erinnerung ist der Massenerfolg der Johanna Ambrosius, deren anempfundene Gedichte unlängst in vierzigster Auflage erschienen sind. Frida Jung, eine neuerdings entdeckte ostpreussische Volksdichterin ähnlichen Schlages, hat das einem Lyriker selten zu teil werdende Glück, ihre in der grossen Mehrzahl ebenso dilettantischen Gedichte nach kurzer Zeit bereits in vierter Auflage gedruckt zu sehen. Von den dichternden Damen, die sich als lyrische Künstlerinnen fühlen, hatte nur eine einen durchschlagenden Erfolg: Marie Madeleine aus Eydtkuhnen in Ostpreussen, ein Formtalent, das mit den stark vergrößerten Mitteln der Moderne erotische Stoffe in pikante Verse zu bringen wusste, aber für die deutsche lyrische Dichtung ebensowenig bedeutet, wie die Vorgenannten. Echte Talente wurden dagegen wenig beachtet, darunter auch die begabteste Dichterin der jüngsten Generation, Agnes Miegel — geboren am 9. März 1879 in Königsberg in Ostpreussen, lebt als Diakonissin in London —: mit ihrem 1901 in erster, 1903 in zweiter Auflage herausgegebenen Gedichtbuche die Leser der *Socialistischen Monatshefte* bekannt zu machen, ist uns eine Herzenssache.

Agnes Miegel ist eine Dichterin von ganz anderer Art, als ihre drei erfolgreichen Colleginnen aus Ostpreussen. Von der oberflächlichen, nach Effect haschenden Marie Madeleine trennt sie offenbar eine ganze Welt tiefer, ursprünglicher Empfindung. Wie der Johanna Ambrosius und der Frida Jung mag freilich auch ihr tiefes Herzeleid die Zunge gelöst haben; denn Schweres muss wohl innerlich erlitten haben, wer, wie sie, der Freude, der Liebe, dem Tanze lebensrote, glühende Lieder gesungen und doch die Blüte ihrer zwanzig Jahre in das freudlose und pflichtenstrenge Duster des Krankenhauses begraben hat. Ausser dem echten, starken, in der Schule inneren Leidens vertieften Gefühl hat sie jedoch auch mit den beiden Volksdichterinnen nichts gemein. Während diese fast allein durch den Empfindungsinhalt ihrer schmerzdurchwehten Lieder ergreifen und rühren wollen, ohne viel die Formen zu feilen und die Worte zu messen und zu wiegen, ist Agnes Miegel vor allem bewusste Künstlerin mit dem feinsten und sichersten Gefühl für Wert und Wirkung der

Worte. Sie ist unermüdlich, die Ausdrücke hin und her zu wenden, sie in Bezug auf ihre Bedeutung, wie auf ihren malerischen und musikalischen Wert auf die Goldwage zu legen. An den grossen Meistern der Lyrik, besonders an Mörike, Storm und Konrad Ferdinand Meyer geschult, zeigte sie sich schon bei der Herausgabe ihres Gedichtbuches — damals erst 22 Jahre alt — im Vollbesitz des ganzen künstlerischen Könnens der Gegenwart. Dabei ist sie durchaus nicht Epigonin, sondern mit Erfolg bemüht, sich nicht nur einen persönlichen Stil zu schaffen, sondern auch die Kunstmittel der zeitgenössischen Lyrik, den lyrischen Stil der Epoche fortzubilden.

Eine höhere Cultur der Sprache und des Verses ist in Deutschland wohl nur noch bei Stefan George und Hugo von Hofmannsthal zu finden. Aber während aus der Tempelpracht dieser hehren Kunst manchmal vor lauter Heiligkeit das Leben selbst entflohen zu sein scheint, lodert um den schlanken Säulenbau der Miegelschen Lyrik »der Brand der roten Lebensfackeln«, und aus seinem Innern hallt heraus »der Lebensschrei aus Liebe, Hass und Quälen«. Aus diesem Grunde ist uns ihr schmales Bändchen, das doch eine Welt von Schönheit umfaßt, zum liebsten unter allen neueren Gedichtbüchern geworden. Es zerfällt in zwei an Umfang und Wert gleiche Teile, deren erster die eigentliche, unmittelbare Lyrik enthält, während sich in dem zweiten die seelischen Stimmungen der Dichterin zu Balladen gestaltet haben.

Ihre Naturdichtung entzückt durch Frische und Kraft der Bilder, durch wundersamen Wohlmut der Verse und leise anklingende Romantik. Es gibt nichts Einschmeichelnderes, als ihre meist aus zwei vierzeiligen jambischen Strophen bestehenden Naturbilder, wie *Der Buchenwald, Mittag, Frühling, Spatnachmittag, Johannisnacht, September*. Eins sei als Beispiel citiert:

»Das war ein Frühling — süß und selig sang
Die Nachtigall die ganzen Nächte lang.
Der blaue Tag, der sonnenlichtdurchglühte,
War trunken von dem Duft der Fliederblüte.

Voll goldnen Bernsteins lag der ganze Strand,
Die Wellen sangen süß im weissen Sand,
Auf Möwenflügeln flog ins Licht, ins klare,
Die wilde Sehnsucht meiner achtzehn Jahre.«

Man möge beachten, wie hier selbst die Lieblingsworte der Dilettanten: *süß, selig, golden*, einen poetischen Wert erhalten, indem sie teils zum Zwecke der Tonmalerei, teils in einer wirklich bezeichnenden Verbindung, wie *goldner Bernstein*, gebraucht werden. Wunderbar ist ihre Kunst, durch seltene, eindrucksvolle Bilder das Spiel unserer schaffenden Phantasie auszulösen. Vor wessen Auge steht nicht ein geheimnisvoller norddeutscher Buchenwald hingezaubert, wenn er die sich zu bedeutsamer Bildlichkeit steigernden Verse liest:

»Es war der schönste Wald, den ich gekannt,
Mit einem fremden, reichen Märchenleben,
Mohnblüten brannten rot an seinem Rand,
Und Rehe tranken abends aus den Gräben.«

Wer glaubt nicht den Hauch des Abendwindes im frühen Frühling zu spüren, wenn er hört:

»In unbelaubten Wipfeln rauscht der Wind,
Das wühlt wie Kinderhand in meinem Haare...«

Die Schwüle des Mittags, schwer von Sonnenschein und sinnlicher Erregung, kann nicht eindrucksvoller vergegenwärtigt werden, als in den Versen:

»Und langsam kam der Mittagshitze Bann
An grünen Zweigen sacht herabgestiegen
Und sah sie gross mit goldnen Augen an,
Sie stockten beide, lächelten und schwiegen.«

Oder in den nicht minder schönen Versen:

»Vom dunkelblauen Himmel stieg die Stunde,
Die wunderreiche, durch den Mittagsglast,
Begehren zitterte auf ihrem Munde, —
Wir beide aber haben sie verpasst.«

Gleich Frühling und Sommer wird uns auch der Herbst mit anschaulichster Bildkraft vor Augen gestellt:

»Die Stirn bekränzt mit roten Berberitzen,
Steht nun der Herbst am Stoppelfeld,
In klarer Luft die weissen Fäden blitzen,
In Gold und Purpur glüht die Welt

Ein reifer, roter Apfel fällt zur Erde,
Ein später Falter sich darüber wiegt —
Ich fühle, wie ich still und ruhig werde,
Und dieses Jahres Gram verfliegt.«

Nach dem fruchttragenden Frühherbst tritt uns, in ebenso leuchtenden Farben gemalt, der Spätherbst entgegen, umbraust von frischen Winden, umwirbelt von welkenden Blättern, umleuchtet von der klaren Octobersonne:

»Komm einmal noch mit mir hinaus vors Tor,
Die schönen Tage sind's vor Allerseelen,
Brausende Lieder singt der Sturm uns vor,
In allen Wipfeln klingt's von Festchorälen.

Da wird der Herbst mit lautem Hifthorngruss
Vor dir die Beute seines Jagens breiten —
In bunten Tigerfellen geht dein Fuss,
Auf seines Mantels Purpur wirst du schreiten.

Die Luft ist kalt und klar, wie frischer Tau,
Man sieht die Birken an den fernsten Wegen —
Wir wandern langsam durch die stille Au
Der Seligkeit des letzten Lichts entgegen.«

Reiner und voller hat auch Stefan George, der in seinem *Jahr der Seele* die schönsten Herbstgedichte der neueren Literatur geschaffen hat, die Stimmung dieser Jahreszeit nicht ausgeschöpft.

Selbst ihrer, anderen so nüchtern erscheinenden Vaterstadt weiss die Kunst Agnes Miegels', indem sie sich der feierlichen, hymnenartigen Sprache Baudelaire's, des grossen Sängers der Grossstadt, bedient, wunderbare Stimmungsreize zu entreissen, wenn sie den scharfen Contrast zwischen dem Nahen der beruhigenden Dämmerung des Sommerabends und dem nimmermüden Treiben der Gassen mit prachtvollen Bildern also schildert:

»Durch die Strassen fliegen der Dämmerung
Schwarze Vögel . . . über die Brücke am Hafen,
Wo die dunklen Wiegen der Segler schlafen,
Wo das Leben pfeifend und singend schreitet,
Hat der Abend die scharlachnen Decken gebreitet

Von der Brücke hinab, durch den stillen Hafen
 Geht der Abend und sieht, wie die Segler schlafen,
 Rudert stromab auf goldenem Floss gemach,
 Seine scharlachnen Decken schleifen nach . . . »

Aus Rausch und Klang und Sonne ist auch Agnes Miegels glutvolle Liebeslyrik geboren. Kommt es uns aus den auch inhaltlich altmodischen Liebesgedichten der Frida Jung entgegen, wie ein verirrter Hauch aus Grossmutter's Blumengarten, so grüsst uns hier ein frischer Windzug aus den weitgeöffneten Toren der Zukunft. Und dieses Liebesleben von seltener Intensität und Kuhnheit des Gefühls tritt vor uns, angetan mit dem köstlichsten individuellsten Kleide; da gibt's keine vertrockneten Redeblüten und abgeblassten Bilder. Selbst altes, abgenutztes Inventar der Lyrik erglänzt unter ihren Zauberhänden, wie aus der Werkstatt des Meisters neu hervorgegangenes Geschmeide:

»Die rote Rose Leidenschaft fiel jäh
 In meine schmalen, kühlen Kinderhände,
 Die Dornen taten meinen Fingern weh,
 Doch süß war mir der Duft der seltenen Spende.«

Gedichte, wie *Mädchengebet*, *Mädchenlied*, *Das weisse Heidekraut*, und vor allem das heissbewegte, in blühenden Bildern bacchantisch zwischen Hass und Liebe hintaumelnde *Eh' du nicht stirbst in Elend und Not* sind nach Inhalt und Form unschätzbare Documente eines weiblichen und höchstpersönlichen Liebesgefühls. Und neben unmittelbarer Gefühlslyrik finden sich gedankenschwere Worte, ertönen, wie hinübergerettete Klänge aus den eleusinischen Mysterien, die Stimmen des ungeborenen Lebens, das aus der innersten Tiefe des weiblichen Wesens zum Lichte der Sonne hindrängt; erklingt bedeutungsvoll die Sage von Ischtharoth, der Götter Fürstin, die durch sieben Tore den Weg, den niemand zurückgeht, wandern muss und am siebenten als Lösegeld sich selber hingibt; und von Ys, der üppigen und wunderschönen bretonischen Stadt, die durch den Fürwitz der nach Leben und Liebe verlangenden jungen Königstochter ein Opfer des Meeres wird.

Eine noch reifere Kunst zeigen die Balladen der Dichterin. Wie muss sie mit dem Genius unserer Sprache gerungen haben, um Verse von so entzückendem Wohlklang, so bezaubernder Fülle und Prägnanz des Ausdrucks zu finden! Und in diesen herrlichen Formen lebt ein ursprüngliches, aus einem starken und übervollen Herzen hervorquellendes Empfinden, das in dem bald einschmeichelnden, bald hinreissenden Flusse der Rhythmen in uns hinüberströmt und Kopf und Sinne gefangen nimmt.

Dem Stoffe nach handeln ihre Balladen zum kleineren Teil von dem harten Werk der Männer, zum grösseren Teil von dem seelischen Erleben und Erleiden der Frauen. Die ersteren, unter denen der kraftvolle Balladencyklus von Henning Schindekopf, dem aus Bauernblut entsprossenen Ordensmarschall, mit seinem stolzen Wahlspruch *Öck süßest!*, und die düstere Familienkatastrophe *Peter Harden* hervorragten, sind in dem concreten, plastischen und doch individuell gemodelten Stile der grossen Realisten Fontane und Liliencron geschrieben. Hier findet sich eine kernhafte Sprache von höchster bildlicher Kraft. Bewundernswert ist auch hier die vielumfassende Prägnanz der Sprache; so in den Anfangszeilen des Gedichtes *Rudau*, die mit einem Minimum von Worten zugleich Schlachtbericht, Naturbild und gedämpfte Siegesstimmung geben:

»Über Rudaus Walstatt flog schattend die Nacht,
 Verbrandend rollten die Wogen der Schlacht,
 Weich fielen die Flocken, weiss und schwer,
 Über das sterbende Litauerheer.«

Noch mehr ans Herz gewachsen sind uns die Balladen, die vom Lieben und Leiden der Frauen singen und sagen, weil die junge Dichterin hier ihre ganze glühende Seele hineinlegen konnte. Wohllaut und Empfindungsweichheit eines Mörike und Storm herrschen hier vor; aber in klangvolle Verse von leise bestrickender Romantik mischen sich kühne Züge der neueren realistischen Kunst; so in der Ballade von Griseldis, der Bauernmagd, die der König zu seiner Gemahlin erhoben hat und dann, ihrer überdrüssig geworden —

»Deine gelben Haare sind mir vergällt,
Fahl, wie deines Vaters Roggenfeld« —

mit harten Worten verstösst:

»Um des Bettes eichene Pfosten schlang
Ihre Rechte sich zitternd und todesbang.

Ihre Linke lieb koste die Lagerstatt
Und strich die schimmernden Laken glatt.

Sie sah den König — der wandte sich ab,
Da schritt sie stumm die Stufen hinab.«

Das Leitmotiv all dieser Balladen ist eine gegen die Gitter und Schranken des grauen Daseins stürmisch andrängende Sehnsucht nach Schönheit, Grösse und Lebensfreude. Über ihre Verse liegt eine im Sinne Nietzsches dionysische Grundstimmung, wie trunkenes Sonnenlicht, gebreitet. Auch unsere Dichterin ist ganz erfüllt, wie ihre Madeleine Bothwell, vom »Stuartsehnen nach Macht und Schuld, nach Pracht und Liedern und Liebeshuld«. Kein Wunder, dass sie gleich Fontane der Geschichte des schottischen Königshauses den Stoff zu einigen ihrer schönsten Balladen entnommen hat (*Mary Stuart, Madeleine Bothwell, Marie*). Die übermütige Daseinsfreude des jungen Rasseweibes stellt sie berauschend dar in der Romanze von der schottischen Marie, die Atmosphäre hellenischer Lebensfreude malt sie in dem Gedicht *Die Kinder der Kleopatra* mit Versen von berückendem Wohlklange und fortreissendem Rhythmus. Der Atem einer verhaltenen Glut strömt daraus uns heiss entgegen. Bezeichnend für die Lebensauffassung der Dichterin ist ihre Umgestaltung der biblischen Erzählung von Abisag von Sunem. Nach der Bibel empfindet es Abisag als eine ihr von Gott auferlegte heilige Pflicht, dem greisen König David durch das Opfer ihres jungen Leibes neues Leben einzuhauchen, und in einem ausgezeichneten Gedichte hat sich der grosse holländische Lyriker Pol de Mont der biblischen Überlieferung angeschlossen. Agnes Miegel aber lässt ihre Abisag an der Brust des Königs, der neben ihr »den bleiernen Schlaf ohne Träumerlust, den Schlaf der siebenzig Jahre« schläft, von Adonai, seinem Sohne, träumen:

»Des Haar ist rot, des Haut ist warm,
Des Mund wie Granatenblüten, —
Ihn hielte jauchzend im Arme das Weib
Vom Stamme der Sunemiten.«

Selbst im Angesicht des Todes lässt sie das Leben jublieren. Maria Stuart fühlt noch am schwarzverhangenen Schaffot ihre Hand wie von heimlichen Küssen beben, und der junge König Manfred singt noch, als ihm schon das Staufenblut aus sieben klaffenden Wunden fliesst:

»Licht, was bist du mir süß,
Leben, was bin ich dir hold!«

Es ist kein Wunder, dass dieser Dichterin, die so »des Lebens volle Chorgesänge« anzustimmen weiss, zwei Gedichte der Verherrlichung des Tanzes gelungen sind, die dem vielleicht schönsten Gedichte Liliencrons *Festnacht und*

WALLY ZEPLER · PROBLEME DES FRAUENLEBENS

Wer die letzten zwanzig Jahre socialen Frauenlebens und socialen Denkens über Frauenfragen mit durchlebt und empfunden hat, der könnte wirklich manchmal meinen, die Welt schreite vorwärts in sausend raschem Lauf. Wie haben sich die Anschauungen und Gefühle gewandelt in diesen zwanzig Jahren! Überlegen lächelnd lesen wir heute, was die ersten Frauenbefreier schrieben und dachten, und was vor zwei Decennien noch abenteuerlich und fast unmöglich schien, das ist heute schon lebendig und wirklich geworden, so sehr, dass unsere Sehnsucht längst darüber hinausgewachsen ist.

Wie viel wundersames Glück, welche Freiheit des Geistes, welch' hohen Seelenflug erträumten jene ersten Kämpferinnen für eine Zeit, da das Weib gleich dem Manne ihre Geistesschwingen würde regen, ihre eigensten Gedanken würde denken können, da all' der glühende Durst nach Wissen und Freiheit gelöscht und das *Halbtier* im Weib zum Menschen umgewandelt würde. Und nur, ob der Weibmensch voll und gleichwertig dem Mannmensch an die Seite treten könne — das war die grosse, viel umstrittene Frage. Wie unendlichen Staub hat diese einzige Frage aufgewirbelt, wie viel Professorenweisheit in Wort und Schrift ward ausgekrämt, sie *wissenschaftlich* zu zergliedern, ihr Für und Wider logisch abzuwägen und sie endlich kategorisch zu bejahen oder zu verneinen. Und über alle diese Weisheit schritt die Entwicklung gleichgiltig und unaufhaltsam hinweg, und langsam schuf sie neue Kräfte, neue Empfindungen, neue Menschheitstypen. Sie schritt hinweg auch über die Träume der Frauen; und der Traum des Glückes und der Freiheit, die das Wissen bringen sollten, auch er ist beinahe schon zerronnen, noch ehe er ganz erfüllt ward, und die alte und ewig neue Sehnsucht nach der grossen Erfüllung sucht sich neue Bahnen. Es ist merkwürdig und interessant genug, diesen Bahnen in den hervorragenden Frauenbüchern zu folgen, zu sehen, wie auch hier das ferne Unbekannte lockt und zieht, wie hinter den verschlossenen Toren die Frauen goldene Glücksschätze verborgen glauben, und wie das Glück ins Weite flieht im Augenblick, da die Tore sich vor ihnen öffnen.

Die neuesten Frauenbücher — und das sind auch viele von denen, die von Männern geschrieben wurden — haben zu einem grossen Teil das emancipatorische Pathos längst wieder abgestreift; sie stehen nicht mehr so stark uner dem scharf betonten Wahrspruch *Der Frauen Schicksal ist beklagenswert*, sondern Frauenlos und -leid wird mehr und mehr das allgemeine Menschenleid. Bleibt unser Sehnen ungestillt und treibt es uns ruhelos vorwärts von dem einen schwer erkämpften Lebensziel zu neuem Glauben und neuen Idealen, so ist es nicht mehr des Weibes lange gehemmter Seelen- und Geistesflug, der in der schmerzlich entbehrtten Luft der Freiheit zu immer höheren Fernen schwingt: es ist vielmehr der ewig suchende und tastende, niemals befriedigte Menschengeist, das Faustische im Menschen, das nun auch im Weibe zum Ausdruck kommt, wie es seit Jahrtausenden den Mann bewegte.

Aber die besonderen Kämpfe der Frauen sind für die Kulturbewegung nicht spurlos vorübergegangen; sie haben Leben und Dichtung um ein ganz eignes Moment bereichert. Dieses eigentümlich Moderne in der dichterischen und philosophischen Auffassung des Lebens, die Nachwirkung des Befreiungskampfes der Frauen, die Befruchtung der allgemeinen Geistescultur durch den neuen Gefühls- und Gedankeninhalt, den das Weib so lange in sich verschlossen gehalten und den es nun in lebendigem Strom hervorquellen liess: dieses eigentümlich Moderne gipfelt in einem viel innigeren Verschmelzen der männlichen und weiblichen Psyche, in einem unendlich vertieften Einfluss des weiblichen Empfindens und Denkens auf die Ideenwelt des Mannes,

in der rein gefühlsmässigen Anerkennung der weiblichen Persönlichkeit als solcher. Der moderne Dichter sucht des Lebensrätsels Lösung oder sagen wir: die Überwindung des Lebens nicht mehr auf dem bloss männlichen Wege, er bleibt nicht mehr wie Faust bei all' seinem Irren und Kämpfen völlig fern der weiblichen Gefühlswelt, er sucht vielmehr einen neuen Weg fruchtbarer Lebenshoffnung in einer irgendwie gearteten, neuen, sinnlich-seelischen Beziehung zu der Frau. Und in dem Ringen nach einem solchen Wege begegnen sich heute Mann und Weib. Darum verschwimmen für uns so oft die Grenzen männlicher und weiblicher Dichtung, darum kennzeichnet so viele unter den echtsten modernen Poetennaturen ein bedingungsloses, fast unerklärbar tiefes Begreifen der Frauennatur, wie es niemals früher in ähnlicher Weise die Dichtung einer ganzen Zeitepoche zeigte — ein Zug, den man fast als seelischen Hermaphroditismus bezeichnen möchte —, darum endlich umspielt die Dichtung heute mit so besonderer Vorliebe alle die Probleme, die die Grundlage oder den Ausdruck der tiefsten, gegenseitigen Beziehungen von Mann und Weib umspannen: die sexuellen, Liebes- und Eheprobleme.

Unter diesem nicht künstlerischen, sondern culturhistorischem Gesichtspunct gestaltet sich aus dem bunten Farbenspiel zahlloser, scheinbar einander völlig fremder literarischer Erscheinungen mühelos ein einheitliches Bild. Ein Bild, in dem Ibsens überragender Geist für viele von uns vielleicht die Grundstimmung gegeben, nach ihm jedoch in mattern oder glühenderen Farbtönen unendlich verschiedenartige Persönlichkeiten ihre Linien eingetragen haben. Viele unter ihnen unbewusst des Ideales, das sie suchten, aber dennoch alle unter der Macht der Zeitideen ringend nach einem Ausdruck für dieses neue Ineinanderschmelzen von männlicher und weiblicher Wesenheit, nach einem Ausdruck für die neue Lebenshoffnung, die dem modernen Menschen aus einem bisher nie gekannten Miteinandergehen der beiden Geschlechter aufblüht.

So greifen wir denn willkürlich und ganz unsystematisch ein paar moderne Dichtungen heraus, an denen der eigentliche Lauf dieser ganzen Entwicklung besonders offenbar vor Augen liegt.

Wie hat einst in der bürgerlichen Welt jenes erste echte deutsche Frauenbuch, Gabriele Reuters *Aus guter Familie* gewirkt! Fast erlösend auf die Seelen dieser armen *höheren Töchter*, die ihres traurigen, verhöhten Daseins Qualen nun endlich einmal in die Welt hinausgeschrien hörten, so schrill und furchtbar, dass über diesem Schmerzenslaut selbst das spöttische Mitleid der Welt verstummte. Für Tausende von Frauen bedeutete das Buch geradezu ein inneres Erlebnis, und jetzt — wie weit liegt seine Wahrheit hinter uns! Der Ernst und die Kraft dieses Werkes wird es vielleicht dauernd vor der Vergessenheit bewahren; schon der heutigen Generation indes ist es nichts weiter, als ein meisterhaftes literarisch-culturhistorisches Denkmal. Gewiss ist das Geschlecht dieser Töchter *aus guter Familie* auch heute noch nicht völlig ausgestorben; aber innerhalb eines einzigen Vierteljahrhunderts hat sich doch eine so tiefe sociale Wandlung vollzogen, dass selbst in der bürgerlichen Welt nur die Schwächsten unter den Schwachen sich nicht durch irgend eine Art erfüllender Tätigkeit ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen, wenn ihnen das Leben jede andere Erfüllung, auch die der Mutterschaft in einer bürgerlichen Durchschnittsehe, versagte.

Es war indessen nur ein winzig kleiner Abschnitt aus dem Frauenleben des XIX. Jahrhunderts, den Gabriele Reuter kühn gezeichnet und so dem staunenden Mitleid zukünftiger Geschlechter bewahrt hatte. Dem Elend der *höheren Töchter* konnte der Frauenemancipationskampf Abhilfe schaffen; doch der Kern des Frauenleidens war damit nicht getroffen. Der eigentliche Befreiungskampf begann, die Auflehnung des Weibes gegen das *nur Weib Sein*.

»Das, was sie in jener Nacht empfunden, was ihr den Jugendmut genommen, hatte sich ihr ins Bewusstsein wie eingegraben, dass sie zu der Hälfte der Menschheit gehört, die von allem Geistigen auf Erden ausgeschlossen ist, zu der verdammten, stehengebliebenen, unentwickelten Hälfte der Menschheit, die nur Körper ist — die nur Körper sein soll, für die Geist etwas Krankhaftes, Widernatürliches, Unanständiges ist, zu der Hälfte der Menschheit, die sie die zarte nennen — und die im Grunde die robuste, die ungegliederte ist, die allem, was Geist und Erkenntnis ist, fremd, feindlich, dumm gegenübersteht... Hellschend überschaut Isolde das rechtlose, zum Halbtier herabgedrückte, geistberaubte, schmerzbeladene Weibtum dieser Welt.« So einseitig und hasserfüllt das klingen mag: was hier Helene Böhlau in ihrem *Halbtier* schilderte, ist gewiss kein blosses Gebilde überreizter Dichterphantasie. Vielleicht hat nur niemals früher ein Weib mit gleicher Leidenschaft zu sagen gewagt, was doch Millionen mit gleichem Hasse fühlten; denn Helene Böhlau's Dichtung spricht nur das aus, was Geltung hatte, solange Mann und Weib auf Erden sich suchten und sich flohen, solange des Mannes Sinne das Weib begehrt, dem seine Seele sich fremd verschloss — und was auch heute noch gilt, nicht als Ausnahme, sondern überall in der Welt des Spiessbürgertums, der bürgerlichen Ehrbarkeit und Moral, in jener Welt, die, zum Sterben verurteilt, doch immer noch kräftig genug besteht und lebt. Nur übersieht die Dichterin noch allzusehr die Keime des frischen Werdens, das aus dem alten Erdreich empor-treibt, die neuen Menschen, die mit neuem Fühlen und Denken ins Leben gehen, weil sie schon in den Frühlingstagen geistiger Entwicklung Frauen einer neuen Generation begegnet sind. Der ganze, weitgreifende geistige Befreiungskampf der Frauen war und ist doch eben etwas mehr, als eine nur vorüberrauschende sociale Zeiterscheinung; er hat bestimmte Werte von unverlöschlicher, jedenfalls aber lange und ferhin wirkender Culturkraft entwickelt, die sich zunächst in einer durchaus veränderten Wertung des Weibes Ausdruck schaffen müssen. Die Schätzung der geistigen Persönlichkeit im Weibe, in welchem Verhältnis sie auch immer zu der des Mannes stehe, ist denn auch heute schon tief ins Bewusstsein der Zeit gedrungen. Für die eigentlichen Träger der culturellen Bewegung, die an Zahl natürlich stets nur eine kleine Minderheit bilden, ist diese Schätzung bereits aus der Sphäre verstandemässiger Reflexion in die der unbewussten Empfindung hinabgestiegen. In all dem liegen Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten in reichster Fülle. Gewiss wird es noch sehr, sehr langer Zeit bedürfen, um aus solchen Möglichkeiten für die Masse der Menschen das Neue emporwachsen zu lassen, die Wertung des Weibes als *Halbtier* völlig zu überwinden; aber für den rein historischen Betrachter, der hinter dem Wogen und Kämpfen von heute das Licht des Kommenden dämmern sieht, ist deshalb auch das, was Helene Böhlau in ihrer Dichtung treffen will, nur vergangenes und überwundenes Frauenleid.

Mit sehr viel schwächerer poetischer Gabe, aber mit weitzblickendem und starkem Geiste sucht Hedwig Dohm das Problem des bürgerlichen Frauenlebens in einem Cyklus von Romanen zu gestalten, der drei einander folgende Frauengenerationen in ihrem Denken und Fühlen schildert. Die Titel der selben sind: *Schicksale einer Seele*, *Sibilla Dalmar* und *Christa Ruland*. Es sind Romane, die vielleicht nicht bekannt genug geworden sind unter den Frauen, nicht Dichtungen von ursprünglich quellender Kraft, deren Leben aus innersten Tiefen hervorbricht, aber scharf und klar gezeichnete Bilder der Wirklichkeit. — Innerhalb dieser drei Generationen hat sich eine gewaltige Wandlung vollzogen. Die willenlose Dienerin des Hauses, die Märtyrerin des Weibtums ist zur Denkerin geworden und endlich zur Kämpferin des Lebens, die ihr Geschick selbstbildend gestaltet. Auch hier hat die Emancipationsidee Gestalt gewonnen; das Weib will sich lösen, sich Raum schaffen gegen den über-

mächtigen, niederzwingenden Bann des Mannes, der sie hemmt, das Individuelle in ihr, das Persönlich-Weibliche zu befreien, es unter seiner geistigen Übermacht erdrückt und tötet. Nur wächst der Emancipationsgedanke hier weit hinaus über jenen ersten, erbitterten Mannfeindschaftsgedanken: hier steht nicht mehr hassend das Geschlecht dem Geschlecht gegenüber, sondern nachdem die Frau einmal die Sklavenketten von sich geworfen, durchheilt sie in raschem und heftigem Vorwärtsdrängen alle Stadien geistiger Entwicklung, löst sich in Leben und Empfinden von aller altererbten Tradition und sucht endlich, gleich dem Manne, auf eigenen Pfaden Glück und Daseinsinhalt. So leicht aber bietet das Leben ihrer treibenden Sehnsucht nicht Erfüllung. Die stürmische Entfaltung hat alles ins Wanken gerissen, nicht nur Gedanken, sondern auch Empfindungen und Leidenschaften. Was früher als unverrückbar festes Ideal in der Seele des Weibes lebte, auch das scheint nun in all' dem schwankenden, nebelhaften Suchen wie ein unfassbarer Wahn zu zerrinnen, in nichts zu zerfließen. Auch auf die Liebe greift zerstörend der tiefe Skepticismus des Gefühls hinüber, der alles umzustürzen droht, sobald Geist und Empfindung überhaupt erst ernsthaft an den jahrtausendalten, festgefühten Grundmauern ihres Seins und Lebens zu rütteln begannen. Und nun brechen von allen Seiten, aus allen Tiefen die Zweifel und Fragen hervor; alles wird aufgewühlt und emporgetragen, was ehemals in den verborgensten Winkeln der Seele verschlossen lag, und das Resultat alles Denkens und Irens und Strebens ist schliesslich tiefe Unbefriedigung und ein Skepticismus, der zur schwersten Lebensmüdigkeit entartet. »Der Ekel liegt in der Zeitatmosphäre, vorzugsweise in der Frauenatmosphäre. Wir sind der ewigen Liebeleien müde, auch der Heuchelei, als ob Kindererziehung und Gattinnenpflicht unser Dasein ausfüllen. Wir verschmachten nach vollem, ernstem Dasein; nach allen Richtungen hin wollen wir auswachsen, ins Grosse, Weite.« »Liebe — ja — was ist das? Nicht in den meisten Fällen nur ein Begehren des Blutes, ein Drängen von Nervenkräften, die sich betätigen wollen?« »Das Geheimnis der Liebe! Ein psychologisches oder physiologisches? Es wird wohl ein psychophysiologisches sein, das zu enträtseln unsere Zeit nicht reif ist.« Damit taucht Hedwig Dohm schon hinein in die lockenden Tiefen jener erotischen Probleme, die in der grossen, modernen Frauenfrage in gewisser Beziehung wahrscheinlich den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht darstellen werden, den bleibenden Kern in dem Vergänglichen. Denn in Bezug auf alle anderen, wenn auch vielfach noch heissumstrittenen Fragen ist die Bahn der geschichtlichen Entwicklung schon jetzt deutlich erkennbar, die erotischen Probleme dagegen scheinen nun erst im Beginn langer und langsamer Wandlungen, die zu einem feinen, für uns noch im Nebel der Zukunft verschwimmenden Ziele streben. Hedwig Dohms Lösung dieser Probleme — wenn man ihrer tiefen Skepsis gegenüber überhaupt von einer Lösung sprechen kann — liegt vielleicht am ehesten in Christa Rulands, einer ihrer Heldinnen, Worten: »Die Zweiheit in der Ehe wird die Parole der Zukunft sein. Über der Pforte der *neuen Ehe*, die die Heissporne der Frauenbewegung so begeistert verkünden, werden die Worte stehen: *Ich bin ich, und du bist du, eins sind wir in der Liebe.*« Das klingt stark an ein Buch an, eines der merkwürdigsten in der ganzen neueren Literatur: *Die Eigenen* von Ruedebusch. Vielleicht hat auch der selbe Geist zu beider Ideengang Pate gestanden: Max Stirners *Einziges*. Was uns aber zunächst hier merkwürdig und interessant erscheint, das ist der scharfe Gegensatz, in dem dieses Ideal der Zweiheit in der Ehe oder, wie es hier gemeint ist, in der Liebe zu jenem anderen Zukunftstraum der höchsten Liebesform zu stehen scheint, dem zuerst Ibsens Dichtergenius Farbe und Leben geliehen und den nach ihm und mit ihm so viele unter den Lebenden geträumt.

»Ich beschäftige mich fortwährend mit der Frage — ob wir beide uns nicht während der ganzen Zeit selbst getäuscht haben — wenn wir unser Verhältnis Freundschaft nannten. — Meinst Du, dass wir es eben so gut ein — Liebesverhältnis hätten nennen können. Ja, das meine ich. Schon zu Beatens Lebzeiten warst Du es, der alle meine Gedanken gehörten. Du warst es, nach der ich mich sehnte. In Deiner Nähe empfand ich jene ruhig freudige, wunschlose Glückseligkeit . . . Und dieses innere Leben für einander und mit einander haben wir für Freundschaft gehalten. Nein — unser Verhältnis ist eine geistige Ehe gewesen — vielleicht schon vom ersten Tage an.« Hier also ist jenes tiefe Glaubensideal der Liebe, das in Ibsens Geist gelodert und gebrannt hat, seit er als ein junger Stürmer mit blutig geisselnden Worten die *Komödie der Liebe* geschrieben, die Komödie jener bürgerlich-ehrbaren Liebe, über die die Welt hinausgewachsen war. Dieses neue, ernste, hoffnungsstarke Liebesideal — es war die Lösung für den tausendstimmigen Sehnsuchtschrei einer neuen Jugend, die Befreiung suchte von verzehrendem Unbefriedigtsein, für das die alte Tradition zerbrochen und entwertet war, das neue Götter brauchte. Darum entzündeten Ibsens Worte gerade in den reichsten Frauenherzen ein Feuer, das das Leben frisch zu durchglühen schien, darum war er wie ein Prophet für alle die Suchenden und Daseinsenttäuschten, die die Wirklichkeit des Lebens leer und kalt liess, die immerfort kämpften und rangen nach einem Ausdruck ihres Fühlens.

Das also war die Liebe einer neuen Zukunft: ein Ineinanderleben von Mann und Weib, ein geistiges und seelisches Einswerden, ein Füreinandersein, so ausschliessend und innig, dass darüber die ganze übrige Welt in nichts versank, dass das Leben nur ein Suchen war nach jenem andern, der — wie Rubek sagt — den Schlüssel zu dem Schrein besitzt, darin die Bildnerträume des eigenen Herzens begraben liegen. Nur diese tiefinnerste Vereinigung war Liebe, Liebe, die Freundschaft und heisse Sinnesleidenschaft zugleich umschloss, die Frieden und Lebenserfüllung verhieß. Es liegt sehr nahe: ein solches Ziel musste der Traum der Verheissung für die besten unter den neuen Frauen werden, deren Geist sich aus langem Schlummer nun zu wachem Leben regte, die die frisch gelösten Seelenkräfte hinaufzuentwickeln strebten und die dennoch die Leidenschaft in sich pochen fühlten, als eine Mahnerin zum Glück des Lebens. War die Liebe wirklich jenes höchste Aufeinander-treffen von Sinnen- und Seelentrieben, wie es Ibsens Männer und Frauen zu einander führt und in einem unzerreissbar ewigen Gefühl unlösbar fest zusammenkettet: dann war die neue Erotik gefunden für die neuen Menschen, und für den einzelnen galt es nur, dem zu begegnen, der jenen Schlüssel in den Händen hielt! Aber war die neue Liebe dieses Göttlich-Grosse, das Ibsens Geist aus den Sehnsuchtsklängen unseres an Entwicklungen und Wandlungen so reichen Zeit erschaffen hatte? Hier eben, so scheint mir, scheiden sich zwei Wege, die — vielleicht — weit und immer weiter auseinanderführen, vielleicht nur streckenweise von einander weichen, um sich von neuem zu vereinen. Auf dem Wege, den Ibsen der Menschheit gewiesen, sind nach ihm viele gegangen, in deren Innern die gleiche, starke Empfindung der Einheit von Seelen- und Sinnesschwingungen lebte. Ihm zuzuneigen, treibt gerade die zartestfühlenden unter den Frauen noch etwas anderes: die Verantwortung der Mutterschaft. Diese Seite hat Ibsen nur eben gestreift. Für die aber, die, wie zum Beispiel Ellen Key, das Leben des Weibes im tiefsten Kern auf das Kind stellen möchten, für sie liegt in dem Ausdruck der sinnlichen Leidenschaft zugleich die innerste Wesenheit, und nur, wo der Liebesinstinct in reinstem Einklang mit der gesamten Persönlichkeit steht, nur da kann für sie die Hingabe zweier Menschen naturgewollt sein; denn nur da kann sie der Aufwärtsentwicklung der Menschheit dienen.

Und ist es nicht das gleiche Empfinden, wenn in jenem wunderlichen Frauenbuche, der viel gelesenen *Renate Fuchs*, die Heldin nach einem schmerzvollen Dasein voll Irrrens und Suchens, endlich auf ferner Erde dem Manne begegnet, dem sie sich hingeben kann in trunkener Leidenschaft, während ihre müde gerungene Seele zugleich in seinem Geiste Frieden und Erlösung findet? Und wenn diesem tiefen Liebesbunde, dem das Leben nur eine einzige Nacht gegönnt hat, der Sohn entsprosst, dem fortan Renates ganzes Sein geweiht sein darf? In diesem Buch ist beinahe ein Zug des vollkommenen Fatalismus, der zwei bestimmte Menschen auf dem ganzen Erdenrund nur für einander geschaffen wähnt, in ihrem Leben und Ringen nur ein unbewusstes Suchen nach jener anderen tiefverwandten Menschenseele sieht — der letzten Form des Glaubens, dass in der Liebe zwei Naturen völlig ineinanderschmelzen zu einer einzigen, nun erst in sich vollendeten Persönlichkeit. *Renate Fuchs* weist überhaupt bei allen dichterischen Schwächen viele Züge auf, die interessant sind für die Seelenanalyse der modernen Frau. Auch hier löst ein junges Weib sich los von aller Convention und allen vorgedachten Lebensgesetzen und geht seine eigenen Wege; aber träumend und versonnen, vorwärts gedrängt von dunklem Freiheitssehnen, das es selber nur triebhaft fühlt, und träumend und versonnen, ohne Erkenntnis der Wirklichkeit, schreitet es durch Enttäuschung und Bitternis, durch Schmutz und Schande mit unentweilter Seele. Gar zu formlos und lose geknüpft wirren sich die Fäden in diesem Seelenbilde durcheinander; echt aber ist der zarte, phantastische Grundton, auf den diese feine Frauengestalt gestimmt ist. Echt ist die tiefinnerliche Reinheit, die hinter und über allem sinnlichen Erleben für manche Frauen die Keuschheit des Herzens, ja, auch die Keuschheit der Sinne wahr.

Und hier nun schneiden sich recht eigentlich jene beiden Wege, von denen wir sprachen, und fragend stehen wir vor dem Scheideweg, ohne zu wissen, wohin die Zukunft führt. *Renate Fuchs* — so wirklich oder unwirklich sie sein mag — hat suchend geirrt, bevor sie die Erfüllung fand; denn »solche Erfüllungen begegnen uns nicht auf den Strassen«. Ist also nicht gerade das Ringen und Kämpfen notwendig für den, der das Ziel gewinnen will? Und heisst suchen nicht immer auch irren? Gibt es nicht ebenso ein Irren für die Sinnenleidenchaften?

Der Emancipation des Geistes folgte für die Frauen die Emancipation der Sinne. Nicht rein aus literarischer Mode, aus Effectsucht und unwahrer Anempfindung strömen die glutatmenden, sinnlicher Extase übervollen Lieder moderner Dichterinnen, nicht ganz ohne tieferen, inneren Grund singen und sagen plötzlich die Frauen von dem Sturm der fieberheissen Nächte und dem lodernnden Feuer trunkener Leidenchaften. Der Weg zur Freiheit ist immer revolutionärer, als die ersten Pfadfinder glauben mögen. In herber Keuschheit, abgewandt der Sinnenfreude, ja fast in Verachtung aller Erotik wollte das Weib zunächst nur die Fesseln des Geistes brechen; aber da es dahin kam, überhaupt erst einmal dem leisen Tönen der eigenen Wünsche nachzulauschen, unter dem toten Wust der Conventionen sich endlich selbst zu suchen, die naturfremde Scham langsam von sich zu werfen, die unter einer fast unabwälbaren Last jedes kräftige Gefühl erstickte, da schien es plötzlich, als ob kein Zwang des Geistes und der Seele je so furchtbar und drückend gewesen, wie der tödende Bannstrahl, durch den die Sitte jede freie Äusserung der Sinnenleidenchaften niederhielt. Und da zerbrach die Fessel ungewollt. Hemmungslos, stürmend, in fieberhaft gesteigertem Gefühl verkündeten die Frauen laut der Welt die tief verborgene Qual der misshandelten Sinne, die Marter ungestillter Triebe. Die zarte Seelenromantik in dem Freiheitskampf des Weibes zerstob zuletzt vor diesem verzweifelt realen Notschrei der Sinne.

Und deshalb stehen wohl viele zweifelnd vor der Scheide jener beiden Wege

und fragen mit Hedwig Dohms höchst unromantisch kühlem Scepticismus: »Liebe — ja — was ist das? Nicht in den meisten Fällen nur ein Begehren des Blutes, ein Drängen von Nervenkräften, die sich betätigen wollen?« So ist vielleicht der eine Weg der der Romantik, der andere der Lebenswirklichkeit? Oder der eine nur der Durchgang, während der andere dem Ziel entgegenführt? Wäre auch im Leben, wie in Renates Traumdasein, die Wahrheit erst des Irrrens Preis? Wie dem auch sei — dies eine ist die grosse Culturerrungenschaft der heissen Kämpfe der Frauen: sie haben ihre eigene Wahrheit gesucht und ihr eigenes Glück, und unbekümmert um alle Gefahren sind sie dabei alle Pfade gewandelt, zu denen die Freiheit sie lockend rief. Und da sie gelernt haben, mit eigenen Augen zu schauen, mit eigenem Gefühl zu fühlen und mit eigenen Lauten zu reden: so musste für sie die Welt sich weiten, so mussten sie auf vielen Wegen zu gehen versuchen, wie der Mann seit dem Beginn aller Cultur auf vielen gegangen war. Denn nun — in allem Tasten und Suchen, nun, da die Schleier von seiner Seele fielen, zeigte sich's plötzlich, dass das Weib so wenig eine Wesenseinheit war, wie je der Mann, und dass es der Flachheiten allerflachste sei, die Millionen weiblichen Geschöpfen leben, unter die Starrheit eines einzigen Begriffs zu beugen. Es zeigte sich, dass es nicht gilt, die Frau am Masse des Mannes zu messen, sondern dass es ein eigenes Wertmass für sie gab, das Mass ihrer Wesenheit. Und da sie aufhörte, sich unter des Mannes Gesetz zu beugen, zwang sie diesen, auch für sich andere Gesetze aufzusuchen und andere Zusammenhänge mit dem Weibe. Darum überall in der modernen Dichtung der Sturm neuer Gefühle, neuer Beziehungen, das Überbordwerfen des Alten und die hoffnungsfrohe Fahrt hinaus auf weite, ungekannte Meere. Darum das geistige Einandersuchen, das feine Sichverstehenwollen, die schwankenden Grenzgefühle zwischen Seelenfreundschaft und Sinnenliebe, die ungezählten Übergänge, das Verschwimmen aller Gegensätze zwischen Mannes- und Frauendichtung, die Doppelgeschlechtlichkeit in den feinstdifferenzierten Geistern. Gemeinsam jetzt suchen Männer und Frauen einen Boden, auf dem wieder Lebensklarheit und Lebensfreudigkeit erwachsen kann, und nur dann — das fühlen alle — kann Mann noch Weib empor auf der Bahn der Cultur, *wenn die Menschen reif zur Liebe werden.*

Das Buch des englischen Dichters Carpenter, das diesen Titel führt, ist von unendlich vielen gelesen und bewundert worden; auf zahllose Männer und Frauen hat es gewirkt wie eine Offenbarung. Und dennoch sagt es nichts über die Liebesbeziehungen der Menschen, als was von freieren Geistern beinahe schon als das ganz Selbstverständliche empfunden wird. Was Carpenter bekämpft: der Zwang der Ehe, was er erstrebt: die Freiheit in der Liebe, die Möglichkeit, einen Bund zu lösen und zu knüpfen, ohne dass Gesetz und gesellschaftliche Feme sich hemmend in so intim Persönliches einmischt, das alles ist längst vor ihm in mindestens gleicher Schärfe und Klarheit hundertfach gesagt; was er zerstören will, das ist die Grundmauer jenes Gesellschaftsbauens, von dem vor unseren Augen längst schon Stein für Stein zerbröckelt. Was also erklärt die tiefe Wirkung seiner Worte, den begeisterten Glauben und die leidenschaftliche Teilnahme, die sie gefunden haben? Vielleicht eben, dass Carpenters heiss empfundene Klage wider die Unnatur und Roheit unserer Liebesmoral auf einen schon überreifen Boden fiel, dass hier nicht ein Kopf von eigener revolutionärer Kraft Gedanken tiefer, kühner Neuheit denkt, vielmehr nur ein klarer Geist mit Ernst und Feinheit sagt, was jeder Denkende erkennt, weil das Leben es heute jeden gelehrt hat.

Deshalb gerade ist die Wirkung solcher Bücher oft bedeutsam für die Höhe der Culturentwicklung; sie ist ein sicheres Mass für die Ausbreitung herrschender Stimmungen und Tendenzen. Ebenso ist es recht interessant, wie die

denkende Beobachtung, die einfach und klar aus dem Carpenter-chen Werke spricht, sich in ihren Resultaten völlig deckt mit jener intuitiven, dichterischen Anschauung des Lebens, die die Umwertung dessen, was da ist und wird, in die Empfindungssphäre widerspiegelt. All diese vielgestaltigen Probleme, die in den Köpfen der Menschen schwirren und in den Seelen unruhig leidenschaftliche Wünsche lösen, können eben niemals — wie so mancher missverständlich meint — nur vergängliche Strömungen hyernervöser Reizbarkeit oder zügellos schweifender Dichterphantasie sein; sie ruhen vielmehr schliesslich alle auf sehr realer Basis, auf ganz bestimmten sociologischen Notwendigkeiten — das auszusprechen, ist heute ja beinahe ein Gemeinplatz, da die materialistisch-geschichtliche Betrachtungsweise bis zu Lestimmtem Grade schon zu einem Grundfactor unseres gesamten Denkens geworden ist.

»Liebe ist zweifellos der letzte und schwierigste Gegenstand, den die Menschheit zu lernen hat; sie ist in gewissem Sinne das Fundament aller anderen. Vielleicht ist für die modernen Nationen die Zeit gekommen, wo sie aufhören, Kinder zu sein, und einen Versuch machen, sie zu erlernen.« Wie steht nun Carpenters Liebesauffassung zu jenen zwei Grundströmungen der Liebesempfindung, von denen wir sprachen? Es lebt in ihm ein glühender Glaube an eine unendlich tiefe, innige und zarte Lebensverbindung von Mann und Weib, wie sie in einem Zukunfts-dasein vollkommener Freiheit sich aus dem trüben Sumpf unserer heutigen Ehe als ihr reines Idealbild emporheben müsste. Aber die Ehe, die er erräumt, trägt allerdings ein stolzeres und kuhneres Antlitz, als heute selbst in ihrer edelsten Gestalt. Die Menschen dieser Ehe haben sich aus der dumpfen und verödenden Enge des abgeschlossenen Familienheims hinausgewandt zu den tiefen, weiten Horizonten des freien Lebens.

»Eine Ehe, so frei, so spontan, so in sich selbst begründet, dass sie den Gatten weite Wege von einander weg gestatten würde, sei es in gemeinsamen oder auch in ganz getrennten Aufgaben und Interessen, und sie dennoch all die Zeit im Band absolutester Sympathie zusammenhalten würde, eine solche Ehe würde gerade durch ihre Freiheit nur umso heisser anziehend und gerade durch ihren Spielraum und ihre Weite nur um so reicher und lebenskräftiger, ja, in gewissem Sinne, unzerstörbar sein.« — Und auf der anderen Seite weiss Carpenter sehr wohl, wie sich in tausendfach verschiedenen, zahllos verschlungenen Bahnen die Fülle menschlichen Empfindungslebens gerade auf diesem triebhaftesten und naturgebundensten Gebiete ausströmt, wie sehr Freiheit hier zugleich Entfesselung, Gefühlsdifferenzierung bedeutet. Ihm ist die Entwicklung zur ausschliessenden Gemeinsamkeit zweier Menschen gegenüber dem Wogen und Schwanken der Naturinstincte wahrscheinlich als das Merkmal der Culturerhöhung; aber diese Entwicklung schliesst die Irrungen der Leidenschaften, den Reichtum der Kräfte, die Unerlllichkeit der Nebenwege, Abweichungen und Combinationen auch für ihn nicht aus. So bedeutet diesem englischen Denker, der ein Sprecher für Tausende von Gleichempfindenden geworden ist, der freie Liebesbund, der durch ein festes Band tief inneren Einanderangehörens zwei Menschenleben vereint halt, das hohe Ziel, dem in abschbarer Zeit alle geistig-sexuellen Bewegungen der Cultermenschheit wie der einzelnen Persönlichkeiten — bewusst oder unbewusst — entgegenstreben, doch aber eben nur ein höchstes Ziel, zu dem der Weg durch Fahrnisse und Öden, durch wilde, sturmgepeitschte Meere wie durch stille, sonn-helle Täler führt. Das sind die Wege, die Renate Fuchs gegangen; sie laufen dem gleichen Gipfelpunct entgegen. Nicht jener Zweiheit in der Liebe, die Hedwig Dohm in ferner Zukunft als Lösung unserer Seelenkämpfe ahnt . . . Und dennoch — trägt eine Ehe, die »den Gatten weite Wege von einander weg gestatten würde«, nicht notwendig in sich den Keim des Todes? Bedeutet Freiheit nicht für die Mehrzahl aller Menschen immer neue, lockende Schin-

sucht? Und umso sicherer, wenn nach Carpenters Glauben jene Form der Eifersucht, die nur der rohe Ausdruck ausschliessenden Besitzrechts ist, in dem »Communismus und Humanismus der Zukunft« ganz verschwindet?

So führt vielleicht der Carpentersche Liebesglaube direct hinüber, vielleicht ist er sogar im tiefsten Grunde schon identisch mit dem Ideal des Buches, das Christa Rulands Zweiheitshypothese in so extreme Formen giesst, dass man zunächst davor steht, wie vor einer nie gehörten, in ihrer Neuheit beinah verblüffenden Erkenntnis: den *Eigenen* von Ruedebusch.

Ruedebusch baut eine Welt von Eigenen auf, eigenen Männern und Frauen. Eigen aber ist niemand, der in dem Augenblick nicht mehr seinen Wünschen und Leidenschaften, seiner Gedankensehsucht und dem Rausch der Sinnestriebe folgen darf, wo ihn ein tieferes Erleben an einen andern bindet. Was ist die *freie* Liebe, die die Besten heute erträumen, anderes, als die Ehe, für die an Stelle des Gesetzeszwangs der Zwang des Liebenden und der Geliebten tritt? Auch den Gläubigen der freien Liebe verleiht die Liebe ein Besitzrecht, ein Recht an die körperliche wie die seelische Hingabe des Geliebten. Alle Empfindungen von Mann und Weib, selbst die der freiesten unter ihnen, sind getragen von dem leidenschaftlichen Gefühl ausschliessenden Besitzes, sind durchtränkt von Eifersucht auf jede Sinnes- und Seelenregung, die anderen gelten könnte. Der Eigene gehört auch in der Liebe nur sich selbst; nur seine eigene Leidenschaft bricht seine Freiheit, und nur, wo der andere sich ihm frei ergibt, hat er ein Recht an diesen. Allein eine solche Liebe ist in Wahrheit frei; sie nur lässt die Persönlichkeit in dem Geliebten unangetastet in ihrer vollen und reinen Entwicklungsmöglichkeit.

Unzweifelhaft — in diesen Ideen liegt ein sehr ernster Wirklichkeitsgehalt und eine tiefe Beziehung zu dem schrankenlosen Freiheitsstreben, das die Frauen heute weiter und weiter in ungemessene Fernen lockt, da mit den Stützen ihrer einstigen Lebenssicherheit auch alle Brücken alten Glaubens hinter ihnen zusammenstürzten. Und ist das im Grunde sehr viel anderes, als Carpenters freier Liebesbund, der jede Fessel und jede Beschränkung verschmätzt? Die reine Besitzersucht, die jede Hingabe des Weibes an einen anderen als tiefste Schmach für den Mann empfindet, der dieses Weib sein nennt, muss ihren Stachel ja verlieren, sobald in diesem Sinne ein Eigentum an einem Menschen nicht mehr existiert — und wie weit fort von unserem Empfinden dann der Wunsch nach vollster Persönlichkeitsbehauptung das Fühlen der Menschen trägt, wer wollte das heute auch nur in losen Zügen zu bestimmen wagen? Freilich, ob jene andere Form, die auch Carpenter von dem blossen Besitzgefühl geschieden wissen will, die Leidenschaft der Eifersucht, die für uns fast ein Teil der Liebesleidenschaft selbst ist, ob auch sie unter einer so tiefen Umwandlung des Lebens wirklich schwinden könnte? Haftet sie nicht untrennbar an jeder erotischen Empfindung? Georges Sand lässt ihre gerade jetzt wieder in vielen Zügen so wunderbar moderne Lucrezia Floriani nach Qual und Kampf schliesslich an der bohrenden Eifersucht der Liebe zu Grunde gehen, dieselbe Lucrezia Floriani, die in freier, stolzer Unabhängigkeit nur sich und ihren Kindern lebte. Ist nicht die grosse Dichterin hier zugleich auch die feinere Seelenkennnerin? Oder gibt es in der weiten Sphäre menschlichen Empfindungslebens überhaupt nichts, was nicht dem Gesetz der Umwandlung unterläge? Rätsel der Zukunft, für uns ungelöst, mit so tiefem Interesse wir ihnen auch nachspüren.

Und alle diese Rätsel stehen in tieferem Zusammenhang mit der Entwicklung der Frauenprobleme selbst in der Zukunft, wie sie sich mit den Wandlungen des Frauenlebens in der letzten Zeitepoche erst entfaltet haben. Weitab von ihren ursprünglich engen und begrenzten Zielen hat geschichtliches Werden die Frauen, ihnen selber unbewusst, getrieben, und was man noch vor

kurzem mit den tausend kleinen Mitteln tatsächlicher und geistiger Unterdrückung künstlich niederhalten zu können vermeinte — das hat sich wieder einmal als der erste Ausdruck grosser und tiefer Umgestaltungen erwiesen, die in ihrer einstigen historischen Bedeutung heute für uns noch völlig unabsehbar sind.

XX

EDMUND FISCHER · FREIHEIT, DEMOKRATIE, DISCIPLIN

Über die Grundsätze des Socialismus ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Hätte ein Socialdemokrat es aber für nötig erachtet, über die Grundsätze der Demokratie und der Freiheit zu schreiben, so wäre das sicherlich als eine recht überflüssige Spielerei angesehen worden. Denn dass über die Begriffe der *Demokratie* und der *Freiheit* unter Socialdemokraten beachtenswerte Meinungsverschiedenheiten bestehen könnten, musste als völlig ausgeschlossen gelten. Die Vorgänge in jüngster Zeit haben mich eines anderen belehrt. Zu meiner grossen Überraschung wurde das, was ich seit mehr als zwanzig Jahren — seit ich der Partei angehöre — als unantastbaren Grundsatz der Demokratie und der Freiheit ansah, von dem ich glaubte, dass er von allen denen wie ein Heiligtum gehütet werde, die auch darauf Anspruch machen, Demokraten zu sein, als *parteisächlich*, als *anarchistisch*, *revisionistisch* und Gott weiss noch was bezeichnet, nur aus dem Bestreben entsanden, die Partei zu *zersprengen*, sie in einzelne Gruppen aufzulösen und den *Revisionisten* ihre *Extratouren* zu ermöglichen. Wenn ich also nicht annehmen soll, dass diese Meinungen nur der Ausfluss der Verwirrung sind, die der Name *Göhre* in manchen Köpfen hervorgerufen hat, so muss ich mich die besagten zwanzig Jahre in einem völligen Irrtum über die Begriffe *Demokratie* und *Freiheit* befunden haben, und ich wundere mich nur darüber, dass ich diese *anarchistischen*, *revisionistischen* Ansichten so lange Zeit propagieren durfte, ohne dass man mich auf meine gegen alle Disciplin und gegen das Interesse der Parteieinheit verstossende Grundsätze aufmerksam machte! Obwohl nun die *Leipziger Volkszeitung* mir gegenüber bemerkte — sollte es eine Drohung oder Warnung sein? —, dass ich mich »doppelt besinnen« würde, meine diesbezüglichen Anschauungen ausführlich darzulegen — wie ich es nach der sächsischen Landesconferenz in Chemnitz angekündigt hatte —, so will ich das grosse Wagnis doch nicht unausgeführt lassen, hoffend, dass jetzt, wo das Persönliche keine Rolle mehr spielt, sich eine völlige Harmonie meiner demokratischen und freiheitlichen Grundsätze mit denen der Gesamtpartei erzielen lässt.

Das Endziel der Socialdemokratie ist die Herbeiführung eines Gesellschaftszustandes, in dem das grösstmögliche Wohlergehen aller garantiert ist. Wohlergehen ist das grösste Mass von Glückseligkeitsempfinden, das nicht nur und auch nicht in erster Linie erzeugt wird durch die Höhe des Einkommens, durch das Mass der zum materiellen Leben nötigen und erwünschten Bedarfs- und Genussmittel. »Drückender als alle Not ist die Knechtschaft.« Die erste Vorbedingung des Wohlergehens ist demnach die *Freiheit*.

Fühlbarer, als die politische, ist die wirtschaftliche Unfreiheit. Der Capitalismus hat aber die wirtschaftliche Unfreiheit der übergrossen Mehrheit des Volkes zur Vorbedingung. In erster Linie deshalb bekämpfen wir den Capitalismus und wollen wir an seine Stelle den Socialismus setzen. Der Socialismus muss also vor allem die möglichst grösste politische und wirtschaftliche Freiheit bieten, wenn er einen Gesellschaftszustand bedeuten soll, in dem das möglichst grösste Mass von Wohlergehen aller garantiert ist.

Der kleine Bauer, vorausgesetzt, dass sein Gütchen nicht verschuldet ist, findet sich bei seiner schweren Arbeit und seinem kümmerlichen Leben meist wohler, als

der Fabrikarbeiter mit höherem Einkommen und milderer Plage. Die Ursache dessen ist die grössere Sicherheit und Unabhängigkeit seiner, wenn auch ärmlichen, Existenz und das Fehlen des *Herrn*, in dessen Knechtschaft er sich befindet und dessen Befehlen und Bevormundungen er ständig unterworfen ist. Neben der wirtschaftlichen Unfreiheit ist die Unsicherheit der Existenz das grösste Übel, das in der heutigen Gesellschaft alle Nichtbesitzenden — also den weitaus grössten Teil des Volkes — trifft. Wer es nicht kennt, kann sich keine Vorstellung davon machen, wie fürchterlich für einen Familienvater der ihn stets verfolgende Gedanke ist, morgen oder übermorgen, infolge Geschäftsstockung, einer Unbedachtsamkeit, eines kleinen Fehlers wegen der Laune seines Arbeitgebers zum Opfer fallend, existenzlos zu werden. Das Wesentlichste der sozialen Frage ist meiner Ansicht nach nicht die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit, sondern die Sicherheit der Existenz. Vorbedingung einer völligen Sicherheit der Existenz ist aber die Freiheit.

Der heutige Staat garantiert seinen Beamten eine sichere, lebenslängliche Existenz — wenn sie nicht nur ihre Pflicht im Berufe erfüllen, sondern auch politisch und geistig sich vollständig den Ansichten und Wünschen der obersten Vorgesetzten unterordnen. Ihre Existenzsicherheit können die Beamten sich also nur durch das der Existenzunsicherheit gleich grosse Übel der geistigen Knechtschaft erkaufen. Ihre Sicherheit der Existenz unterscheidet sich wenig von der der Sklaven.

Individuelle Freiheit vor allem — das ist die Voraussetzung, um den Menschen ein hohes Mass von Glückseligkeit empfinden zu verschaffen. Eine sozialistische Gesellschaft, die nicht dem gesamten Volke ein grösseres Mass wirtschaftlicher und geistiger Freiheit verschaffte, als heute besteht, würde von nicht langer Dauer sein.

Die erste Frage ist nun: Was ist Freiheit? Eine Dirne, sagen die einen, die jeder zu seinen Zwecken gebrauchen kann. Ein Begriff, meinen andere, den man überhaupt nicht definieren könne. Wenn wir aber tagtäglich nach der Freiheit rufen, für die Freiheit kämpfen, dann müssen wir uns auch darüber klar sein, was wir darunter verstehen.

»Quid est libertas? Potestas vivendi ut velis«, sagt Cicero: Freiheit ist die Macht, zu leben, wie man will. Dass das nicht möglich ist, darüber sind wir uns klar. Die römischen Rechtsgelehrten sagen, dass Freiheit die Macht sei, das zu tun, was vom Gesetze nicht verboten ist. Das heisst also, dass nur das Gesetz, und nicht Personen, dem einzelnen Schranken ziehen dürfe. Wenn sich also das Volk die Gesetze selbst gibt, zieht es sich selbst die Schranken, innerhalb deren es sich völlig frei bewegen kann: es besitzt die Freiheit, die es sich selbst gegeben, die es selbst als Freiheit bestimmt hat, also die Freiheit. Wenn das die Freiheit wäre, die wir erstreben, dann wären wir nicht weit von der politischen Freiheit entfernt! Ich sage: von der politischen Freiheit, weil es ja auch wirtschaftliche Gesetze gibt, die von dem Willen der Menschen heute unabhängig sind und die wir erst durch den Sozialismus dem Willen der Menschen unterwerfen wollen. Aber die bestehenden politischen Gesetze haben heute zweifellos die Mehrheit für sich, damit auch alle Gesetze zur Unterdrückung der Minderheit. Der unbeschränkte Wille der Mehrheit ist also keineswegs eine Garantie der Freiheit!

Damit komme ich auch gleich zu meiner zweiten Frage: Was ist Demokratie? Denn wenn der unbeschränkte Wille der Mehrheit keine Garantie der Freiheit ist, kann er auch nicht die Demokratie ausmachen, die wir erstreben! In den Auseinandersetzungen über den *Fall Göhre* wurde von verschiedenen Seiten dieser unbeschränkte Wille der Mehrheit als Grundsatz der Demokratie bezeichnet. »Wenn es . . . einen demokratischen Grundsatz gibt, dann ist es der, dass die Majorität das Übergewicht haben soll über die Minorität, und nicht umgekehrt. Die Majorität ist in unserem Falle die Gesamtpartei, die Minorität der Wahlkreis.«¹⁾ Wenn dieser Satz für alle Fälle gelten sollte, dann wären wir in Deutschland nicht

¹⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Wahlkreis und Partei in der Neuen Zeit*, 1903-1904, II. Bd., pag. 44.

weit von der Demokratie und Freiheit entfernt. Wir Socialdemokraten empfinden aber gerade in Deutschland, dass der reactionare Roscher einmal recht hat, wenn er schreibt: »Keine Tyrannei ist für den Augenblick so drückend, wie die tyrannische Herrschaft einer Mehrzahl über die Minderzahl.« Das Princip der Mehrheit darf also die Demokratie bei weitem nicht ausmachen. Der athenische Demos in seiner schrankenlosen Macht war oftmals ein grausamerer Tyrann, als manche absoluten Herrscher

Aristoteles sagte, die Grundlage der Demokratie sei die Freiheit. Wir sehen aber, dass die Herrschaft der Mehrheit keineswegs Freiheit bedeutet. Ganz richtig schreibt Dr. Franz Lieber, seinerzeit Lehrer der Geschichte und Staatswissenschaft an der Columbiaschule zu New York: »Die Herrschaft der Mehrzahl an sich zeigt uns die Macht einer gewissen Gesamtheit an; allein Macht ist nicht Freiheit. Wenn dir die Mehrzahl Schierling zu trinken gebietet, hast du dann Freiheit? Oder wenn die Mehrzahl Freiheit aufgibt und Willkürherrschaft eines einzelnen errichtet? Gerade dies ist aber- und abermals geschehen: Napoléon III. beanspruchte seine Krone kraft der Erwählung durch die überwältigende Mehrzahl der Franzosen«²⁾ »Wir könnten weit richtiger sagen,« fährt dann weiter unten der genannte Autor fort, »dass wahrscheinlich dort Freiheit besteht, wo die Minderzahl beschützt ist, obwohl die Mehrzahl herrscht. Aber in diesem letzteren Fall macht der Schutz der Minderzahl, mit anderen Worten, Rechte, welche ausser dem Bereich der Mehrzahl liegen, die Freiheit aus, nicht aber die Macht der Mehrzahl.« Das beste Zeichen, dass ein Volk wirklich frei, ist die Sicherheit der Minoritäten, schreibt Acton.

Zur Demokratie gehört also nicht nur das Recht der Mehrheit, sondern auch das Recht und die Sicherheit der Minoritäten. »Der Mangel an Duldung ist das Schandmal der Willkürherrschaft, das Bestehen einer Gegenpartei der Ruhm der Freiheit. Freiheit gewährt Mannigfaltigkeit; der Zwingherr, sei er einer oder eine Volksmasse, nennt jeden Ketzler, der anders denkt oder fühlt.«³⁾

Das Wesen der Demokratie besteht in der Abgrenzung der Rechte der Mehrheit und der Rechte der Minoritäten. Ein grosses Staatswesen ist nie eine solche Einheit, dass alle durch Beschlüsse der Gesamtheit geregelt werden könnte. Je straffer die Centralisation eines Landes ist, desto geringer ist die Freiheit. Die Demokratie ist also einer consequenten Centralisation entgegengesetzt. Ohne die weitestgehende Autonomie der einzelnen Glieder des Gemeinwesens, der Communen etc., ist eine Freiheit undenkbar. Das schliesst für alle gültige, von der Mehrheit beschlossene Gesetze, die die Einheit des Staatswesens, den Schutz des einzelnen und die Solidarität der Gesamtheit garantieren, nicht nur nicht aus, sondern hat sie zur Voraussetzung. Aber Bedingung ist hier wieder, dass nur Gesetze und kein Wille einer oder mehrerer Personen die Oberherrschaft ausüben. »Jede persönliche Willkürlichkeit ist der Freiheit entgegen.« *Persönliche Willkür* ist jede Verfügung, Anordnung, Reglementierung durch Personen, seien diese Minister oder Mitglieder einer Commission.

Die Wahl der Beamten durch das Volk macht die Demokratie nicht aus. Ein vom Volk gewählter Dictator bleibt ein Dictator, auch wenn er für seine Handlungen verantwortlich ist und jedes Jahr neu gewählt werden muss. Man kann ein guter Demokrat sein und die Wahl der Schullehrer durch das Volk für eine sehr bedenkliche demokratische Spielerei ansehen. Und man kann als Socialist sehr wohl den Ansichten Lombrosos über die Ursachen der Verbrechen in der Hauptsache zustimmen und daher für die gemeinen Verbrechen die Laiengerichte und somit die Wahl der Richter verwerfen. Nicht die Wahl der Beamten vom obersten bis zum niedrigsten macht die demokratische Verwaltung aus, sondern die Functionen, die die Beamten zu verrichten haben: sie dürfen nur Vollstrecker der Gesetze sein,

²⁾ Vergl. Franz Lieber: *Über bürgerliche Freiheit und Selbstverwaltung* Heidelberg 1860, pag. 19.

³⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 38.

keine persönliche Macht besitzen, nie nach ihren Ansichten — nach *Willkür* — verfügen. »Es ist eine ewige Erfahrung«, schreibt Montesquieu in seinem *Esprit des lois*, »dass jedermann, welcher Macht besitzt, geneigt ist, sie zu missbrauchen; er geht so weit, als er keine Schranke findet.«

Das sind nun alles banale Wahrheiten. Aber noch vor wenigen Wochen war ich ein Ketzer, weil ich dasselbe, wenn auch zum Teil mit anderen Worten, sagte — und das, was ich im Staate verlangte, auch in der Partei forderte! Und damit gelange ich zu meiner dritten Frage, um deren willen ich meine bisherigen Ausführungen einzig und allein machte: Wie gelangen wir zur Demokratie und Freiheit?

Unser Programm enthält eine Reihe von Forderungen an den Staat, die, wenn sie verwirklicht wären, uns sicher der Freiheit und Demokratie ein grosses Stück näher brächten. Aber hätten wir wirklich schon eine die Freiheit sichernde Demokratie, wenn wir heute zur Macht kämen und alle die Rechte und Freiheiten gesetzlich einführen, deren eine Demokratie bedarf?

Vor mehr als einem Jahrhundert wurde in Frankreich durch das zur Macht gelangte Volk die Demokratie und die Freiheit gesetzlich eingeführt — wie weit sind sie heute gediehen? Spanien bekam zuerst von allen europäischen Ländern, im Jahre 1812, das allgemeine gleiche Wahlrecht und eine liberale Verfassung überhaupt — ist es heute etwa ein liberales oder demokratisches Land? Auf dem Papier ist die spanische Verfassung tatsächlich eine freiere, als die deutsche, dennoch kann man sagen, dass Deutschland freier und demokratischer ist, als Spanien. Aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus lässt sich das nicht allein erklären.

Die Herbeiführung der Demokratie und der Freiheit ist in erster Linie eine Sache der Erziehung und erst in zweiter Linie eine Sache der Gesetzgebung. Ein nicht zur Demokratie und Freiheit erzogenes Volk wird, zur Macht gelangt, der Diktatur und dem Cäsarismus mehr Vorschub leisten, als der Demokratie. »Uns liegt mehr daran, ein republikanisches Volk zu erziehen, als eine Krone herunterzureissen«, sagte Turati auf dem Parteitage zu Bologna.⁴⁾

Die vornehmste demokratische Erziehung ist die praktische Betätigung in der Demokratie: bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen, in politischen und gewerkschaftlichen Vereinen und in Genossenschaften. Jeder, der es mitgemacht, weiss, dass es jahrelanger, oft jahrzehntelanger Schulung bedurfte, um in den Vereinigungen eine demokratische Leitung und Regelung aller Angelegenheiten zu ermöglichen. Und wie vieles ist noch zu tun!

Zur praktischen Betätigung kann aber nur ein sehr kleiner Teil herangezogen werden, die grosse Masse betätigt sich nur durch Abstimmung. Aber gerade die grosse Masse muss mit dem Geiste der demokratischen Freiheit erfüllt werden. Dieser Geist heisst aber, wie wir gesehen haben: Anerkennung der selbstgegebenen Gesetze als die alleinige Oberherrschaft; Duldung, Toleranz, Wahrung der Rechte der Minderheiten. Wahrhaft frei und unabhängig gesinnte Menschen sind stets tolerant, der Unduldsame ist herrschsüchtig, ihm misstrauet man. Wie können wir besser die Masse mit dem Geiste der demokratischen Freiheit erfüllen, als durch unser Beispiel, und indem wir ihr in der Partei die Gelegenheit geben, sich in diesem Geiste zu betätigen und zu schulen? Nur, wenn in unserer Partei die Freiheit, die Toleranz, die Rechte der Minoritäten bestehen, die wir vom Staate verlangen, können wir unsere Anhänger zu wahrhaft frei gesinnten Demokraten erziehen. In der peinlichsten Weise muss darauf geachtet werden, dass keine Herrschaft einzelner Personen entsteht, nicht *regiert*, reglementiert, dictiert, befohlen, bevormundet wird — denn dadurch erzieht man Soldaten, Landsknechte, aber keine freien Menschen. Jede Bevormundung ist Gift für den Geist der Freiheit, erstickt das Selbstbewusstsein, lähmt den freien Betätigungsdrang. Innerhalb der Gesetze

⁴⁾ Vergl. Claudio Troves: *Der Parteitag in Bologna* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, I. Bd., pag. 395.

der Partei, des Programms, des Organisationsstatuts, der Parteitagsbeschlüsse muss volle Freiheit der einzelnen Mitglieder und der Minoritäten, der *Gruppen*, der Organisationen, die zur Zeit nach Wahlkreisen gebildet sind, herrschen, eine Freiheit, die auch nicht durch einen Mehrheitsbeschluss der Gesamtpartei beeinträchtigt werden darf. Zu den vornehmsten, unantastbaren Rechten der Minorität gehört, dass jene ihre Vertreter völlig selbständig bestimmen.

Zu den Vertretern unserer Parteiorganisationen gehören nicht nur die Parteitagsdelegierten, sondern auch die Parlamentsmitglieder. Man hat gesagt, die Reichstagsabgeordneten seien Vertreter der Gesamtpartei und nicht des Wahlkreises, daher habe die Gesamtpartei die Kandidaten zu bestimmen. Aber der einzelne Wahlkreis ist doch ein Teil der Gesamtpartei, und die einzelnen Teile bilden doch erst ein Ganzes. Der Wahlkreis muss das Recht der Minoritäten haben, innerhalb der *Gesetze* abweichender Meinung von der Mehrheit zu sein und einen Vertreter seiner Meinung zu wählen. Wäre das nicht der Fall, dann dürften nur Abgeordnete gewählt werden, die in allen Punkten auf dem Standpunkt der Mehrheit der Gesamtpartei stehen. Das wäre aber der Gipfel der geistigen Knechtschaft, das wäre eine Tyrannei der Mehrheit, die schlimmer wäre, als jede Tyrannei absoluter Herrscher! Von Freiheit und Demokratie in der Partei könnte man dann nicht mehr reden.

Bleibt die Einheit der Partei nicht gewahrt, wenn auch in den Parlamenten die in der Partei vorhandenen verschiedenen Meinungen vertreten sind? Versteht man unter Einheit der Partei die Uniformierung des Geistes? Doch sicher nicht!

In einem Parteiblatt las ich allerdings unlängst: Man möge doch nur einmal den ersten besten Soldaten fragen, der könne einem sagen, dass eine Schlacht nur gewonnen werden könne, wenn in der Armee nur ein Wille herrsche. Daraus sollten die *Revisionisten* eine Lehre ziehen! Der eine Wille in einem Kriegsheere ist der Wille des Höchstcommandierenden. Ich glaube nicht, dass eine geistige Bewegung von einem Punkt aus commandiert werden kann. Solange wir Anspruch darauf machen, freie Männer und keine Landsknechte zu sein, wird es bleiben, wie es jetzt ist. Unsere Partei mit einer Heeresorganisation zu vergleichen, das ist auch nur in Deutschland, im Lande des Militarismus *par excellence*, möglich. Leider wird bei uns auch oftmals das Wort *Disciplin* ganz im militairischen Sinne gebraucht.

Fragen wir uns zum Schlusse doch nun auch einmal: Was ist *Disciplin*?

Als der Präsident des Reichstages einmal eine seiner Anordnungen mit dem Hinweis auf die notwendige *Disciplin* rechtfertigte, antwortete ihm unser Genosse Wilhelm Liebknecht unter dem lauten Beifall der socialdemokratischen Fraction: *Disciplin* sei ein Wort, das aus der Caserne stamme. Gegen diese militairische *Disciplin* empörte sich das demokratische Empfinden Liebknechts. In unserer Partei kann und darf unter *Disciplin* nie etwas anderes verstanden werden, als freiwillige Unterordnung unter die Gesetze der Partei: Organisationsstatut und allgemeine Beschlüsse. Aus den letzten Jahren ist mir nur ein Fall bekannt, dass ein erster *Disciplinbruch* stattfand: das war der der Leipziger Genossen gegen den Beschluss der sächsischen Landesconferenz zur Beteiligung an den Landtagswahlen. Sonst wurde die Einheit der Action in der Partei noch nicht gefährdet, und ich sehe absolut nichts in unserer Partei, was geeignet sein sollte, die *Disciplin* zu lockern. Was aber geeignet wäre, die *Disciplin*, die freudige Unterordnung unter die Gesetze, zu zerstören, das ist die Intoleranz, die Unduldsamkeit, die Entrechtung der Minoritäten, die Herrschaft einzelner Personen. Dass das in unserer Partei niemals platzgreife — das zu verhindern, muss sich derjenige zur Aufgabe machen, der die *Disciplin* nicht gefährdet sehen will!

Die *Disciplin* in unserer Partei ist also nichts anderes, als die freudige Unterwerfung aller unter die Beschlüsse der Mehrheit. Aber die Mehrheit hat dann auch die Aufgabe, die Minderheit zu achten und bei ihren Beschlüssen auf sie Rücksicht

zu nehmen. Eine Partei, die das ausser acht liesse, hätte keinen Bestand. Eine freudige Unterordnung unter die Beschlüsse ist auch nur in einer Partei möglich, in der die weitestgehende Freiheit der einzelnen Mitglieder innerhalb der Beschlüsse gegeben ist als Vorbedingung eines freudigen Mitarbeitens. Das wird aber nur der Fall sein, wenn die Partei nach den demokratischen und freiheitlichen Grundsätzen organisiert ist, die ich oben für ein demokratisches Gemeinwesen aufgestellt habe. Dadurch wird die Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit der Partei nicht gestört, sondern gefördert. Und wir erziehen unsere Anhänger zu freien, selbständigen, selbstbewussten Menschen, die sich nicht mehr dem Willen einzelner Personen oder Gruppen beugen: so und nicht anders werden wir einst der Freiheit teilhaftig werden, die wir erkämpfen.

XX

WILHELM DÜWELL · ÜBER DIE LAGE DER BERGARBEITER IM RUHRREVIER

Zur Zeit vollziehen sich im Ruhrrevier Voränderungen, die eine tiefgehende Revolutionierung der Verhältnisse im Gefolge haben. Das Grubencapital consolidiert sich, kleinere Dividendenmüsser werden ausgeschaltet, eine grosse Anzahl bürgerlicher Existenzen wird proletarisiert, Arbeiter, die sich unter Mühen und Entbehrungen ein kleines Anwesen erworben haben, werden von der Scholle vertrieben, ja sogar ganze Gemeinden werden als Wirtschaftsgebilde vor die Gefahr des Zusammenbruches gestellt. Diese Umwälzungen werden hervorgebracht durch die Stilllegung von Gruben: ein Process, der in geringem Masstabe infolge von Erschöpfung der Kohlenvorräte natürlich ist, jetzt aber in gewaltsamer Weise durch die Politik des Syndikats gefördert wird. Der Grund dieser Erscheinung, die die öffentliche Meinung stark erregt, ist bekannt: es handelt sich für die grossen Gesellschaften darum, ihre Beteiligungsziffer zu erhöhen, indem sie Zechen ankaufen, bei denen aus irgendwelchen Ursachen die Gewinnquote verhältnismässig gering ist, die angekauften Gruben dann stilllegen und die miterworbenen Beteiligungsziffern auf die günstiger producierenden Gruben übernehmen. Und ob auch viele Gemeinden veröden, Haus- und Grundbesitz entwertet wird, grosse Arbeitermassen gezwungen werden, auszuwandern, Landräte, Pfarrer, Gemeindevertreter, Kaufleute, Gewebetreibende, Haus- und Grundbesitzer etc. sich in Volksversammlungen unter die Arbeiter mischen, um gegen das Stilllegen der Gruben zu protestieren und von der Regierung, von der Volksvertretung Hilfe gegen die drohende Existenzschädigung verlangen, der Process des Grubenstilllegens wird dadurch nicht aufgehalten; das Capital kann sich nicht von Sentimentalitäten leiten lassen. Von der Stilllegung wird in abschbarer Zeit der gesamte eigentliche Ruhrbergbau mit über 20 000 Bergarbeitern betroffen. Die Monopolisierung der gesamten Kohlenindustrie (Production und Verschleiss) durch eine immer geringere Zahl Privater macht rapide Fortschritte. Darin liegt nicht nur die Gefahr gesteigerter Plünderung der Verbraucher, sondern auch die weiterer Unterdrückung der Arbeiter, zunehmender Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Gerade jetzt scheint es angebracht, ein Bild von der Lage jener Bergarbeiter zu entwerfen, was in nachfolgenden versucht werden soll.

Gegen Schilderungen capitalistischer Misswirtschaft von socialdemokratischer Seite pflegt das Unternehmertum stets mit dem Argument zu kommen: sie seien tendenziös verzerrt zum Zweck der Verhetzung u. s. w. Wenn aber bürgerliche Nationalökonomien, angeregt durch die von socialistischer Seite ausgehende Kritik, daran gehen, durch eifriges Studium und Zusammentragung von Material ein übersichtliches Bild industrieller und socialer Verhältnisse zu geben, so deckt sich das gewonnene Resultat meistens mit den unsererseits schon constatirten Tatsachen.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass solche Arbeiten von bürgerlicher Seite zwecklos seien; im Gegenteil, wir können es nur freudig begrüssen, wenn unsere Kritik der bestehenden Verhältnisse so nachdrücklich Unterstützung findet, wie zum Beispiel durch das jüngst im Cottaschen Verlage erschienene Buch *Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier* von Dr. Lorenz Pieper. Im vorhinem sei bemerkt, dass der Verfasser die auf Grund des Tatsachenmaterials festgestellten Missstände als Krankheitserscheinungen betrachtet, die innerhalb der capitalistischen Wirtschaftsordnung ausgeheilt werden können. Dr. Lorenz Pieper ist durchaus nicht von *Hass* gegen die heutige Gesellschaftsordnung erfüllt, er will nur Arzt eines kranken Körpers sein. Gerade darum ist uns seine Diagnose wertvoll, man kann ihr die Objectivität nicht absprechen. Vielleicht gerade darum ist ein Herr Dr. J. in der Unternehmerzeitschrift *Glückauf* in so uberaus scharfer, höchst persönlicher Art gegen Dr. Pieper zu Felde gezogen. Dr. J. schreibt, der Verfasser des Buches über die Lage der Bergarbeiter habe es nicht verstanden, »sich von Einseitigkeit und Voreingenommenheit freizumachen«, dem Buch könne »in sehr wesentlichen Punkten — man könnte sagen, seinem ganzen Sinne nach — der Vorwurf der Tendenzmacherei und Unwissenschaftlichkeit nicht erspart werden«. — Eine schlimmere Kritik lässt sich kaum denken, aber sie ist ungerechtfertigt.

In der Einleitung seines Buches bemerkt Dr. Pieper, dass das Ruhrrevier die erste Stelle einnimmt unter den europäischen Kohlenbecken. Es sollen hier anstehen in bauwürdigen Flözen bis zu einer Tiefe von 1500 Metern 54,3 Millionen Tonnen Kohlen. Im Jahre 1900 entfiel auf jede der in Betrieb befindlichen 138 Gruben eine Durchschnittsförderung von 344 000 Tonnen. Die grösste Förderziffer hatte die Zeche *Zolkverein* mit 1 752 946 Tonnen. Die Coaksproduktion im Ruhrrevier beziffert sich für 1900 auf 9644 157 Tonnen, ausserdem wurden erzeugt: Ammoniak 36 504, Benzol 12 000, Teer 77 088, Briquetts 1 530 000 Tonnen. Es betrug allein der Wert der geförderten Kohlen auf den Kopf der Belegschaft berechnet:

Jahr	1792	1870	1880	1890	1895	1900
Mark	470	1316	1284	2209 ¹⁾	1770	2198

Das ganze Ruhrbecken, speciell die Bergarbeiterschaft, ist stark durchsetzt von slawischen Elementen. Nach einer Zählung im December 1897 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 1 404 428 Seelen allein 108 566 Polen, darunter 42 112 erwachsene männliche Personen, gezählt. Eine Zählung im Januar 1900 ergab, dass von insgesamt 204 400 Bergarbeitern 69 379 in den östlichen Provinzen geboren waren. Die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, infolge des Massenzuzuges aus den rückständigen Gegenden, kommt unter anderm auch darin zum Ausdruck, dass die einheimische Bevölkerung sich immer mehr von der Bergarbeit abwendet; so waren zum Beispiel 1890 nur 40 % der Söhne heimischer Bergarbeiter als solche tätig.

Einen vollständigen Umschwung in die sociale Lage der Bergarbeiter brachten die Gesetze von 1851, 1860 und das allgemeine Berggesetz für Preussen /1865/. Vorher waren die Knappen gewissermassen Staatsbeamte, ihre Entlassung und Annahme stand nur dem Bergamte zu, ebenso die Gedingefestsetzung, Entlohnung sowie Verlegung von einer Grube zur anderen. »Für die Ruhrbergleute war von grosser Bedeutung das *Generalprivilegium für Bergleute in dem Herzogtum Cleve, Fürstentum Meurs und Grafschaft Mark* vom 16. Mai 1767. Sie waren frei von »aller Werbung und Enrollierung«, von »allen generellen Städte- und Dorfschaftslasten«, sie waren »in Ansehung ihrer das Bergwesen angehenden Sachen« der privilegierten Gerichtsbarkeit des Bergamts unterstellt; sie hatten Freiheit von allen persönlichen Lasten und Diensten, das Recht der freien Niederlassung u. s. w. Dazu traten weitgehende Bestimmungen über die Fürsorge für erkrankte und invalide Arbeiter und über Witwen und Waisen.«

¹⁾ 1890 schnellten die Preise nach dem bekannten Bergarbeiterstrike gewaltig in die Höhe.

Dahin ist die Bergmannsherrlichkeit! Hatte der Staat zunächst dem P. *patcapital* nur die Ausbeutung des Volkseigentums, der Kohlenfelder, überlassen, bei Sicherstellung der socialen Lage der Arbeiter, so gab er durch die angezogenen Gesetze auch die Arbeitskraft capitalistischer Ausbeutung preis; mit welchem Resultate, wird man noch sehen. Was die Gesetze von 1851 und 1860 noch an Vorrechten der Knappen hatten bestehen lassen, das räumte das allgemeine Berggesetz von 1865 gründlich aus dem Wege. Der Bergmann war nun auch ein vollständig freies Ausbeutungsobject. Früher betrug die Arbeitszeit einschliesslich Ein- und Ausfahrt 6 bis 8 Stunden, infolge des gesetzlichen *Schutzes* wurde die achtstündige Schicht berechnet ausschliesslich Ein- und Ausfahrten. Vielfach nimmt man es aber auch damit nicht sehr genau, oft liegen zwischen Beendigung der Einfahrt und Beginn der Ausfahrt $8\frac{1}{2}$ Stunden und mehr, dazu nimmt bei grossen Belegschaften die Ein- und Ausfahrt eine Stunde und darüber in Anspruch; ferner müssen die Bergarbeiter heute in sehr vielen Fällen eine Wegstunde von der Arbeitsstelle bis zur Wohnung und umgekehrt abmachen, so dass sie 12 bis 13 Stunden von Hause abwesend sind — für die berühmte Achtstundenschicht! Hierzu kommen die vielfachen Überschichten, zu denen sich die Bergarbeiter durch die bekannten zarten Winke — Gedingekürzungen, Entlassung etc. — *freiwillig* herbeilassen. Trotz der Weitherzigkeit der Behörden bei Bewilligung von Ausnahmen in Bezug auf die Bestimmungen über Sonntagsruhe und Beschäftigung jugendlicher Arbeiter kommen auch in dieser Hinsicht noch mannigfache Verstösse vor. In dem bekannten Process gegen die Gewerkschaft *Unser Fritz* im Jahre 1899 wurde gerichtlich festgestellt, dass die Schutzbestimmungen bezüglich der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter jahrelang systematisch übertreten worden waren und dass zum Zwecke der Täuschung der Aufsichtsbeamten die Schichtenbücher eine *Correctur* erfahren hatten. — Dass die Arbeitsintensität trotz der von seiten der Unternehmer sehr oft ins Feld geführten Blaumacherei nicht nachgelassen hat, beweist folgende Zusammenstellung. Es verfuhr durchschnittlich jeder Ruhrbergmann im

Jahre:	1892	1893	1895	1897	1898	1899	1900
Schichten:	298	301	305	316	314	317	318.

Ein heikler Punct ist neben dem der Arbeitszeit der Modus der Lohnberechnung. Der Lohn wird als Zeitlohn pro Schicht festgesetzt oder nach der Menge der gefördert Kohlen berechnet. Selbstverständlich gilt dafür kein einheitlicher Satz. Die Berechnung der *Accorde* (Gedinge) ist natürlich schon abhängig von der Ergiebigkeit der respectiven Flöze und der Schwierigkeit der Gewinnung der Kohle. Hier ist aber nun der Gunst und Gabe des Steigers ein sehr weiter Spielraum gelassen. Ähnlich, soweit die Gunst der Beamten in Betracht kommt, verhält es sich mit den Schichtlöhnen, welche für alle übrigen Arbeiter, ausser Stein- und Kohlenhauern, sowie verschiedentlich auch Reparaturhauern, angesetzt werden. Zu der Abhängigkeit von der Gunst der *Verhältnisse* kommt für die Gedingearbeiter noch der Mangel einer verlässlichen Controlle bei den Mengenfeststellungen, da die Berechnung nicht nach Gewicht, sondern nach Wagen (Kasten) geschieht. Es gibt Wagen mit Rauminhalt für 500, aber auch solche für 550 Kilogramm Kohlen. Wer *Pech* hat, muss grosse Wagen füllen! Oft ist den Arbeitern der Inhalt der Wagen überhaupt nicht bekannt; zu klein werden solche Kasten sicher nicht sein. Dazu kommt das Nullen der Wagen. Für Wagen, die nicht genügend gefüllt sind oder zu viel Gestein enthalten, bekommt der Bergmann keinen Lohn. Nun fehlt ihm aber auch die Controlle über die Berechtigung des Nullens, er weiss nicht, ob die gestrichenen Wagen wirklich nicht steinrein, ob sie nicht genügend gefüllt waren, oder ob der Brückenwärter aufs Geratewohl genullt hat, um eine erforderliche Zahl genullter Wagen herauszuschlagen! Mehrfache Uebelstände bringt sodann das System der Lohnzahlungsperioden mit sich. Die Löhnung findet jeden Monat statt. Zwar wird Mitte des selben ein sogenannter *Abschlag* gezahlt, aber es ist das immer ein willkürlicher Betrag, er kann weit unter die Hälfte des Monats-

verdienstes fallen, er kann aber auch darüber hinausreichen. Der Bergmann muss daher in seiner Haushaltung mit Monatseinnahmen rechnen. Da aber auch diese sehr starkem Wechsel unterliegen, schwelt er mit allen seinen Berechnungen meist in der Luft. Leider lässt die Ausbildung der Töchter des Volkes in der Schule nach dieser Richtung fast alles zu wünschen übrig, von Ökonomie beim Wareneinkauf, über den Nährwert der verschiedenen Nahrungsmittel, überhaupt von Haushaltung hören sie in der Schule wenig oder gar nicht. Mit mangelhafter Ausbildung müssen dann sehr viele Mädchen nach Entlassung aus der Schule sofort gewerbliche Arbeit aufnehmen. Als Hausfrauen sind sie später beim besten Willen nicht in der Lage, Haushaltsbudgets aufzustellen. Ehe sie sich's versehen, sitzen sie in Schulden und kommen nicht wieder heraus. Wöchentliche Lohnzahlungen, wie sie früher bestanden, würden die Haushaltungen geregelter gestalten.

Über die Lohnhöhe liegen vollständig einwandfreie Statistiken nicht vor: das gilt sowohl von den Lohnnachweisen der preussischen Bergbehörden, wie auch von den Angaben der Knappschaftsberufsgenossenschaft und den Zusammenstellungen des allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum. Die amtliche Statistik stützt sich auf das von den Bergwerksbesitzern gemäss § 79 des allgemeinen Berggesetzes vierteljährlich einzureichende Material. Angegeben werden da Production, Arbeiterzahl, Löhne und Zahl der verfahrenen Schichten. Zwecks Ermittlung der Angaben ist die Belegschaft in 5 Classen eingeteilt. Zur Classe a gehören die Hauer und Gedingeschlepper; zur Classe b die übrigen unterirdisch beschäftigten Arbeiter; zur Classe c die über Tage beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter; zur Classe d die jugendlichen männlichen Arbeiter unter 16 Jahren; zur Classe e — diese kommt für das Ruhrrevier fast gar nicht in Betracht — die weiblichen Arbeiter. Die ganze Methode hat den Fehler, dass die höchsten und niedrigsten Löhne zusammengewürfelt werden; zum Beispiel werden Schlepperlöhne von 2 bis 3 Mark zusammen verrechnet mit Hauerlöhnen bis 6 Mark und mehr. Ein durchschnittliches Lohnbild der einzelnen Classen gibt es nicht, umso weniger, als die Berechnung der Arbeiterzahl durchaus nicht einwandfrei ist. Ein grosses Moment der Unsicherheit kommt in die Berechnung hinein durch die starke Fluctuation der Belegschaftsmitglieder. Kurze Beschäftigungsperioden bleiben auf den einzelnen Zechen ausser Berechnung, die Zahl der Beschäftigten erscheint in der Statistik geringer, infolgedessen steigt der ermittelte Durchschnittslohn. Auch fehlt jede Controle darüber, inwieweit Überschichten und Überstunden in den Berechnungen zum Ausdruck kommen. Es ist nachgewiesen, dass in einzelnen Fällen die Überschichten nicht einbezogen worden sind. Dadurch erscheint wieder der Tagesdurchschnittsverdienst höher, als er tatsächlich ist. Die Berechnung der Berufsgenossenschaft ist darum irreführend, weil sie zunächst auf den Angaben der Zechen basiert, dann aber auch, weil der 1500 Mark Jahresverdienst überschüssende Betrag nur mit einem Drittel eingestellt wird — bis zum 1. October 1901 wurde der über 4 Mark Tagesverdienst hinausgehende Betrag mit einem Drittel eingestellt —; andererseits werden für die jugendlichen Arbeiter mit geringerem Lohn die ortsüblichen Tagelöhne (also höhere Sätze) verrechnet. Dass damit keine richtige Lohnstatistik gewonnen wird, liegt auf der Hand. Ähnlich verhält es sich mit der Lohnberechnung des allgemeinen Knappschaftsvereins. Dieser verrechnet die Beiträge zur Krankencasse nach Abstufungen in 13 Lohnclassen. Zur 1. Lohnklasse gehören alle Arbeiter mit einem Tagelohn bis zu 1,40 Mark, die 2. Classe umfasst die Arbeiter mit Tagelöhnen von 1,41 bis 1,80 Mark u. s. w.: jedesmal um 40 Pfennig steigend eine höhere Lohnklasse; Arbeiter mit Löhnen über 5,80 Mark Tagelohn gehören zur 13. Verrechnungsclassen. Auch diese Lohnberechnung stellt auf schwankender Grundlage. Wie bei der amtlichen Berechnung fehlt die Garantie, dass die Überstunden bei Berechnung der Tagelöhne eingestellt werden, hier wie dort die Ungenauigkeit in der Feststellung der durchschnittlichen Zahl der Belegschaftsmitglieder. Irreführend ist auch die Berechnung der Leistung pro Kopf:

es wird nicht berücksichtigt die Nebenproduction (Gewinnung von Coaks, Ammoniak, Ziegelsteinen, Briquetts etc.), ferner nicht die zeitweilig einen grossen Teil der Gesamtbelegschaft absorbierenden Vorrichtungsarbeiten und Neuanlagen.

Zunächst folgt hier nun eine Lohnzusammenstellung nach amtlichen Ermittlungen, ergänzt durch Lohnangaben, die aus der Zeit vor der amtlichen Statistik vorliegen. Die Durchschnittstageslöhne betragen (in Mark):

	1853	1858	1863	1868	1873	1877	
für Hauer	1,95	2,75	2,25	3,10	5,00	2,56	
„ Schlepper	1,40	?	1,75	2,50	?	?	
	1880	1885	1890	1894	1896	1898	1900
in Lohnklasse a	2,70	3,04	3,98	3,73	3,90	4,55	5,16
„ b	2,09	2,22	2,93	2,61	2,72	3,00	3,36
„ c	2,20	2,36	2,82	2,72	2,81	3,04	3,32
„ d	1,02	1,05	1,32	1,12	1,13	1,20	1,28

Die Zusammenstellung lässt erkennen, wie ausserordentlich schwankend die Löhne sind; in den letzten 6 Jahren differierten zum Beispiel in der Lohnklasse a die Durchschnittstageslöhne um 1,27 Mark. Nicht kann man aus dieser Statistik ersehen, wie gross der Anteil der Belegschaftsmitglieder an den einzelnen Lohnklassen ist. Von 1888 an sind die Zahlen angegeben, sie zeigen in allen Classen stetige Zunahme, in der Zeit von 1888 bis 1890 in Lohnklasse a um 7,1, in Lohnklasse b um 30,4, in Lohnklasse c um 126, und in Lohnklasse d um 92 %.

Die nachfolgende Tabelle, entnommen der Statistik des allgemeinen Knappschaftsvereins, gibt einen Massstab über die Verschiebung des Anteiles der Belegschaften an den einzelnen Lohnklassen. Es gehörten zur Lohnklasse (in % der Gesamtbelegschaft):

Jahr	I bis IV	V bis VII	VIII bis X	XI bis XIII
1892	16,4	34,9	37,4	11,3
1893	17,4	37,6	37,5	7,5
1894	17,2	37,0	38,6	7,2
1895	16,5	36,8	39,5	7,2
1896	13,9	32,3	42,4	11,4
1897	11,2	26,2	39,0	23,6
1898	8,7	24,8	35,2	31,3
1899	6,7	20,7	28,4	44,2
1900	5,9	17,7	24,4	52,0
1901	6,8	20,0	28,9	44,3
1902	7,8	20,9	39,6	31,7

Der Anteil der Gesamtbelegschaft an den beiden höchsten Lohnklassen ging seit 1900 von 41 auf 17 % zurück oder, in absoluten Zahlen, von 96 756 auf 42 261 Personen. Die drei höchsten Lohnklassen umfassten 1900 rund 125 000, 1902 nur noch rund 78 000 Personen. Die Zahlen ergeben ein sehr starkes Zurückfliessen aus den höchsten in die niedrigeren Lohnklassen. Dabei muss aber noch berücksichtigt werden, dass die Gesamtmitgliederzahl 1902 gegen 1900 um 12 000 höher war, mithin bei normaler Entwicklung auch die Mitgliederziffern für die höheren Classen steigen mussten. Statt dessen haben wir 1902 ein Zurückfallen aus der 13. Classe auf unter ein Drittel des Statuts des Jahres 1900.

Selbstverständlich geben aber die Löhne allein durchaus keinen Massstab für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Die *glanzvolle* Gründerzeit brachte für den Ruhrbergmann durchaus nicht die goldene Zeit, wie man in Rücksicht auf andere Erwerbsgruppen anzunehmen leicht geneigt sein könnte. Wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich, betrug der Lohn für Hauer 1873 rund 5 Mark, das war die Glanzhöhe;

1872 stand der Tagesverdienst auf 4,50 Mark, 1874 schon wieder auf 4 Mark. Dann ging es rapide herunter bis auf 2,50 Mark im Jahre 1877. Erst in den achtziger Jahren trat eine Erhöhung ein. Oldenburg meint: »Dass noch in den achtziger Jahren die Situation der Bergleute mindestens an die Grenze eines Notstandes streifte, ist auch die übereinstimmende Ansicht, die sich in kurzen Notizen sowohl in den vom Oberbergamt wie den vom *bergbaulichen* Verein erstatteten Jahresberichten zu wiederholten Malen kundgibt. Unter den auf den Einkauf sämtlicher Lebensmittel angewiesenen Arbeitern, so schreibt das Oberbergamt, fehlte es auch 1881 vielfach nicht an solchen, deren Verdienst nur eben für die notwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichte und die sich infolgedessen Einschränkungen auferlegen mussten.« Tausende von tüchtigen Bergarbeitern wanderten damals aus. Es war unter der privatcapitalistischen Wirtschaft weit gekommen mit dem einst social und wirtschaftlich bevorzugten Bergarbeiterstand. Ende der achtziger Jahre begann eine Periode steigender Werksgewinne. Die Arbeiter, die an der besseren Conjunctur participieren wollten, wurden schliesslich in den Strike getrieben. Dieser brachte dann ein enormes Anschwellen der Preise, und auch das Lohnniveau hob sich. Aber in den nächsten Jahren bis 1895 folgte wieder ein gewaltiger Lohnsturz, es stiegen dann die Löhne wieder bis 1900, um in den nächsten Jahren wieder stark abzubrechen. Zum guten Teil resultiert der höhere Jahreslohn in der letzten Periode des Aufschwunges aber aus Steigerung der Schichten, es wurden monatlich 40 bis 45 Schichten verfahren. Den Mehrverdienst stempelt man zu Lohnsteigerungen. Wenn eine Überschicht die andere jagt, dann paradiert man gern mit Jahreslöhnen, für Lohnreductionen macht man immer die Conjunctur verantwortlich. Tatsächlich haben die Rohstoffverbände, in erster Reihe das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat, die Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt sehr ungünstig beeinflusst. Indem den Inlandsverbrauchern die Kosten für billige Auslandsverkäufe auferlegt wurden, schwächte man deren Concurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt und damit auch deren Verbrauch an Rohstoffen. Zur Subvention von Verkäufen an das Ausland erhob das Kohlsyndikat bis October 1901 eine Umlage von 3 %, dann 6 %, das Coakssyndikat erhob 1902 eine solche von 3 %. Die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch die gekennzeichnete Preispolitik ist von den Organen der verarbeitenden Industrie wiederholt constatirt worden. Die *Industrie*, ein ausgesprochenes Unternehmerorgan, principiell sehr cartellfreundlich, schrieb in Folgerung der durch das Verhalten der Rohstoffverbände für die Industrie herbeigeführten Schäden: »Sie beständen besser nicht!« Am meisten hatten die Arbeiter unter der Tascheninteressenpolitik der Syndikate zu leiden. Eintretende Arbeitslosigkeit drückte schon die Löhne herab, ohne dass noch das Moment der Preisreduction und für die verarbeitende Industrie Stabilität der Preise für die zu kaufenden Rohstoffe hinzukam. Nicht nur in der Eisenindustrie, auch für den Bergmann gingen die Löhne sprunghaft zurück. Die Durchschnittstageslöhne gingen für Hauer von Mai 1901 bis Mai 1902 um 50 Pfennig bis 1 Mark nach unten, für die übrigen Arbeiter betrug der Lohnrückgang 50 bis 75 Pfennig pro Tag. Die Lohnreduction schwankte im Durchschnitt zwischen 12 bis 20 % und resultiert zum Teil aus Gedinge- und Schichtlohnverminderung, zum Teil auch aus Fortfall der Überschichten und Einlegung von Freischichten. Der Lohnrückgang würde noch stärker gewesen sein, wenn nicht viele *abgelegte* Bergleute Unterkunft gefunden hätten bei den Vorrichtungsarbeiten auf circa 40 neuen Schachtanlagen, darunter einigen fiscalischen.

Vielfach stösst in der Unternehmerpresse die Klage auf, die Leistung der Bergarbeiter sei zurückgegangen. Wie *berechtigt* solche Behauptungen sind, ergibt folgende Zusammenstellung. Es betrug einschliesslich sämtlicher Beamten die Leistung pro Kopf:

Jahr	1860	1870	1880	1890	1895	1897	1899	1900
Tonnen	160	226	283	277	266	275	266.4	262.8

Ausschliesslich der Beamten betrug, auf den Kopf der Belegschaft berechnet, die Leistung:

Jahr	1889	1891	1893	1895	1897	1899	1900
Tonnen	302	278	271	274	283	274	271

Was die Tabellen zunächst zeigen, ist, dass die Leistung nominell 1900 weit über den Durchschnitt von 30 bis 40 Jahren hinausgeht, dass weiter die Leistung in jenem Jahre gleich steht mit der Leistungsquote Anfang der neunziger Jahre. Im Laufe der Jahre ist aber eine bedeutende Qualitätsverschiebung eingetreten. Durch die grössere Teufe der Schächte wird die Kohlengewinnung schwieriger, hinzukommt, dass die eigentlichen Gewinnungsorter jetzt oft eine halbe Stunde und weiter vom Förderschacht entfernt sind, die gelösten Kohlen viel grössere Transportarbeit beanspruchen. Ferner beansprucht der jetzt vielfach übliche *Bergeversatz*, das Füllen der abgebauten Strecken mit den sonst zu Tage geförderten Steinen, einen Teil Arbeitskraft und Zeit. Schliesslich wird durch die Zusammenstellung auch absolut ein falsches Bild von Gesamtproduction und Leistung pro Kopf gegeben. Ein grosser Teil der Belegschaft ist heute bei der in den letzten Jahren immer mehr forcierten Gewinnung von Nebenproducten beschäftigt, speciell die Coaksproduction absorbiert reichlich Arbeitskräfte, viele Tausende von Arbeitern waren in den letzten Jahren stets bei Anlage neuer Schächte tätig, ferner nahmen in den letzten Jahren die Vorrichtungsarbeiten eine gesteigerte Zahl Arbeiter in Anspruch. Unbekümmert darum hat man die gesamte Belegschaft auf die Production, und zwar nur auf die Kohlenproduction, verrechnet. Dies alles berücksichtigt, muss man das Resultat gewinnen, dass trotz natürlicher Erschwerung der Kohlengewinnung die Leistung der Arbeiter quantitativ noch ganz respectabel gestiegen ist.

Wenn das auch weniger in den Löhnen zum Ausdruck kommt, die Unternehmergewinne haben darunter nicht gelitten. Während die Arbeitslöhne seit 1895 um circa 30 % stiegen, gingen die Unternehmergewinne um das Zehnfache und mehr in die Höhe. Dabei sind die Dividenden *reguliert* durch enorme Abschreibungen, Tantiemen und andere verschleierte Überschüsse, die in den letzten 5 bis 6 Jahren von den hauptsächlich in Betracht kommenden Ruhrgruben herausgewirtschaftet worden sind. Die Überschüsse decken sich ziemlich mit der Summe des Actienkapitals; 15 Gewerkschaften verteilten in dem Jahrfünft von 1895 bis 1899 pro Kux oder Anteilschein durchschnittlich 2733/6 Mark! — Die Bergarbeiter können dafür eine Steigerung der Unfälle und Erkrankungen constatieren. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle, pro 1000 versicherte Personen, betrug:

Jahr	1888	1890	1892	1894	1896	1898	1900	1901
Fälle	9,68	10,80	13,92	15,30	15,31	15,83	14,11	14,48

Im letzten Jahre war die Zahl der Unfälle um rund 50 % höher, als 1888. Auf je 100 Mitglieder des allgemeinen Knappschaftsvereins entfallen in den Jahren 1900 und 1901 63 Erkrankungsfälle, während der Durchschnitt für sämtliche Krankencassen des Deutschen Reiches sich auf 38 Erkrankungsfälle pro 100 Mitglieder beläuft.

Wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Bergbau durch die hohe Erkrankungsgefahr schon sehr ungünstig beeinflusst, so ist aber auch noch zu berücksichtigen, dass die nominelle Lohnhöhe verschiedener Zeiten nicht ohne weiteres den Massstab gibt für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter; die Kaufkraft des Geldes ist bedeutenden Schwankungen ausgesetzt. So sind beispielsweise die Wohnungsmieten im Ruhrrevier in den letzten 20 Jahren durchgängig um mindestens 100 % gestiegen. Ähnlich verhält es sich mit den wichtigsten Lebensmittelpreisen. Im Verwaltungsbericht der Stadt Dortmund werden folgende Preisveränderungen von 1888 gegen 1898 angegeben; es stieg der Preis pro Kilo: Rindfleisch von 1,25 auf 1,30 Mark, Schweinefleisch von 1,14 auf 1,40 Mark, Kalbfleisch von 1,18 auf 1,50 Mark, Hammelfleisch von 1,12 auf 1,30 Mark, Schwarzbrot von 0,17 auf 0,22 Mark, Eier (pro 100 Stück) von 3,20 auf 4,57 Mark u. s. w. Das sind bedeutende Preissteigerungen.

Dr. Pieper kommt zu dem Resultat: mindestens in demselben Grade, wie die Löhne stiegen, wurde auch die Lebenshaltung teurer.

Hier glaubt Dr. J. einsetzen zu können, um, wie er meint, an einigen markanten Beispielen, die Tendenzmacherei des Dr. Pieper zu beweisen. Zu diesem Zwecke führt er eine Tabelle an, die über die Jahresdurchschnittspreise wichtiger Lebensmittel im Kleinhandel, berechnet vom preussischen statistischen Bureau, aus den Städten Bochum, Dortmund und Essen. Zunächst sei dazu bemerkt, dass keine dieser Städte eine Markthalle besitzt, eine einwandfreie Warenpreistabelle daher gar nicht aufgestellt werden kann. Die Preise differieren nicht nur zwischen den einzelnen Städten teilweise sehr stark, selbst in ein und derselben Stadt weisen die Preise im Kleinhandel je nach Stadtteilen nicht unerhebliche Verschiedenheiten auf, und die Preise zwischen Stadt und Land differieren verschiedentlich zwischen 10 bis 50 %. Dr. J. beißt sich auf die Redewendung fest, die Lohnsteigerung während der Hochconjunctur habe mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht entsprechend Schritt gehalten. An der Hand der Tabellen will er nachweisen, dass seit 1896 die Löhne höher stiegen, als die Preise der Lebensmittel. Das ist wirklich eine bequeme Beweisführung. Dass von 1890 bis 1896 die Preise der Lebensmittel und Mietwohnungen stiegen oder mindestens stabil blieben, während die Löhne sanken, ignoriert Dr. J., ihn interessiert mehr, dass die Lebenshaltung nach 1896 nicht in demselben Masse teurer wurde, als die Löhne stiegen. Damit soll erwiesen sein, dass die Lage der Arbeiter sich gehoben hat. Mit solcher Wissenschaftlichkeit kann man schliesslich nachweisen, dass die Lage der Arbeiter sich ständig günstiger gestaltet, wenn tatsächlich die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtert haben. Man braucht nur Perioden ungünstiger Entwicklung zu ignorieren, berücksichtigt werden nur Perioden mit steigender Lohn Tendenz, dann lassen sich die schönsten Bilder ausmalen. Auf diese Weise constatiert Dr. J.: die Löhne sind von 1888 bis 1900 um 54 % gestiegen, die höchste Steigerung einer Ware betrug aber nur 25 %, also hielt die Verteuerung der Lebenshaltung nicht gleichen Schritt mit der Lohnsteigerung. Mit solcher Beweisführung stellt sich Herr Dr. J. auf die Höhe wissenschaftlicher Forschung, die er Dr. Pieper abspricht. Das Jahr 1900 war bezüglich der Lohnhöhe ein Ausnahmejahr, teils stiegen die Löhne, teils erzielten die Arbeiter ein höheres Einkommen durch massenhafte Übersichten. Nimmt man das Jahr 1902 zum Vergleich mit 1888, bekommt man ein ganz anderes Bild, als Dr. J. zeigen will. Die Werte für 1888 mit 100 angesetzt, ergibt sich für 1902 nach den Angaben im *Glückauf* folgende Vergleichung:

Es betrug der Preis (in %) für	Jahr	in			Consum Krupp	Lohn (in Mark)
		Bochum	Dortmund	Essen		
Rindfleisch	1888	100	100	100	100	100
	1902	120,9	107,7	112,8	108,5	131,05
Schweinefleisch	1888	100	100	100	100	100
	1902	127,5	138,8	118,2	146	131,05
Kalbfleisch	1888	100	100	100	100	100
	1902	127,5	135,8	124,4	121,0	131,05
geräucherten Speck	1888	100	100	100	100	100
	1902	134,3	114,7	131,3	137,4	131,05
Schweineschmalz	1888	100	100	100	100	100
	1902	103,8	100	121,4	135,4	131,05

Zur leichteren Übersicht sind die Lohnsteigerungen hinter jeder Ware eingestellt; man kann an den Angaben des Herrn Dr. J. constatieren, dass sich beim Fleisch die procentuale Preissteigerung oft über die Lohnsteigerung erhebt. Wie wenig berechtigt das Oepfieren mit der Lohnsteigerung von 54 % von 1888 auf 1900 ist, kann Herr Dr. J. im Aprilheft 1903 der von ihm benutzten Zeitschrift *Glückauf* nachlesen. Es werden dort die Lohnermittelungen veröffentlicht. In der nachstehenden Tabelle sind die Löhne absolut und in ihrem Verhältnis zu den Löhnen von 1902 aufgeführt, ferner

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Von dem ANLEIHEBEDARF DER KRIEGSFÜHRENDEN ist schon in voriger Rundschau die Rede gewesen. Die Russen haben sich, Anfang Mai, bereits zur Aufnahme einer 5procentigen Anleihe von 300 Mill. Rubeln im Auslande entschlossen müssen. Ein französisches Bankenconsortium hat das Geschäft übernommen — wie es noch immer heisst: in der Form eines reinen Vorschussgeschäfts, durch Begebung von Schatzscheinen mit fünfjähriger Laufzeit (Rückzahlungstermin: 14. Mai 1909).

Aber auch Japan hat unterdes in Europa angeklopft. Wie gemeldet, wurden von London aus in New York Beteiligungen bei einem Garantiesyndikat für eine 6procentige japanische Schatzbonsanleihe (von 200 Mill. M.) angeboten, die von der *Hongkong- und Shanghai-Bankgesellschaft* und der *Yokohama-Bank* zu 93 % angeboten worden war. Diese Schatzbons hätten sieben Jahre zu laufen; sie sollen durch japanische Zolleinnahmen sichergestellt, die Coupons als Zollzahlung jederzeit zum vollen Nennwert angenommen werden. Da den Vermittlern der Grossfinanz noch eine Provision von 2 % zugedacht sein soll, so ergeben sich alles in allem ziemlich drückende Bedingungen für Japan. Man freut sich zwar dieses temperamentvollen Mauerbrechers gegen die russische Umklammerung Asiens; aber man hält doch nicht alles für Dauergold, was im Augenblick durch Attacken und Siege glänzt.

× Die EUROPÄISCHE GESCHÄFTSSTIMMUNG, von Russland abgesehen, hat in letzter Zeit fast überall an Zuversichtlichkeit gewonnen. Die das letzte Mal erwähnte zweimalige Discontherabsetzung in London darf als weithin sichtbarstes Symptom hierfür gelten. Denn auch in England hat die Productionsbelegung deutliche Fortschritte gemacht, und die leichtere Zugänglichkeit des Leihcapitals wird den Erholungsprocess noch beschleunigen und vertiefen. Besonders aus dem englischen Schiffsbau lauteten die Nachrichten wesentlich günstiger; der *Statist* sprach sogar etwas voreilig von

einem »wundervollen Aufschwung«. Die Abstossung älterer Schiffe an die Kriegsbeteiligten in Ostasien ist dabei nicht ohne Wirkung; ferner die gestiegene Nachfrage für die verschiedenartigsten Transporte, wie sie der Krieg im Gefolge hat. Man hört auch schon von wiederbeginnenden Lohnbewegungen — ein Zeichen, wie tief die Wendung zum Besseren sich fühlbar macht.

× In Deutschland steht die Festigung des STAHLWERKVERBANDES noch immer im Mittelpuncte der Aufmerksamkeit. Der letzte Stein des Anstosses, der Widerstand des *Phönix*, ist durch die Generalversammlung vom 26. April aus dem Wege geräumt worden. Der Verband, oder der hinter dem Verband stehende Bankenkreis, hatte offenbar durch Actienaufkauf die Mehrheit von vornherein in den Händen. Der Generaldirector Kamp wandte sich vergebens in langer Darlegung gegen den Anschluss des Werkes: 35 bis 36 Mill. M. des Anlagecapitals habe man unnütz verpulvert, wenn man den angebotenen Bedingungen zustimme. Das half alles nichts mehr; auch die Gegenrede des Vorsitzenden des Stahlwerkverbandes, des Geheimrats Kirdorf-Aachen, war kaum noch nötig; die Offerte des Verbandes ging mit starkem Stimmenübergewicht durch.

In Belgien soll nunmehr gleichfalls die Vorbereitung eines entsprechenden Verbandes bis an die Schwelle der Ausführung gerückt sein. Was in Deutschland Krupp und der *Phönix*, das war in Belgien die Gesellschaft *Sambre et Meuse*, welche die zugebilligte Beteiligungsquote zu niedrig fand. Die Einigung scheint jetzt auf ähnliche Art, wie bei Krupp, zu gelingen: Die Gesellschaft erhält vor allem eine Vorzugsstellung bei einer künftigen Vermehrung des Gesamtkontingents zugesichert. Auch die Statuten des belgischen Roheisensyndikats (*Syndicat belge pour la vente des fontes*) sind nunmehr bekannt gegeben. Demzufolge befasst sich dasselbe nicht nur mit dem gemeinschaftlichen Verkaufe des von den vereinigten Werken producierten oder noch zu produzierenden Roheisens, sondern kann auch den Ankauf von Roheisen für sich und seine Kundschaft in seinen Bereich ziehen.

In England macht dagegen der junge schottische Stahlverband, den man zu einer umfassenderen Organisation auszubilden suchte, bereits wieder eine innere Krisis durch. Die kleineren Werke fühlen sich bei der Auftragserteilung zurückgesetzt; man hat den Vertrag nur provisorisch bis Ende December verlängert, um in der Zwischenzeit eine neue Grundlage der Vereinbarung zu suchen.

× Nicht ohne Besorgnis verfolgt man in England auch die Exportpolitik und den Konkurrenzkampf des rheinisch-westfälischen KOHLENSYNDIKATS. Der englische Consul in Stettin konstatierte für die letzten drei Jahre einen beträchtlichen Rückgang der Zufuhr von englischer Kohle. Die beiden grössten deutschen Reedereien sollen betreffs der Kohlenverfrachtung festere Beziehungen zum Kohlensyndikat eingegangen sein, während früher mancherlei Reibungen stattfanden. Ferner warnt der englische Consul in Amsterdam soeben seine Landsleute betreffs des holländischen Absatzes. Der Export englischer Kohlen nach holländischen Häfen sei ständig zusammengeschrumpft; im Durchschnitt der letzten fünf Jahre habe er noch 1 07 610 t betragen, 1902 nur noch 758 032 t, 1903 634 609 t. Das deutsche Syndikat monopolisiere mehr und mehr ganze wichtige Abnehmerkreise; Gasanstalten und ähnliche Unternehmungen, die vor allem wegen ihres Winterbedarfs die deutsche Kohlenzufuhr nicht entbehren zu können glaubten, würden zur Deckung ihres ganzen Bedarfs aus deutscher Quelle gezwungen, durch Androhung vollständigen Geschäftsabbruches; auch über Rotterdam suche sich Rheinland-Westfalen eine stärkere Ausfuhr zu schaffen.

× Immer günstiger lauten ferner die Nachrichten aus der ELEKTRICITÄTS-INDUSTRIE. In der Bergwerks- und Hüttenproduction scheinen sich grosse technische Umwälzungen unter Zuhilfenahme der Elektrizität vorzubereiten. Die Hauptschachtförderung vollzieht sich viel sicherer und einfacher unter elektrischem Betrieb; Eisenwalzwerke werden mit elektrischen Walzengängen ausgestattet. Ein neues vielversprechendes Feld hat sich durch den Turbinenbau eröffnet — sowohl die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft wie die Siemens-Schuckert-Werke haben sich hier an die Spitze von Gesellschaften

zur Ausnutzung verschiedener Patente und Systeme gestellt. Endlich gewinnen die Pläne für grössere elektrische Schnellbahnen immer greifbarere Gestalt; so soll das ausgearbeitete Project einer Verbindung zwischen Halle und Leipzig vor der Durchführung stehen.

× Auch die wachsende GOLDZUFUHR dient zweifellos dazu, die glatte Abwicklung der steigenden Geschäftsansprüche zu erleichtern. Die Production von Gold, die sich im Jahre 1891 nur auf 6 286 235 Unzen im Werte von 129 947 793 Dollars belief, wird für das Jahr 1903 von dem New Yorker *Commercial and Financial Chronicle* auf 15 894 541 Unzen Feingold im Werte von 328 568 774 Dollars angegeben. Danach hat seit 1891 eine Produktionssteigerung von rund 150 % stattgefunden. Das Jahr 1903 hat auch das Jahr 1899, das mit einer Goldherzeugung von 15 220 263 Unzen bisher an erster Stelle gestanden hat, um rund 670 000 Unzen überholt. Die bedeutende Zunahme gegenüber 1900, 1901 und 1902 mit Erträgen von 12 684 958, 12 894 856 und 14 437 669 Unzen ist in erster Linie auf die Wiederaufnahme der Arbeiten in den südafrikanischen Minen zurückzuführen. Die africanische Goldproduction, die in den Jahren 1900 und 1901 von 3 665 875 im Jahre 1899 auf 562 307 und 474 696 Unzen gefallen und im Jahre 1902 wieder auf 1 998 811 Unzen heraufgegangen war, wird für 1903 auf 3 317 662 Unzen geschätzt. In einer dem englischen Parlament vorgelegten Statistik tritt die Produktionssteigerung im Witwatersrand und in ganz Transvaal noch eindrucksvoller von Monat zu Monat hervor, so dass man an die *Arbeitsnot* schwer glauben kann. Denn auch die Zahl der farbigen Arbeiter, also bisher noch ohne Chinesenzufuhr, zeigt in der Statistik eine stetige Zunahme (Ende Februar 1903 zum Beispiel 51 540 *coloured persons in employ*, Ende Februar 1904 78 629).

× KURZE CHRONIK. Am 25. April setzte das Kohlensyndikat die Förderungs einschränkung auf 15 % für das 2. Quartal (gegen 20 % im 1. Quartal) fest. — Am 6. Mai verlautete, dass die *Discontobank* und die *Deutsche Bank* sich über ihre galizisch-rumänischen Petroleuminteressen verständigt haben. — Ein paar Tage darauf wurden die Gerüchte von der Angliederung der *Berliner Bank* an die *Deutsche Bank*

bestätigt; die *Deutsche Bank* gedenkt ihr Actiencapital um 20 Mill. M. (auf 180 Mill. M.) zu erhöhen. — Fast gleichzeitig ging dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Vorlage zu: das Grundcapital der *Seehandlung* um 65 Mill. M. (auf 100 Mill. M.) zu vermehren. — Mitte Mai erfährt man, dass die *Deutsche Genossenschaftsbank* (Soergel-Parisius) in die *Dresdener Bank* aufgehe, ebenso das Haus Erlanger-Frankfurt.

X LITERATUR. Darstellungen mehr theoretisch-popularisierender Art aus dem Gebiete der Socialökonomie und Wirtschaftskulturgeschichte sind in unserer Partei während der letzten Jahre seltener geworden. Das hängt mit der vielseitigeren praktischen Betätigung unserer Partei zusammen, und insoweit werden wir wohl auf die Dauer mit einem verhältnismässigen Zurucktreten des *principiellen Sinnes* zu rechnen haben. Andererseits kommt hierbei auch eine vorübergehende Tatsache zum Ausdruck: die in Frage kommende ältere Literatur stellte sich vor allem die eine wichtige Aufgabe, die Grundanschauungen des Marx'schen Lebenswerkes für weitere Kreise zu erschliessen und auszuschöpfen — und diese Ausschöpfung darf im grossen und ganzen als vollendet angesehen werden. Die betreffenden Schriften und Schriftchen mögen immer wieder neue Auflagen erleben; wirklich Neues ist in dieser Richtung kaum mehr zu erwarten. Um so verdienstlicher ist der Anlauf Eduard Bernsteins, in einer Reihe von (im einzelnen selbständigen) Vorträgen weiter, als üblich, auszuholen und manche neuen Ergebnisse der nie ruhenden, nie abgeschlossenen Forschung in den Anschauungskreis der socialdemokratischen Massen mit einzuzuliefern. Über den ersten Vortrag (*Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/) orientiert am besten eine Skizze der Inhaltsteilung: *Die Wirtschaft der Urvölker; Die Haus- und Dorfgemeinschaften; Das Aufkommen der Stadt und der Verkehrszeitwirtschaft; Die Wirtschaft der alten Culturen, der Feudalzeit, des aufkommenden Capitalismus, des entwickelten Capitalismus; Die Keime der socialistischen Wirtschaft.* Wir halten den Gesamtplan Bernsteins für sehr glücklich und wünschen der Durchführung besten Fortgang. — Von dem bereits früher (pag. 317) angezeigten Bericht der Berliner Ältesten (*Berliner Jahrbuch für Handel und In-*

dustrie, Jahrgang 1903 /Berlin, Georg Reimer/) ist kurzlich auch der II. Band, die Specialberichte enthaltend, erschienen. Der Preis des Gesamtwerkes ist überraschend niedrig gestellt: er beträgt 10 M.

MAX SCHIPPEL

Politik

Im preussischen Herrenhaus ist ein Vorstoss gegen das herrschende REICHSTAGSWAHLRECHT unternommen worden, der von symptomatischer Bedeutung ist. Es ist wenig erstaunlich, dass dem Grafen Mirbach und Freiherrn von Manteuffel und ihren politischen Anhängern das Reichstagswahlrecht immer unbequemer wird und sie ihrem Unmut offenen und lauten Ausdruck verleihen. Merkwürdiger schon war die Rede des königlichen Hausministers von Wedel-Piesdorf, der bestimmte Abänderungsvorschläge zu machen wusste, die darin bestehen, dass erstens an Stelle der geheimen die offene Wahl eingeführt wird, zweitens müsse ein gewisser massiger Census, wie in allen Culturstaaten, eingeführt und drittens das wahlfähige Alter auf mindestens das 30. Lebensjahr hinaufgeschraubt werden. Eine derartige Abänderung des Wahlrechts sei die einzige Rettung vor den Gefahren der Socialdemokratie. Auf diese Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht antwortete der Ministerpräsident Graf Bulow sehr ausführlich, obgleich er sonst zu schweigen weiss, wenn ein Parlament Fragen discutirt, die nicht zu dessen Competenz gehören. Seine Ausführungen mussten den Gegnern des Reichstagswahlrechts verheissungsvoll geklungen haben. Zwar will er nicht von vornherem und augenblicklich dem Wahlrecht zu Leibe gehen, aber das Grundrecht der politischen Gleichberechtigung im Reiche ist ihm durchaus kein rocher de bronze. «Kein Wahlsystem ist an und für sich ganz gut oder ganz schlecht. Es wird gut oder schlecht durch den Gebrauch. Wenn die deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlsystem keinen richtigen Gebrauch zu machen wissen, so werden sie sich auch nicht wundern können, wenn früher oder später das Dilemma entsteht, ob der Zukunftsstaat mit seiner Zuchthausordnung und seiner Güterteilung etabliert oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzt werden soll.» Graf Bulow spricht zwar vorsichtigerweise in Bedingungsätzen, aber die Bereitwilligkeit der Regierung, das bestehende Recht

durch ein anderes ersetzen zu wollen, ist klar. Wer soll denn darüber entscheiden, ob die deutschen Wähler von ihrem Wahlrecht richtigen Gebrauch machen oder nicht? Doch schliesslich nur die Regierungen. Dass diese Instanz zu einer solchen Entscheidung sich berechtigt erachtet, das ergibt sich ganz deutlich aus einer wissenschaftlichen Deduction des früheren badischen Bundesratsbevollmächtigten von Jagemann, die just in den Tagen, da im Herrenhaus gegen das Reichstagswahlrecht Sturm geblasen wurde, der weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Vorlesungen, die Herr von Jagemann letzten Winter an der Universität Heidelberg über die deutsche Reichsverfassung gehalten hat, sind in Buchform erschienen und beschäftigen sich mit der Frage eines möglichen Conflictes zwischen Bundesregierungen und Reichstag. Nach ihm unterliegt es gar keinem Zweifel, dass die Bundesregierungen gegebenenfalls die ganze deutsche Reichsverfassung zum Erlöschen bringen können, indem sie den unter einander geschlossenen Bund auflösen. Denn — so deduciert Herr von Jagemann — der Bund ist die Voraussetzung für die Verfassung. Gegen diese politische Lehre wenden sich zwar andere Staatsrechtslehrer sehr entschieden; das hindert aber nicht, dass innerhalb eines Theils der Bundesregierungen die Ausführungen von Jagemanns geteilt werden. In einer Erwiderung auf die Widerlegungen, die die Theorie des früheren Bundesratsbevollmächtigten erfahren hat, wird Herr von Jagemann sehr deutlich und erinnert an die Obstruction anlässlich des Zolltarifs, die sein Theorem habe entstehen lassen: »Mein in erster Zeit gereifter Entschluss zielt nur dahin, die Wissenschaft vor die Frage zu stellen, welche positiven Mittel die Rechtsordnung der Staatsgewalt beimesse, um einer siegreichen Obstruction gegenüber die Handlungsfähigkeit des Reichs herzustellen... Dagegen, dass eine Minderheit als factischer Gewalthaber der Gesamtheit den Fuss auf den Nacken setzt, muss die Rechtsordnung erlaubte Mittel bieten. Die Doctorfrage des theoretischen Aufbaus steht mir nicht in erster Linie, sondern die pflichthafte Sorge, es möge das Staatsrecht die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches und damit seine innere und äussere Grösse und seine Machtvollkommenheit sichern.« Graf Bülow kann nicht so offen sprechen, wie der frühere Bundesratsvertreter und

zunehmende Universitätsprofessor von Jagemann, aber durch des letzteren Ausführungen erfahren wir, wie man in Bundesratskreisen über die Lösung des vom Grafen Bülow als möglich zugegebenen Dilemmas zwischen Regierung und Volksvertretung denkt. Gewiss haben alle diese bedenklichen Drohungen noch keine Aussicht auf unmittelbare Verwirklichung. Wenn auch die Widerstandskraft der meisten bürgerlichen Parteien gegen eine durchgreifende Wahlrechtsänderung sehr gering einzuschätzen ist, da andernfalls Graf Bülow kaum seine Rede im Herrenhaus hätte halten können, so ist doch nicht zu übersehen, dass vorläufig noch das Centrum das stärkste Hindernis für eine Beschneidung des Wahlrechts ist, teils aus eigenem Interesse, teils unter Wahrung seiner Parteitradition. Aber auch auf das Centrum ist kein absoluter Verlass, wie dies gerade durch die Zolldebatten augenscheinlich geworden ist. In der damaligen Erbitterung, von der hauptsächlich das Centrum gegen die Socialdemokratie beherrscht war, hätte sich das Centrum zu jedem Schritt hinreissen lassen, um die Socialdemokratie matt zu setzen. An solche Constellationen denkt der frühere badische Bundesratsbevollmächtigte, wenn er den Satz *Der Bund ist die Voraussetzung der Verfassung* juristisch zu begründen sucht.

× ×

Unter dem politischen Einfluss der Centrapartei steht nicht nur die Regierung in Preussen, sondern auch das Parlament. Es ist fast unfassbar, dass die nämliche Partei, die vor ganz kurzer Zeit erst die Regierung wegen der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zur Rede stellte, einem anderen Verlangen des Centrums, der Einführung der CONFSSIONELLEN VOLKSSCHULE, aus eigener Initiative entgegenkommt. Noch vor zwölf Jahren wäre ein solches Entgegenkommen vollständig unmöglich gewesen, ein Sturm der Entrüstung ging damals durch die liberalen Kreise, als der Zedlitzsche Schulgesetzentwurf Bahnen betrat, die zur confessionellen Trennung der Schule führten. Heute ist es die nationalliberale Partei, die zusammen mit den Conservativen und Freiconservativen im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag auf die Einführung der confessionellen Schule eingebracht hat. Der Antrag verlangt nämlich erstens, dass in der Regel die Schüler einer Schule derselben Confession ange-

hören und von Lehrern ihrer Confession unterrichtet werden sollen, zweitens, dass confessionelle Minderheiten, sobald sie eine angemessene Höhe erreichen, Anspruch auf die Errichtung einer Schule ihrer Confession haben, und drittens, dass zur Verwaltung der Schulangelegenheiten neben den ordentlichen Gemeindebehörden Schuldeputationen oder -vorstände eingerichtet werden sollen, bei denen der Kirche eine angemessene Vertretung zugewiesen ist. Dieser Antrag trägt der liberalen Anschauung so wenig Rechnung, dass es kein Wunder ist, wenn die nationalliberale Presse recht missvergnügt auf die Bescherung ihrer parlamentarischen Vertreter blickt. Bedeutet doch der Antrag ein weit stärkeres Entgegenkommen gegen die Forderungen der Centrumspartei, als die Haltung der Regierung in der Jesuitenfrage. Sobald dem Staat zugemutet wird, die Confectionsschule einzuführen, gewinnt die Kirche wieder einen grossen Einfluss auf die Erziehung, der nicht nur dazu beiträgt, die confessionellen Gegensätze zu verschärfen, sondern auch die Autorität des Staates in Schulangelegenheiten zu gefährden. Die liberale Forderung der Trennung der Schule von der Kirche wird geopfert ungeachtet der Gefahren, die die confessionelle Erziehung im Gefolge hat, was gerade von liberaler Seite stets so schlimm wie nur möglich geschildert worden ist. Die Gründe, die die Nationalliberalen zu Schrittmachern des Centrums werden liessen, sind bemerkenswert genug zum Verständnis des Zurückweichens vor dem steigenden Einfluss der Centrumspartei. Einmal wollten die Nationalliberalen einen Gegenstand aus dem Weg räumen, dessen Regelung an dem Gegensatz der Confessionen bisher stets gescheitert war — das geschah zu gunsten der kirchenpolitischen Forderungen des Centrums —, zweitens wollten die Nationalliberalen die brennende Frage der Schulunterhaltung im Bunde mit den Conservativen lösen, ehe sie auf Kosten der Nationalliberalen von den vereinigten Conservativen und Ultramontanen erledigt wurde. Als ob das Centrum auf seine weitergehenden Forderungen durch dieses Entgegenkommen von liberaler Seite verzichten würde! Ganz im Gegenteil, es ist nur geeignet, die kirchenpolitischen Ansprüche des Centrums zu steigern.

×
Wie entgegengesetzt ist dieser preussischen Politik gegenüber das Verhalten von

Regierung und Parlament zur KIRCHE IN FRANKREICH. Obwohl ein katholisches Land, führt Frankreich die Trennung von Staat und Kirche entschieden durch und achtet so wenig auf die politischen Ansprüche der Kirche, dass man sogar befiessen ist, alle Autorität des Vaticanus auf anderen als dem religiösen Gebiete zu vernichten. Der Besuch Loubets in Rom und die Nichtberücksichtigung des Papstes hat im Vatican so erbittert, dass die päpstliche Diplomatie sich zu einem ausserst unüberlegten Schritt verleitete liess, der Frankreich einen willkommenen Anlass bot, die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatican abzubrechen. Wenn der Kampf gegen die Kirche, der in letzter Zeit in weiten Kreisen des französischen Volkes als beinahe zu rücksichtslos empfunden wurde, nunmehr unter dem Beifall der Öffentlichkeit wieder mit Energie weitergeführt werden kann, so ist daran allein die überaus brüske Handlungsweise des Vaticanus gegenüber der französischen Regierung schuld. Im Lande Luthers freilich beugt sich Parlament und Regierung vor den steigenden Ansprüchen des Vaticanus.

×
KURZE CHRONIK. Anfang Mai fand im preussischen Abgeordnetenhaus die erste Lesung der Canalvorlage statt. — Am 7. Mai wurde gemeldet, dass die Einfahrt in den Hafen von Port Arthur von den Japanern durch Versenken von alten Schiffen vollständig gesperrt ist. — Am 8. Mai fanden in Frankreich die Stichwahlen für die Gemeinderäte statt, durch deren Ausfall die ministerielle Partei gestärkt wurde. — Ein Reichsverband gegen die Socialdemokratie hat sich in Berlin constituirt. — Bei der Reichstagsstichwahl im Kreise Frankfurt-Lebus am 20. Mai siegte der Nationalliberale Bassermann über den socialdemokratischen Candidaten Dr. Braun. Bassermann erhielt 14388, Dr. Braun 11882 Stimmen.

×
LITERATUR. Eine neue Schrift von Dr. Paul Rohrbach: *Die russische Weltmacht in Mittel- und Westasien* (1. Band der *Monographien zur Weltpolitik*) /Leipzig, Georg Wigand/ behandelt in überaus instructiver und anschaulicher Weise die Geschichte der militairischen Eroberungen der Russen in Mittel- und Westasien, sowie die ökonomischen Grundlagen der russischen Macht in Tu-

ran und im Kaukasusgebiete. — Von weiteren Publicationen sind zu nennen: *Andere Zeiten — andere Wege, Betrachtungen eines alten Officiers über militairisch-politische Dinge*, von A. von der Lippe /Berlin, Otto Salle/; *Die württembergische Steuerreform und die Socialdemokratie*, herausgegeben vom Landesvorstand der Socialdemokraten Württembergs /Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf./; *Pour l'Armée et la Macédoine*, Kundgebungen französischer und italienischer Politiker /Paris, Société nouvelle de librairie et d'édition/. RICHARD CALWER

Socialpolitik

Über die socialen Existenzverhältnisse der Arbeiterschaft hat uns die Bearbeitung von ARBEITERBUDGETS schon mancherlei wichtige Aufschlüsse gegeben. Professor K. Bücher stellte aus demselben fest, dass, je kleiner der Gesamtausgabenbetrag für die Wohnung, desto höher der auf einen Kubikmeter des Wohnungsluftraums entfallende Einheitspreis ist. Ernst Engel ermittelte aus ihnen, dass die Ausgaben für Nahrung einen desto grösseren Teil des Gesamteinkommens in Anspruch nehmen, je kleiner das letztere ist. Eine soeben erschienene socialstatistische Studie *Die Belastung des Arbeiterbudgets durch den Alkoholgenuss* von Dr. H. Blocher und Dr. J. Landmann /Basel, Fr. Reinhardt/ würdigt kritisch das Material, das das Arbeitsamt der Union in Fülle über die Haushaltungsbudgets von Arbeiterfamilien zusammengetragen hat. Das Resultat ihrer socialstatistischen Studie fasst sie folgendermassen kurz zusammen: »Die von uns untersuchten amerikanischen Budgets bestätigen die Ergebnisse der von Engel bearbeiteten belgischen Budgets, dass mit steigendem Einkommen die Ausgaben für Alkohol nicht bloss absolut, sondern auch relativ wachsen, dass also bei steigendem Einkommen die Belastung des Budgets durch den Alkohol zunimmt. Die oft wiederholte Behauptung von dem entscheidenden Einflusse des Berufs auf die Höhe der Ausgaben für Alkohol bestätigt die Untersuchung nicht. Vielmehr scheint neben der Höhe des Einkommens für die Höhe der Alkoholbelastung in erster Linie der Grad entscheidend zu sein, bis zu welchem die arbeitenden Classen eines Landes für die Grundsätze der Antialkoholbewegung gewonnen sind.«

X

X

Die Erforschung der socialen Verhältnisse der HEIMARBEITER hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so in der Schrift *Die Heimarbeit und der Notstand der Heimarbeiter in der mährischen Textilindustrie* des Privatdocenten Dr. Hugo Herz /Brünn, Friedr. Irrgang/. In Mähren und Schlesien beträgt die Zahl der Heimarbeiter 63 825. Das Textilgewerbe Mährens ist seiner socialökonomischen Bedeutung nach im Niedergehen begriffen. Im Jahre 1800 betätigten sich 14 % in Mähren in der Textilbranche, gegenwärtig jedoch nur 4,1 %. Die Entwicklung steuert direct auf eine Ausschaltung der Heimarbeit los. Im Jahre 1800 sind 79 % der in den Textilgewerben Beschäftigten (Spinner, Walker etc.) Heimarbeiter, im Jahre 1901 nur noch 49 %. In grossen Bezirken der mährischen Heimarbeit degeneriert die Bevölkerung vollständig. Unter dem Einfluss der Not verfällt die sonst nüchterne Bevölkerung in Mährisch Trübau, Zittau etc. dem Alkoh. St. Bauer berichtet aus dem Trübauer Bezirke, dass er auf Gemeinden aufmerksam wurde, wo ein Fünftel der Bewohner Branntweinsäufers, wo Blutschande und Notzucht endemisch sind, wo man nicht mehr zum Essen kocht, sondern aus ausgehöhlten Broten *Branntwein löffelt*. Zu diesen Tatsachen bemerkt Dr. Herz zutreffend: Das tierische Durcheinander, in welchem zu leben der Pauperismus diese armen Weber zwingt, lässt die Entstehung so schwerer Degenerationserscheinungen erklärlich finden. Der Consum eines Heimwebers ist, wie eine vergleichende Übersicht über einige Jahresbudgets der Heimweber und Fabrikweber ergibt, um ein Drittel, ja um die Hälfte geringer, als der eines Fabrikwebers. Die Hauptnahrung des Heimwebers sind ausser Brot Kartoffeln früh, mittags und abends. Fleischnahrung kommt selten, meist nur an Sonntagen vor. »In der Datschitzer Gegend zählt sogar trockenes Brot zu den Seltenheiten. Die Weber leben jahraus, jahrein von Wassersuppe und Kartoffeln. In Roznau besteht die kümmerliche Nahrung der Weber aus Kukuruz. In Nordmähren wird oft Leinöl auf Brot gegossen, damit es nicht trocken genossen werden muss. Die Kinder der Hausweber laufen trotz der strengen Winterkälte buchstäblich nackt und unbeschuht herum; die Erwachsenen haben öfters nur ein Hemd am Leibe und können deshalb vom Herbst bis zum Frühjahr nicht an die Luft hinaus.« Doch genug des

Grauens! Nur ein Heilmittel für die Notstände dieser Unglücklichen gibt es: die staatliche Überleitung derselben in andere Gegenden und in andere Betriebsweisen. Die Pflicht des Staates, betont Dr. H. Herz, wäre es, durch einen schleunigen Ausbau der Arbeitsvermittlung in den Notstandsgegenden die unbestimmten Wanderzüge zu leiten, um den Untergang vieler Tausende von tüchtigen Arbeitskräften zu verhindern.

× Die Mittelstandsretter treiben emsig gesetzliche Schutzpolitik: **HANDWERKER-SCHUTZ**. Zur Reorganisation des Handwerkerstandes schlägt jüngst Herr Gustav Koepper, Secretair der Handwerkerkammer zu Coblenz, in einer Arbeit *Handwerks Art, Handwerks Recht* /Gotha, Friedrich Perthes/ neben der Einführung des Befähigungsnachweises die Einführung der obligatorischen Innung vor. Die heutige Handwerkerfrage ist für ihn im wesentlichen eine Bildungs- und Organisationsfrage. Eine besondere Ständeswürde will er dem Gesellenstande künstlich anerziehen. Er fordert: 1. die gesetzliche Feststellung des Gesellenbegriffs, 2. die Ausgestaltung des Fachschulwesens, 3. die Einführung einer einjährigen Militärdienstzeit für den geprüften Gesellen, 4. die Neuorganisation des Gesellenstandes, 5. die Einführung des Arbeitsbuches für volljährige Gesellen. Der Zweck dieser Vorschläge ist die Herbeiführung einer scharfen Absonderung des Handwerkerstandes von dem Arbeiterstande. »Dies auch äusserlich anzuerkennen und damit das Selbstbewusstsein im Handwerk zu heben, soll Aufgabe der beantragten Ausdehnung des Einjährigenvorzugs auf den Handwerkerstand sein.«

Der *Bund der Handwerker*, der im Februar dieses Jahres ins Leben gerufen wurde, hielt am 10. April seine erste constituierende Sitzung. Es wurde ein Bundesprogramm beschlossen, das die bekannten mittelstandsretterischen Forderungen zusammenfasst.

× Die Tätigkeit der württembergischen **GEWERBEGERICHTE** für 1903 spiegelt sich in der Statistik wieder, die die Monatsschrift *Das Gewerbegericht* veröffentlicht. Von 2389 Klagen erledigte der Vorsitzende des Gewerbegerichts allein 1382, darunter durch Vergleich 910, 147 durch Versäumnisurteil und 83 durch Endurteil. Vom besetzten Gewerbegericht wurden 544 Klagen erledigt, darunter

157 durch Vergleich, 38 durch Versäumnisurteil und 300 durch Endurteil. Über das Wahlrecht der Arbeitgeber verbreitet sich Herr Magistratsassessor Luppe in einem sehr instructiven Aufsatz.

In engstem Anschluss an den *Verband deutscher Gewerbegerichte* hat Herr Rechtsanwalt Dr. Baum ein *Handbuch für Gewerbegerichte* /Berlin, Georg Reimer/ herausgebracht. Im Vorwort des Werkes heben die Herren Oberbürgermeister Dr. Gassner und Stadtrat Dr. K. Fleisch mit Recht hervor, dass gerade jetzt die Herausgabe des Baumschen Werkes über die Gewerbegerichte zeugensam sei; denn die Entwicklung des Arbeitsvertrags stehe an einem bedeutungsvollen Wendepunkte. Das Baumsche Werk lässt uns den riesigen Umfang und die Complicirtheit der Streitfragen überblicken, die das Gewerbegericht zu behandeln hat. Das Werk zerfällt in drei Teile: 1. Gesetze; 2. Entscheidungen; 3. Formulare. Der Hauptteil des Werkes (2. Teil) befasst sich mit der Judicatur und bringt etwa 600 Entscheidungen von Gewerbegerichten und ordentlichen Gerichten aus allen Teilen Deutschlands herbei. Das hier aufgespeicherte Material liefert hauptsächlich die ungedruckten Bestände des Verbandsarchivs und die Verbandszeitschrift *Das Gewerbegericht*. Die Beamten unserer deutschen Arbeiterorganisationen, die bisher die vortreffliche Ungersche Arbeit *Entscheidungen des Gewerbegerichts Berlin* benutzten, werden sich freuen, dass ihnen jetzt eine noch ausführlichere Sammlung von Entscheidungen zur Verfügung steht. Den Arbeiterorganisationen sei vor allem die Anschaffung des *Handbuchs für Gewerbegerichte* empfohlen.

× Eine socialpolitisch sehr bedeutsame Enquête über das **WOHNUNGSWESEN** veröffentlichte Alb. Kohn, Rendant der Berliner Ortskrankencasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute etc. In die Schrecken der Wohnräume, denen die Patienten dieser Ortskrankencasse ausgesetzt sind, werden wir durch einige Lichtbilder am Schluss der Enquête eingeführt. Wieder musste die Enquête feststellen, dass unter 12934 Patienten 1044 Männer (14,65 %) und 1078 Frauen (18,55 %) kein Bett zur alleinigen Verfügung hatten. Und gerade waren sehr grosse Procentsätze lungenkranker Männer und Frauen (15,01 und 18,80 %) nicht im Besitz eines eigenen Bettes.

Der Verein *Reichswohnungsgesetz* übergibt soeben der Öffentlichkeit seinen Bericht über sein 6. Geschäftsjahr. Ende 1903 zählte der Verein 665 Mitglieder. Mit dem Bericht ist ein *Jahrbuch der Wohnungsreform im Jahre 1903* verknüpft. Der Verfasser des Jahrbuches, Herr K. von Mangoldt, gibt einen vorzüglichen Überblick über die Leistungen auf dem Gesamtgebiete der Wohnungsfrage im verflochtenen Jahr (vergl. die Rubrik *Sociale Communalpolitik*, pag. 487).

Als ein socialpolitisch tief einschneidendes Ereignis stellt sich die STILLE-GUNG DER RUHRZECHEN dar. Sie ist eine notwendige Folge der Syndikatspolitik. In der Reichstagssitzung vom 21. April 1904 begründete der Abgeordnete Hué die Interpellation Auer und Genossen: »Welche Massnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die durch die Ausserbetriebsetzung von Kohlengruben hervorgerufene Arbeitslosigkeit von Bergarbeitern und die damit verknüpfte Existenzvernichtung von Bauern, Landarbeitern und Geschäftsleuten zu verhindern?« Der Reichskanzler liess durch den Staatssecretair Grafen Posadowsky die Beantwortung der Interpellation ablehnen, weil die Massregeln gegen die Stilllegung sich nur auf der Grundlage des preussischen Berggesetzes bewegen können. Dieses Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Notständen veranlasste eine grosse Bergarbeiterconferenz am 12. Mai 1904, auf der weit über 50 000 organisierte Ruhrbergleute durch über 200 Delegierte vertreten waren, zu einer sehr wirkungsvollen Demonstration gegen die wahre volkswirtschaftliche Hunnenpolitik des Kohlensyndikats. Die Conferenz forderte in zwei einstimmig angenommenen Resolutionen den Ausbau des Bergarbeiterschutzes, die Anwendung des § 65 des Berggesetzes und schleunige Vorbereitungen für die Verstaatlichung des gesamten Bergbaus. An die Delegierten waren Fragebogen ausgegeben worden, die sich vor allem um den Umfang der Stilllegungen, um die Arbeiterentlassungen, um die Gefährdung des Hausbesitzes der Bergarbeiter drehten. Es wurde festgestellt, dass die Zeche *Hasenwinkel* mit ihren mächtigen Flözen und ihrer vorzüglichen Kohle, die Zeche *Julius Philipp* und die Zeche *Bückerfeld* mit fast noch hundertjährigem Vorrat stillgelegt werden sollen. In einem Dorfe — so berichtete Böhler-Linden — ständen jetzt

schon 100 Wohnungen leer, im anderen 60. Die verzogenen Arbeiter seien meistens die Eigentümer. Witten, — so klagte Rüssler-Witten — eine früher blühende Stadt, liege heute arg danieder. In Bommern bei Witten stehen 50 Wohnungen leer. Nach dem Referat Husemanns-Bokum droht die Stilllegung von Zechen mit circa 14 000 Arbeitern.

× KURZE CHRONIK. Anfang Mai schloss die Leipziger Aufsichtsbehörde der dortigen Ortskrankencasse über den Kopf der Casse hinweg einen Vertrag mit der Ärzteorganisation. — Am 7. Mai wurde die Petition der Vereinigung der Maler, Lackierer etc., betreffend die Bleiweissfarben, im Reichstage zur Sprache gebracht. Nur die Socialdemokratie stellte sich auf den Boden dieser Petition und trat für das gesetzliche Verbot der Verwendung von Bleifarben ein. — Am 9. bis 10. Mai tagte die 13. Conferenz der *Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen*; der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung war *Das Schlafstellenwesen und die Ledigenheime*.

× LITERATUR. *Die deutsche Arbeiterversicherung als sociale Einrichtung* /Berlin, A. Asher & Co./ betitelt sich eine Schrift, die im Auftrage des Reichsversicherungsamtes zur Weltausstellung in Saint-Louis verfasst ist und in grossen Umrissen ein Bild der deutschen Arbeiterversicherung entwirft. Der erste Teil beginnt mit der Entstehung der Arbeiterversicherung und setzt ihre sociale Bedeutung auseinander, der zweite Teil befasst sich mit der Statistik der Arbeiterversicherung, der dritte Teil behandelt die Unfallversicherung und Arbeitshygiene. Der vierte Teil beleuchtet die Arbeiterversicherung und ihre Beziehungen zur Volksgesundheit. Der fünfte Teil legt die Beeinflussung der Volkswirtschaft durch die Arbeiterversicherung klar.

PAUL KAMPPMEYER

Sociale Communalpolitik

Die Strassburger Armenverwaltung sah sich schon seit einiger Zeit vor die Aufgabe gestellt, eine Neuordnung der offenen ARMENKRANKENPFLEGE vorzunehmen, da deren Organisation in ihrem jetzigen Zustande nicht mehr den Anforderungen genügte, die das socialpolitische und volkshygienische Interesse der Zeit an sie stellt. Von dem Leiter der Strassburger Armenverwaltung,

Herrn Beigeordneten Dr. Schwander, ist nun hierüber ein ausführlicher Bericht ausgearbeitet worden, dem von uns eine genauere Besprechung gewidmet werden soll, da er Fragen behandelt, die gerade in neuester Zeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen).

Bisher war die offene Armenkrankenpflege in Strassburg in der folgenden Weise geregelt. Die Stadt war in 9 Gemeindefürsorgebezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein Gemeindefürsorger ernannt, der die cantonalärztlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Medicinalpolizei- und der öffentlichen Gesundheitspflege zu erfüllen hatte. Diesen Gemeindefürsorgern war die Ausübung der offenen Armenkrankenverwaltung übertragen. Die Armenärzte hielten speciell für die Armenkranken besondere Sprechstunden in Räumen ab, die von der Armenverwaltung für diesen Zweck gemietet waren. Nur ausnahmsweise und in dringenden Fällen durfte der arme Arzt in seiner Wohnung aufsuchen. Falls es der Krankheitsfall erforderte, war der Gemeindefürsorger verpflichtet, Hausbesuche zu machen. In der Praxis haben sich nun die folgenden Misstände herausgestellt. Von den Armenkranken wurde häufig darüber Beschwerde geführt, dass sie von den Ärzten nicht wie die Privatpatienten behandelt wurden. Insbesondere war keine ausreichende Untersuchung der Kranken verbürgt; die Sprechstunden waren zu Ausgabestellen von Medicamenten geworden. Armenkranke, die den Hausbesuch des Armenarztes verlangten, wurden auf die Sprechstunde verwiesen, obgleich sie nicht imstande waren, auszugehen. Dann wurden Medicamente an Verwandte, Freunde etc. des Kranken abgegeben, ohne dass der Arzt den Kranken gesehen hatte. Ferner bestand bei den Armenärzten die *bedauerliche Neigung*, die Armenkranken in das Spital einzuweisen, sobald eine Krankheit vorlag, die voraussichtlich eine Reihe von Hausbesuchen notwendig machte. Die Errichtung der Ambulatorien für Armenkranke hatte, wie auch der Bericht anerkennt, ihre Vorzüge; vom socialen Gesichtspunct aus hatte sie aber den Nachteil, dass sie der Inanspruchnahme der Armenkrankenpflege ein bedrückendes Moment gab, insofern eben die Armenkranken von den übrigen Patienten gesondert wurden. Die Sonderstellung derselben ward besonders dadurch verschärft, dass für sie der Arztzwang mit all seinen Härten bestand.

Ein wesentlicher Mangel der früheren

Organisation der Strassburger Armenpflege war ferner das Fehlen enger Beziehungen zwischen Armenverwaltung und Armenarzt. Sehr zutreffend schreibt dazu der Bericht: »Jeder, der längere Zeit in der Armenpflege tätig gewesen ist oder sonst Kenntniss der socialen Erscheinungen in unserer Gesellschaft hat, weiss wie häufig Krankheit die Ursache und der Ausgangspunct des Verfalles einer Familie ist. Es genügt deshalb durchaus nicht, dafür zu sorgen, dass Einrichtungen vorhanden sind, die die Krankheiten heben, sondern es muss auch rechtzeitig gegen die wirtschaftlich nachtheiligen Folgen der Krankheit angekämpft werden. Dazu ist erforderlich, dass der Armenarzt in der Organisation der allgemeinen Armenpflege eine Stellung einnehme, welche es ihm ermöglicht, mit den übrigen Organen der Armenpflege in enge Wechselbeziehung zu treten. Dieser Mangel an Verbindung hatte die Folge, dass die Armenverwaltung ohne jede Nachricht darüber blieb, ob eine Unterstützung notwendig sei oder geändert werden müsse, und dass die Armenärzte bei Gutachten über die Erwerbsfähigkeit der Bewerber um Armenunterstützung es an der Sorgfalt und Gründlichkeit fehlen liessen, die vom Standpunct der Armenpflege aus gefordert werden mussten.

Zu diesen Mängeln der Organisation kam hinzu, dass die weiteren Einrichtungen, die zur Durchführung einer intensiven Armenkrankenpflege unbedingt erforderlich sind, die Institute der *Krankenpflegerin* und der *Hauspflegerin* vollständig fehlten. Die Grundsätze, die der Bericht für eine Reform der Armenkrankenpflege in diesen beiden Puncten aufstellt, müssen als durchaus zutreffende bezeichnet werden. Für die Krankenpflege soll eine genügende Anzahl jederzeit dienstbereiter Krankenpflegerinnen zur Überweisung an die Armenärzte bereit gehalten werden, und zwar als Organe der öffentlichen Armenkrankenpflege, über die der Armenarzt jederzeit verfügen kann. Es soll daher zwar die Hilfe der Krankenpflege übenden kirchlichen Einrichtungen herangezogen, ausserdem aber ein weibliches Laienpersonal für die Krankenpflege durch den Stadtarzt herangebildet werden, das da einzutreten hätte, wo die kirchliche Krankenpflege versagt. Die Einrichtung und Ausgestaltung der Hauspflege will der Bericht gleichfalls der Commune vorbehalten. Da es sich um ein durch-

aus berechtigtes Bedürfnis der Armenbevölkerung handle, so dürfe die Befriedigung dieses Bedürfnisses nicht der privaten Wohltätigkeit überlassen werden, die, wie alle private Wohltätigkeit, gerade dann versage, wenn sie am meisten gebraucht werde, sondern es müsse in die öffentliche Armenkrankenpflege hinein eine dem Zweck der Hauspflege entsprechende Organisation mit geeigneten Hauspflegerinnen geschaffen werden. In diesen Worten prägt sich die Auffassung von dem Verhältnis zwischen der communalen Verwaltung und der privaten Wohltätigkeit aus, die von uns immer vertreten worden ist. Es gereicht uns daher zur grossen Befriedigung, dass sich die socialpolitisch fortgeschrittenen Mitglieder der städtischen Verwaltung mehr und mehr auf ihren Boden stellen und damit Stellung gegen die Überwucherung der communalen Tätigkeit durch die private *Charitas* nehmen.

Nicht minder beachtenswert, als die Begründung, sind die Vorschläge für die Neuordnung der Armenkrankenpflege. Um den Armenkranken die Erleichterung ärztlicher Hilfe möglichst zu erleichtern und sie aus der Sonderstellung herauszuheben, in die sie durch den Arztzwang und die besonderen Ambulatorien versetzt sind, schlägt der Bericht die Durchführung der freien Arztwahl vor. Wir können ihm in seiner Widerlegung der verschiedenen Bedenken, die gegen dieses System geltend gemacht werden, nicht im einzelnen folgen. Auf jeden Fall sind sie ihm nicht schwerwiegend genug, um von der Einführung der freien Arztwahl Abstand zu nehmen. Eine gewisse Verteuerung der Armenkrankenpflege wird von ihm allerdings auch in Aussicht genommen; sie sei aber nicht gross genug, um die Einführung der freien Arztwahl nicht als die wünschenswerteste Verbesserung erscheinen zu lassen. Um die Ausschreitungen zu verhindern, die bei der freien Arztwahl möglich sind, soll durch Vereinbarung mit dem Ärzteverein, dem der grössere Teil der Strassburger Ärzte angehört, eine Vertrauenscommission eingesetzt werden, die die Tätigkeit der Ärzte kontrolliert. Strittige Fragen sollen einem Schiedsgericht unterworfen werden, das aus dem Stadtarzt, zwei Mitgliedern des Armenrates und zwei Delegierten des Ärztevereins besteht. Die Armenverwaltung wird sich ausserdem das Recht vorbehalten, Vertrauensärzte zu ernennen,

die Gutachten der Armenärzte über die Erwerbsfähigkeit der Hilfesuchenden nachzuprüfen haben und mit anderen Vertrauensfunctionen auf dem Gebiete der Krankenpflege betraut werden. Selbst diese Controlinstanzen scheinen dem Berichte aber noch keine ausreichende Garantie gegen die missbräuchliche Ausnutzung des Instituts der freien Arztwahl durch die Ärzte zwecks Vergrösserung ihrer Armenpraxis zu geben. Er will noch eine obere Grenze für die Arztkosten (Maximalpauschalquantum auf der Basis von 8 M. pro Familie und 4 M. pro Einzelstehenden) aufgestellt und eine genaue Prüfung der Medicamente angeordnet, sowie die Abgabe diätetischer Heilmittel von der Genehmigung des Armenrats abhängig gemacht sehen. Ausserdem soll noch eine Krankencontrole durch Krankencontroleure nach dem Vorbilde der Krankencasse eingerichtet werden. Selbst bei der städtischen Armenkrankenpflege, bei der es sich doch um eine verhältnismässig geringe Zahl von Personen handelt — in Strassburg 1902 3613 Kranke — muss also das System der freien Arztwahl mit einem ganzen Stachelzaun von Garantie und Controlbestimmungen umhegt werden, soll ihr Missbrauch durch die Ärzte verhindert werden.

Von deutschen Städten haben Altenburg, Bremen, Worms, Pankow bei Berlin, Ludwigshafen, Meiningen beschränkte und Rheydt die unbeschränkte freie Arztwahl eingeführt. In Bremen sind vier ärztliche Bezirke mit je 4 bis 6 Ärzten gebildet, unter denen die im Bezirk wohnenden Armen freie Wahl haben. Doch darf während der Dauer der gleichen Krankheit ein Arztwechsel nur mit Zustimmung der Armendirection vorgenommen werden. Nach dem Berichte der Armendirection hat sich das System für Kranke und Ärzte sehr gut bewährt. Eine missbräuchliche Anwendung des Systems sei nicht vorgekommen. Doch wird eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Ärzte (Honorar für den Hausbesuch 1 M., für Consultation in der Sprechstunde 0,50 M.) und Medicamente zugestanden. Auch aus Pankow wird eine Steigerung der Ausgaben für Medicamente berichtet, während sie in Rheydt im gleichen Rahmen wie früher geblieben sind. Alle Stadtverwaltungen sind mit dem System zufrieden. Verbreiteter, als in Deutschland, ist das System der unbeschränkt freien Arztwahl in Frankreich, wo es in 42 Departement-

ments eingeführt ist. In der grossen Mehrzahl derselben findet eine proportionelle Verringerung der für die ärztliche Tätigkeit bestimmten Sätze statt, wenn die Ausgaben den in das Budget eingesetzten Betrag überschreiten. Diese proportionale Verringerung der Vergütung schwankt in den einzelnen Departements zwischen 24 und 48 (!) %. Auch hier sind die Ergebnisse des Systems befriedigende; es werden als besondere Vorzüge die grössere Beruhigung der Kranken, die schnellere Versorgung und die grössere Sorgfalt der Ärzte gerühmt. So kommt denn der Bericht der Strassburger Armenverwaltung zu dem Resultat, dass kein anderes System der offenen Armenkrankenpflege so geeignet sei, die zahlreichen Mängel der heutigen Armenpflegeorganisation zu beseitigen, wie das System der freien Arztwahl. Seinen Anträgen gemäss wurde dasselbe der Neuregelung der Armenkrankenpflege zu Grunde gelegt.

X
Der Verein *Reichswohnungsgesetz* hat in seinem 6. Geschäftsbericht für das Jahr 1903 die Neuerung getroffen, in einem besonderen Anhang, *Jahrbuch der Wohnungsreform* betitelt, einen Überblick über die literarischen Erscheinungen und die praktischen Leistungen auf dem Gebiete der WOHNUNGSFRAGE während des letztverflossenen Jahres zu geben. Wir ziehen aus dieser dankenswerten Übersicht alles heraus, was sich auf die Gemeinden bezieht. In München wurde die Anstellung von fünf Wohnungsinspectoren beschlossen, ebenso wurde die Wohnungsinspektion in Fürth, Passau, Neu Ulm eingeführt, in Dessau die Errichtung eines Wohnungsamtes beschlossen. In 40 Landgemeinden der Amtshauptmannschaft Chemnitz wurde die Wohnungsaufsicht eingeführt. Im allgemeinen hat die Wohnungsinspektion nur geringe Fortschritte gemacht. Ebenso sieht es mit den Bauordnungen aus. In Posen wurde eine neue moderne Bauordnung erlassen, in Bremen eine solche vorbereitet, in München eine neue Staffelbauordnung vom Magistrat angenommen und in Düsseldorf ein Stadtviertel für Bebauung nach besonderen neuen Grundsätzen ausgeschieden. Neben diesen wenigen Fortschritten steht die Abänderung der Bauordnung für die Berliner Vororte, die einen beklagenswerten Rückschritt bedeutet. Ebenso wenig haben die Gemeinden bei dem Bau von Kleinwohnungen geleistet.

Nicht selten sind vielmehr gemeinnützige Bestrebungen auf die Errichtung von Kleinwohnungen ihrem directen Widerstande begegnet. Tempelhof bei Berlin hat es fertig gebracht, eine Ansiedelung des Berliner Spar- und Bauvereins von seinem Gebiete fernzuhalten. Auch bei der Errichtung von Ledigenheimen haben die Gemeinden es vorgezogen, der privaten Wohltätigkeit das Feld zu überlassen. In Charlottenburg, München, Frankfurt a. M. sind es private *ad hoc* gebildete oder schon bestehende Vereine, die den Bau von Ledigenheimen in Angriff genommen haben. Nur in Fürth und Essen haben die Stadtgemeinden den Plan aufgenommen, communale Logierhäuser zu errichten. Mit der ablehnenden Haltung gegen den communalen Bau von Arbeiterwohnhäusern oder gegen die Unterstützung gemeinnütziger Bauvereine geht eine durchaus reactionäre Bodenpolitik Hand in Hand. Trotz aller Mahnungen, den communalen Grundbesitz zu erhalten und möglichst zu vergrössern, wird in manchen Gemeinden gerade die entgegengesetzte Politik betrieben. Spandau hat ein volles Drittel des Stadtförstes, nicht weniger als 7000 Morgen, einschliesslich des Holzbestandes für 4000 M. den Morgen, an den Stadtverordneten und Grundstücksspeculanten Kleinfeld verkauft, wobei es übrigens in dem Verkauf der fiscalischen Wälder in der Umgebung Berlins durch die preussische Forst- und Domainenverwaltung ein Vorbild hatte. Das Erbbaurecht, das von den Bodenreformern so enthusiastisch angepriesen wird, bürgert sich nur sehr langsam ein. Charlottenburg hat sich grundsätzlich bereit erklärt, für die Erbauung kleiner Wohnungen städtisches Gelände in Erbbaurecht herzugeben. In grösserem Umfange ist dasselbe nur in Frankfurt am Main in Anwendung gekommen, wo Anfang 1904 insgesamt 1000 Wohnungen im Erbbaurechtsverhältnis erstellt waren. Dagegen hat man in Ulm von der Anwendung dieses Instituts Abstand genommen und die gleichen Ziele auf dem Wege stark beschränkender Verkaufsbestimmungen zu erreichen gesucht. Grösseren Erfolg hat dagegen die Steuer nach dem gemeinen Wert gehabt. Wir haben bereits des öfters auseinandergesetzt, dass diese Steuerart für die Wohnungspolitik nur von sehr geringer Bedeutung ist, und konnten auch bei Socialreformern der bürgerlichen Parteien die gleiche Auffassung constatieren.

Gerade weil sie so bedeutungslos ist, den Grund- und Hausbesitzern auch nicht im geringsten wehtut und der Bodenspeculation kein Hindernis in den Weg legt, hat sie so schnell in den deutschen Gemeinden Aufnahme gefunden. Im Herbst 1903 hatten nach den Feststellungen Dr. Föhrs nicht weniger als 67 Städte und 50 Landgemeinden in Preussen die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert eingeführt. In Bayern und Sachsen sind von den Regierungen Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die diese Besteuerungsart einführen wollen.

Bedeutender sind die Erfolge, die die Wertzuwachssteuer in der letzten Zeit erzielt hat. In dem Jahrbuch werden drei sächsische Gemeinden, Ötzsch und Leutzsch bei Leipzig sowie Helbersdorf bei Chemnitz genannt, die sie eingeführt haben sollen. In Frankfurt a. M. bildete sie einen wichtigen Bestandteil der von uns ausführlich besprochenen Steuerreform. In Bayern und Sachsen haben die Regierungen in Gesetzentwürfen Anläufe gemacht, den unverdienten Wertzuwachs der Besteuerung zu unterwerfen.

Wenn wir zum Schluss noch die Tätigkeit der Gemeinden Nürnberg, Fürth, München, Augsburg, Zweibrücken auf dem Gebiete der Wohnungsaufnahme erwähnen, so haben wir wohl alle Leistungen der Communen zusammengestellt. Wenig genug im Vergleich zu den ungeheueren Schäden der Wohnungsnot, die am Marke unseres Volkes zehren; aber immerhin lässt sich ein allerdings nur langsames Erwachen unserer Städte zum Bewusstsein ihrer Aufgaben constatieren.

×
KURZE CHRONIK. Die Gemeindecömmision des württembergischen Landtages hat die zweite Lesung der Gemeindeordnungsnovelle beendet. — In Charlottenburg hat sich ein Verein zur Errichtung eines Ledigenheims constituirt; die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, eines ihrer Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Der Bezirksausschuss zu Wiesbaden hat die von den städtischen Collegien Frankfurts beschlossene Erhöhung der Luxussteuer auf Pferde nicht genehmigt. — Für die Landgemeinde des Kreises Worms ist durch eine Polizeiverordnung die obligeatorische Desinfection der Wohnräume angeordnet worden. Personen mit einem Einkommen von weniger als 900 M. sind

gebührenfrei, die mit einem Einkommen von 900 bis 1500 M. sollen nur die Hälfte der Gebühren aufbringen. — Die städtischen Behörden zu Dortmund beabsichtigen die Errichtung eines Arbeitersecretariats.

HUGO LINDEMANN

Socialistische Bewegung

Innerhalb der deutschen Socialdemokratie sind in letzter Zeit mehr und mehr Bestrebungen hervorgetreten, festere PARTEIORGANISATIONEN zu schaffen. So befasste sich die Provinzialconferenz von Hessen-Nassau, die am 10. April in Frankfurt a. M. tagte, mit dieser Frage. Nach eingehender Beratung wurde ein Entwurf angenommen, der darin gipfelt, dass für den Regierungsbezirk Wiesbaden und für die angrenzenden Wahlkreise ein gemeinsamer Agitationsbezirk geschaffen wird. An die Spitze dieser Organisation wird ein Agitationscomité von 5 Mitgliedern gestellt, das seinen Sitz in Frankfurt hat. Jeder Wahlkreis hat pro Jahr und Kopf seiner organisierten Genossen 20 Pf. als Beitrag zur Bezirkskasse zu leisten. Sämtliche Organisations- und Agitationsangelegenheiten werden vom Centralcomité aus geleitet. — Die Parteigenossen der oberen Rheinprovinz (Regierungsbezirk Cöln, Aachen, Coblenz, Trier) hielten Ostern in Mühlheim a. Rh. ihren Bezirksparteitag ab. Auch hier wurde zum Punkte *Organisation* ein Beschluss gefasst, in dem es heisst, dass in allen Kreisen, die Bildung einer straffen Centralorganisation zu erstreben sei. Es sollen Kreisvereine gegründet werden, deren Vorstand sämtliche Parteigeschäfte des Kreises leitet. Die örtlichen Vertrauensleute sind Untercassierer des Vereins; nur wo die Gründung solcher Vereine nicht möglich ist, darf das Vertrauensmännersystem weiterbestehen. Die Breslauer *Volkswacht* stellt Betrachtungen an über die Form der Organisation der deutschen Partei, indem sie dieselbe in Vergleich stellt mit den straffen Centralisationen, wie sie sich bei den Gewerkschaften herausgebildet haben. Das genannte Blatt macht geltend, dass die Umwandlung derselben in festere Parteigebilde im Interesse der Actionsfähigkeit, des Finanzwesens, der principiellen Durchbildung der Genossen etc. notwendig sei.

×
Die sächsische Landesconferenz, die vom 5. bis zum 7. April in Chemnitz tagte, hat sich fast ausschliesslich mit dem

FALL GÖHRE beschäftigt. Nach zweitägiger Discussion wurde in namentlicher Schlussabstimmung folgende Resolution mit 66 gegen 9 Stimmen angenommen: »Die Landesversammlung erkennt an, dass, wenn keine Landesversammlung entscheiden kann, das Centralcomité mit den Agitationscomités laut §§ 3, 7 und 12 des Organisationsstatuts für Sachen berechtigt sind, bei Aufstellung von Candidaten für Reichstags- und Landtagswahlen in den einzelnen Wahlkreisen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Kommt eine Einigung zwischen diesen Instanzen nicht zu stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung zur endgiltigen Entscheidung zu unterbreiten.«
Das Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Göhre, welches während der Wahlagitiation von einem Genossen des Kreises Niederbarnim gegen denselben anhängig gemacht und das mit als Grund gegen die Candidatur Göhres in die Wagschale geworfen worden war, hat mittlerweile dadurch seine Erledigung gefunden, dass der Ankläger in der Schiedsgerichtssitzung am 29. April erklärte, »dass er die Anklage gegen den Genossen Göhre als unbegründet zurückziehe«.

×
Seit dem 18. April erscheint in Paris JAURES' ZEITUNG *L'HUMANITE*, nachdem, wie bereits mitgeteilt (pag. 167), Jaurès aus der *Petite République*, die er zur Blüte gebracht hatte, vor einigen Monaten ausgetreten war. Die *Humanité* ist nicht nur eine neue Zeitung, sondern sie ist auch eine Zeitung mit einem neuen Princip: dem der völligen Unabhängigkeit von capitalistischen Unternehmern. Was Lassalle einst von den bürgerlichen Blättern Deutschlands gesagt hat, dass sie lediglich Mittel zur Profitgewinnung für Capitalisten seien, das gilt insbesondere von den Pariser Zeitungen. Noch als Viviani Redacteur der *Lanterne* war, befand diese sich im Besitze des alten Bankhauses Pereyre; auch die *Petite République* verdankt ihre Existenz einer bürgerlichen Gründung. Dass unter solchen Umständen Conflicte der schlimmsten Art unvermeidlich sind, liegt auf der Hand. Wollte Jaurès seinen politischen Ruf nicht aufs Spiel setzen, dann durfte er der Prämienwirtschaft bei seinem früheren Blatte nicht untätig zusehen. Die Auflage der *Petite République* wurde durch diese in die Höhe getrieben, aber die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mussten öffentlich gegen die Hungerlöhne protestieren, die bei der

Fabrikation der Prämien gezahlt wurden. Urbain Gohier veröffentlichte vor einiger Zeit sogar ein schmähhches Pamphlet gegen Jaurès, dem er — natürlich ganz ungerechtfertigterweise — eine Beteiligung an diesem Prämiengeschäfte nachsagte. Mit einem Capital von 700 000 fr. ausgerüstet, unternahm Jaurès das Wagnis, den Kampf gegen die Pressecorruption in Paris zu beginnen und zugleich seinen Ideen eine Tribüne zu schaffen. In seinem Programmarikel legt er seine Absichten dar und rechtfertigt zugleich die Wahl seines Titels. Der Name *Humanité* soll, so sagt er, »genau das Ziel unserer Partei bezeichnen, nämlich die von allen Socialisten angestrebte Verwirklichung wahrer Menschheit und Menschlichkeit, die heute gar nicht oder nur unvollkommen existiert«. Auf dem Gebiete der inneren Politik soll dieses Ziel durch die Überwindung des notwendigen und unvermeidlichen Classenkampfs erreicht werden; auf dem Gebiete der internationalen Politik durch die Wiederversöhnung aller Völker, durch die universale sociale Gerechtigkeit. »Dann und nur dann wird es eine wahrhafte Menschheit geben, deren höhere Einheit sich in der lebendigen Mannigfaltigkeit freundschaftlicher und freier Nationen widerspiegelt.« Ausführlich hat Jaurès über diesen Teil seines weitblickenden Programms in seiner bekannten Rede über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 964 ff.) gehandelt, auf deren Ton die Behandlung der auswärtigen Politik in der *Humanité* abgestimmt ist. Die glänzendsten Namen des französischen Socialismus sind in der Liste der Mitarbeiter und Redacteurs der *Humanité* vertreten: Briand, Allemane, Pressensé, Fournière, Viviani, Revelin, Andler, Lucien Herr, Jean Longuet, Rémy, Halévy und andere. Vor allen anderen Pariser Blättern zeichnet sich die *Humanité* durch sorgsame Pflege des Auslandsdienstes aus. Der Redaction stehen eine grosse Zahl ausländischer Correspondenten zur Seite, die oft zum Worte kommen: Beer für England, Hertz für Osterreich, Südekum für Deutschland, Sigg für die Schweiz, Bissolati für Italien, Furnémont für Belgien. An der Spitze des literarischen Theils der Zeitung steht der glänzendste lebende Stilist Frankreichs, der Akademiker Anatole France.

Überblickt man die bisher vorliegenden Nummern, dann hat man allen Grund,

dem französischen Socialismus zu dem prächtigen Blatte Glück zu wünschen. Und wir hoffen, dass es der *Humanité* gelingen möge, den schweren materiellen Kampf um ihre Existenz siegreich zu bestehen.

× Die Differenzen innerhalb der Socialdemokratie ITALIENS sind durch den Parteitag von Bologna durchaus nicht behoben. Die *reformistische* Minorität, die allerdings, wenn wir jede der vier Gruppen für sich betrachten, die Majorität innerhalb der italienischen Partei besitzt (vergl. pag. 367) verlangt, dass ihre Sonderorganisationen anerkannt werden. Das Comité der *Reformisten*, welches nach dem Parteitag gewählt wurde und die Aufgabe hat, die Actionen des *reformistischen* Flügels der Partei zu leiten, hat beim Parteivorstand einen Antrag eingereicht, worin es das Verlangen stellt, dass in Zukunft in jedem Orte zwei Parteiorganisationen als gleichberechtigt anerkannt werden sollen. Das Organisationsstatut, welches fordert, dass in jedem Orte nur eine Parteigruppe bestehen darf, könne nach dem Parteitag keine Geltung mehr haben. Den beiden fast gleichgrossen Fractionen der Partei müsse das gleiche Vertretungsrecht eingeräumt werden. Das Comité, das aus 7 Genossen besteht und in Mailand seinen Sitz hat, sieht in dieser Änderung des Organisationsstatuts die einzige Gewähr für die Aufrechterhaltung der Freiheit innerhalb der Partei und für die Einigkeit der Partei selbst. Diesem Antrag an den Parteivorstand folgte ein im *Tempo* veröffentlichtes Manifest an die Gesamtheit der Partei. Die *Reformisten* verwarfen sich dort zunächst gegen den Vorwurf, als ob sie die Spaltung wollten. Es heisst dann weiter, dass die *Reformisten* lediglich den Tatbestand anerkennen, ohne nach den Ursachen zu forschen und zu erörtern, wen dafür die Verantwortung treffe. In einem Resolutionsentwurf, der dem Manifest beigefügt ist und den localen Gruppen zur Abstimmung unterbreitet werden soll, heisst es, dass der letzte Parteitag die Existenz verschiedener Richtungen innerhalb der Partei deutlich gezeigt habe; ferner, dass in vielen Orten die eine Parteiorganisation nicht die effective Einheit der Partei repräsentiere. Unter diesen Umständen sei das Nebeneinanderbestehen im Interesse der Erziehung des Proletariats eine Lebensbedingung für den Socialismus. Zum Schluss wird er-

klärt, dass durch das Referendum, das der Parteivorstand ausgeschrieben habe, die Frage nicht entschieden werden könne. — Der Parteivorstand hat nämlich beschlossen, die Partei durch Referendum über die Existenzberechtigung der autonomen Cirkel zu befragen.

× Die beiden socialistischen Parteiorganisationen ENGLANDS, die *S. D. F.* und die *I. L. P.* hielten ihre Jahrescongresse während der Ostertage ab. Die *S. D. F.* tagte in Burnley und war von 69 Delegierten, die 62 Zweigvereine vertraten, besichtigt. Zur Verschmelzungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in der es heisst, dass die *S. D. F.* alles aufbieten solle, die socialistischen Elemente Englands zu einer Partei zu vereinigen. Zum Punct *Municipalsocialismus* wurde der Beschluss gefasst, alle Unternehmungen zu unterstützen, welche die Socialisierung an Stelle des Privatunternehmens setzt. Eine weitere Resolution spricht sich gegen die Schutzzollpolitik aus; ferner verurteilt der Congress die geplante Fremdengesetzgebung, ebenso die Verordnung, betreffend die Chineseneinfuhr nach Transvaal.

Die *I. L. P.* hielt ihren 12. Jahrescongress in Cardiff ab; anwesend waren 140 Delegierte. Der Jahresbericht weist auf die Fortschritte der Partei hin, die bezüglich der Mitgliederzahl, der Finanzen und der Erfolge bei Localwahlen gemacht worden sind. Beschlossen wurde die Vergrösserung des *Labour Leader*, des Wochenblattes der Partei, von 8 auf 12 Seiten. Sodann wurden Resolutionen angenommen, die die südafrikanische Chineseneinfuhr, die Zollagitation und das Schwitzsystem verurteilen. Andere Resolutionen fordern die Errichtung eines selbständigen Arbeitsministeriums und Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. Die Frage der socialistischen Einigkeit überliess der Congress der Parteileitung zur Entscheidung.

× Über die Stärke der socialistischen Partei in den VEREINIGTEN STAATEN VON AMERICA teilt der soeben veröffentlichte Bericht des Parteisecretairs folgendes mit: Ende 1903 war die Partei in 33 Staaten und Territorien organisiert; die Zahl der im Jahre neugegründeten Localvereine betrug 101. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 14240,99 Dollars. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug im Berichtsjahre ungefähr 23 000.

Die Organisatoren waren 1545 Tage auf Reisen und besuchten 890 Städte, hielten 1272 Versammlungen ab und gründeten 137 Localvereine. Einen recht schönen Sieg erfochten die Parteigenossen, wie wir dem *Social Democratic Herald* entnehmen, bei den vor kurzem vorgenommenen Municipalwahlen in Milwaukee. Es gelang, 9 Sozialisten als Stadtverordnete durchzubringen; bisher waren die Sozialdemokraten im dortigen Stadthaus gar nicht vertreten. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der Candidat der Sozialdemokratie Berger 15 333 Stimmen; der demokratische Gegner siegte mit 23 515 Stimmen.

× Der 10. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei HOLLANDS fand in diesem Jahre während der Ostertage in Dordrecht statt. Der umfangreiche Bericht, den der Parteivorstand an den Parteitag erstattete, zeigt, dass der schwere Kampf, den die holländische Arbeiterschaft im vorigen Frühjahr durchgemacht, die Niederlage, die sie erlitten, der Partei einen grossen und dauernden Schaden nicht gebracht hat. Die Zahl der örtlichen Gruppen der Partei ist im Jahre 1903 von 105 auf 124 gestiegen. Die Mitgliederzahl weist zwar einen Rückgang von 6500 auf 5600 auf; tatsächlich handelt es sich aber fast nur um einen scheinbaren Mitgliederverlust, der darauf zurückzuführen ist, dass durch die Reorganisation der Partei Doppelzählungen, wie früher, nicht mehr möglich sind. Bei den verschiedenen Wahlen des Jahres 1903 hat die Partei, zum Teil erheblich, an Stimmen gewonnen. Insgesamt nahmen unsere Genossen in 56 Gemeinden mit 140 Candidaten an den Communalwahlen teil. Es wurden aber nur in einzelnen kleinen Orten Sozialdemokraten gewählt. Auch bei den Provinzial- und bei den Landtagswahlen wurden sonst weiter keine praktischen Erfolge erzielt. Grosse Verwirrung in den Reihen der holländischen Arbeiter scheinen immer noch die Anarchisten anzurichten. Der Parteivorstand nahm am 4. Juli mit Bezug auf die Anarchisten einen Beschluss an, in welchem es für wünschenswert erklärt wird, dass die Parteigenossen in keinem Fall mehr mit Anarchisten und mit sogenannten *freien Sozialisten* auf irgendwelche Weise zusammenarbeiten sollen. Ausgenommen hiervon sollen Parteigenossen sein, die in ihren Gewerkschaften mit anarchistischen Mitgliedern zusammenarbeiten

müssen, doch nur dann, wenn es sich um die Gewerkschaft ihres eigenen Berufshandelt. Der Cassenbericht der Partei für das Jahr 1903 weist eine Bilanzsumme von 30 703,40 Gulden auf. Einschliesslich der Aussenstände betrug der Bestand am Jahresschluss 1761,23 Gulden. Der grösste Ausgabeposten ist selbstverständlich die Unterstützungssumme für die Gemassregelten des Generalstrikes. Dieselbe beträgt 22 016,32 Gulden. Mit Befriedigung erwähnt der Bericht die Beiträge der deutschen Partei von 6000 und 3000 M.

Von den Verhandlungen des Parteitages sind die über die Frage des Generalstrikes von ganz besonderer Wichtigkeit. Einmal, weil die holländische Arbeiterschaft Erfahrungen mit diesem Experiment gemacht, sodann, weil diese Erfahrungen respective der Standpunkt der holländischen Partei gegenüber diesem Kampfmittel von grosser Bedeutung ist für den bevorstehenden internationalen Congress in Amsterdam. Mit 135 gegen 39 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die »die absolute allgemeine Arbeitseinstellung in dem Sinne, dass alle Arbeiter zu einem gegebenen Augenblick die Arbeit niederlegen, für unhaltbar erachtet, weil sie jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht.«

× Die Sozialdemokratie UNGARNS hielt während der Ostertage in Budapest ihren 11. Parteitag ab. Der Bericht, welchen die Parteileitung dem Congress vorlegte, gibt eine gedrängte, aber vollständige Übersicht über die Brutalität, Quälereien und Niederträchtigkeiten, mit denen die magyarische Regierung der ungarischen Arbeiterbewegung zusetzt. Versammlungen wurden danach den Sozialdemokraten nicht weniger als 181 verboten. Die Begründung lautete in lakonischer Kurze gewöhnlich: »Es ist nicht notwendig, dass die friedliebende Bevölkerung durch Hetzer gestört werde.« In der gleichen Weise werden die sozialdemokratischen Zeitungen verfolgt. Die deutsch und magyarisch erscheinende *Nepszava*, das Pester Centralorgan, hat 12 Pressproccesse zu verzeichnen gehabt, 7 weitere schweben noch; der rumänisch-sozialdemokratische *Advercal* zählt 8 und das serbische Organ *Narodna Retsch* 28 Proccesse; dabei sind die Urteile wegen *Politisierens*, die besonders Gewerkschaftsblätter treffen, nicht mit einbezogen. Am brutalsten und systematischsten wird die

Feldarbeiterbewegung verfolgt. Der grosse Erntestrike von 1898 wurde im Blut erstickt, und das Doranyische Sclavengesetz verbot die Feldarbeiterstrikes überhaupt. 1903, als wieder ein solcher Strike ausbrach, wurde das Gesetz mit rücksichtsloser Strenge angewendet. Hunderte von Schnittern mussten auf 30 Tage ins Gefängnis, und wiederum Hunderte wurden von Gensdarmen zur Arbeit gezwungen; trotzdem sind Tausende von Feldarbeitern in den Ausstand getreten, und es haben gegen 10 000 Mann höhere Löhne erstritten. Eine grosse Anzahl von Parteigenossen wurde wegen *Verleitung und Verlockung der Fabrikarbeiter zur Arbeitseinstellung*, wieder andere wegen *Lehrlingsverführung* zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Im ganzen zählt das übrigens durchaus unvollständige Strafregister an Geldstrafen 25 827 K., gleich 2583 Tagen Haft, ausserdem wurden verhängt 13 Jahre 6 Monate 14 Tage Haftstrafen. Die Strafen wegen Teilnahme am Erntestrike sind in diese Aufstellung nicht mit einbezogen; dafür wurden mindestens 25 Jahre Haft verhängt. Abgeschoben und ausgewiesen wurden 117 Genossen. Trotz dieser Brutalitäten nimmt die socialistische Bewegung in Ungarn ständig zu.

× Die socialdemokratische Partei SPANIENS sucht durch eifrige Propaganda besonders unter den Landarbeitern Anhänger zu finden. Wie *El Socialista*, das Centralorgan der spanischen Socialdemokratie, mitteilt, ist die Zahl der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter seit einem Jahre erheblich gewachsen. Die politisch noch vollkommen unberührten Elemente der Landarbeiter sind viel leichter zur socialistischen Auffassung und Taktik zu erziehen, als die industriellen Arbeiter der spanischen Städte, von denen ein grosser Teil in der anarchistischen Denkweise befangen ist. — Die Maifeier ist in diesem Jahre, da sie auf einen Sonntag fiel, bemerkenswerter gewesen, als sonst. Die Madrider Parteigenossen hatten ein Theater gemietet, wo Iglesias und noch andere socialistische Redner sprachen. Hieran knüpfte sich ein Umzug durch die Stadt, an dem gegen 20 000 Menschen teilnahmen. Der Zug begab sich vor das Ministerium des Innern und vor das Rathaus, um dort Petitionen, enthaltend die Arbeiterforderungen, niederzulegen.

×

KURZE CHRONIK. Die Socialdemokratie Kopenhagens beging am 22. April ein Jubiläum; an diesem Tage waren nämlich gerade 25 Jahre verflossen, seit das bekannte Versammlungsgebäude der Kopenhagener Arbeiterschaft Rømers Gade 22 eingeweiht wurde. Im Jahre 1883, während des deutschen Socialistengesetzes, fand in diesem Gebäude der Parteitag der deutschen Socialdemokratie statt. — Die letzte liberale Arbeitervereinigung Norwegens, die von Drammen, die einzige, welche noch einige Bedeutung hatte, hat sich dieser Tage der socialdemokratischen Partei angeschlossen. Diese Vereinigung war von Markus Thrane im Jahre 1844 gegründet worden. — Die japanischen Socialisten haben eine Proclamation an das russische Proletariat erlassen, in der sie die russische classenbewusste Arbeiterschaft als ihre Brüder begrüssen und sich gegen den Krieg erklären. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Ein engerer Zusammenschluss des deutschen UNTERNEHMERTUMS ist durch die Gründung einer Centralstelle für die Arbeitgeberverbände Deutschlands nun doch geschaffen worden. Anfangs hatte es den Anschein, als wollte sich das ganze Gründungsproject (vergl. pag. 333) in blauen Dunst auflösen. Das am 17. Januar in Berlin zum Zwecke der Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes von Vertretern bereits bestehender industrieller Verbände eingesetzte Comité von 11 Mitgliedern zeigte sich der Lage kaum gewachsen. Und zwar bereitete ihn der von Herrn Axel Bueck geleitete *Centralverband deutscher Industrieller* die meisten Schwierigkeiten, indem er eine völlig neutrale, von allen Unternehmerorganisationen unabhängige Centralstelle entschieden bekämpfte. Bueck hatte immer ausgesprochen, dass diese Centralstelle nur im Anschluss an den *Centralverband* und unter Leitung desselben zu befürworten wäre. Damit waren aber die Leiter der anderen *Scharfmocher*verbände nicht einverstanden. Besonders wandten sich in der Sitzung des genannten Comités, die am 18. März in Berlin stattfand, die Vertreter des *Gesamtverbandes der Metallindustriellen*, des *Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona* und des neuen *Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie* gegen diesen Plan. Auch der Bund der Industriellen, der *Verband von Arbeitgebern im ber-*

gischen Industriebezirk, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands und der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins erteilten Herrn Axel Bueck eine Absage. Allen diesen Gegnern zum Trotz hat der Centralverband deutscher Industieller seinen Plan durchgesetzt. Er hat am 12. April eine Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zur Bekämpfung unberechtigter Bestrebungen der Arbeiter ins Leben gerufen, und zwar in directer Verbindung mit seiner Geschäftsstelle. Die Hauptstelle Bueckscher Observanz bezweckt Schutz vor unberechtigten Forderungen der Arbeiter, Schutz der Arbeitswilligen, Förderung der Arbeitsnachweise der Unternehmer, und mögliche Durchführung der Strikeclausel. — eine Organisation des Unternehmerterrorismus, die mit schwarzen Listen und ähnlichen Mitteln die organisierte Arbeiterschaft niederzuhalten versucht. Gelingen wird ihr das nicht, dafür werden die Arbeiterorganisationen sorgen. Immerhin verdient die neue Unternehmerorganisation unsere stete Aufmerksamkeit.

× Im April fanden noch zwei VERBANDSTAGE statt, der Gastwirtsgehilfen und der Steinarbeiter, beide in Erfurt. Die Gastwirtsgehilfen befassten sich eingehend mit der Taktik, wobei ein volles Einverständnis der Delegierten mit der Haltung des Vorstandes, insbesondere in politischen Fragen, zum Ausdruck kam. Weibliche Angestellte im Gastwirtsgewerbe, ausschliesslich der Kellnerinnen in Animierkneipen, sollen nach Möglichkeit dem Verbandszugeführt werden. Einen breiten Raum in den Erörterungen nahm auch der Gastwirtsgehilfenschutz ein. Es wurde gesetzliche Festlegung der Ruhetage, wie sie in der Bundesratsverordnung vorgeschrieben sind, und ein 36stündiger Ersatzruhetag pro Woche für entgangene Sonntagsruhe, sowie bessere Durchführung der täglichen 6stündigen Ruhezeit und gesetzliches Verbot jeder Stellenvermittlung gegen Entgelt gefordert. — Die Steinarbeiter, die vor zwei Jahren mit gutem Erfolg die Centralorganisation durchgeführt haben, beschäftigten sich in der Hauptsache mit reinen Organisationsfragen. Alle auf die Einführung der Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenunterstützung gerichteten Anträge wurden dem Vorstand überwiesen, der dem nächsten

Verbandstage eine statistisch begründete Vorlage zwecks Einführung dieser Unterstützungsarten unterbreiten soll. Rechtsschutz soll in beschränktem Masse gewährt werden. Es wurden 3 Beitragsklassen eingeführt mit Beiträgen von 30, 35 und 40 Pf. und 8, 10 und 12 M. Strikeunterstützung, dazu für Kinder 50 Pf., 75 Pf. und 1 M. Zuschuss pro Woche. Die Anstellung besobelter Gauleiter wurde abgelehnt, ebenfalls die Anstellung eines dritten Beamten. Weiter wurde obligatorischer Bezug des Steinarbeiters beschlossen und für bessere Durchführung der Bundesratsverordnung votiert.

× Die LOHNSKÄMPFE haben in diesem Jahre lebhafter eingesetzt, als in den beiden letzten Jahren. Die in den Monaten März und April inszenierten Strikes alle aufzuzählen, dürfte hier kaum möglich sein. Im allgemeinen kann gesagt werden, dass die Lohnbewegungen erfolgreich waren. Das mag zum grossen Teil wohl auf die gunstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, dann aber auch der vorzüglichen Organisation der Arbeiterschaft zu danken sein, die von Jahr zu Jahr erfolgfähiger geworden ist, trotz der steigenden Macht der Unternehmerverbände.

Natürlich fehlt es auch an Aussperrungen nicht. Besonders im Bauergewerbe scheint das Scharfmachertum seine alte Taktik der Herausforderung der Arbeiterschaft fortsetzen zu wollen. Bemerkenswert ist besonders eine allgemeine Bauarbeiters Aussperrung in den Unterweserorten. Es handelt sich da um einen von den Unternehmern lange vorbereiteten Conflict. Künstlich wurde eine starke Arbeitslosigkeit geschaffen, indem man auf der einen Seite Arbeiten hinausshob, auf der anderen Seite von auswärts Arbeiter heranzog. Schliesslich glaubte man die Arbeiter genügend geschwächt zu haben, um ihnen ein Massregelungsbureau aufzudrängen zu können. Der Widerstand der Arbeiter wurde seitens der Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet. Ähnlich in Forst i. L. Viel Lorbeeren dürften die Unternehmer bei diesen Aussperrungen wohl kaum ernten, da die in Frage kommende Arbeiterschaft gut organisiert ist.

Wie rücksichtslos das Unternehmertum übrigens bei Aussperrungen vorgeht, wissen wir von Crimmitschau her, wo seit noch 400 an dem grossen Kampf betri-

lichte Textilarbeiter ausgesperrt sind. Ihre Bemühungen, in anderen Textildistricten Arbeit zu nehmen, sind von den Textilfabrikantenorganisationen immer wieder vereitelt worden.

Von bedeutsamen Arbeitsconflicten im Ausland sind zu nennen die Aussperrung der Diamantarbeiter in Amsterdam und Antwerpen, den beiden Centren der Diamantindustrie. Die Fabrikanten verlangten Zulassung der doppelten Anzahl Lehrlinge, 1300 statt 750, wie seiner Zeit mit der Diamantarbeiterorganisationen vereinbart war. Die Arbeiter lehnten diese Forderung wegen der in der Diamantindustrie herrschenden Arbeitslosigkeit ab, verlangten ihrerseits aber den Neunstundentag. Die Folge war die Aussperrung, die auch jetzt noch nicht beendet ist.

Mitte April traten die Angestellten und Arbeiter der ungarischen Staatsbahnen in einen allgemeinen Strike ein. Die Eisenbahner hatten an die Regierung die Forderung um Aufbesserung und Regelung der Gehälter gerichtet, ohne Entgegenkommen zu finden. Ein zur Beratung weiterer Schritte geplanter Eisenbahnercongress wurde gewaltsam verhindert. Auf die Massregelung ihrer Führer antworteten die Eisenbahner mit dem Strike, der den gesamten Eisenbahnverkehr in Ungarn lahm legte. 40000 Eisenbahner waren am Strike beteiligt; eine gewaltige Bewegung, wenn man bedenkt, dass ihr jede feste Organisation fehlte. Einen Erfolg hat der Strike nicht gehabt. Die Regierung hat sich in landesüblicher Weise mit den Tatsachen abgefunden: Sie hat von den Führern der Bewegung gegen 1000 verhaftet, im übrigen haben Polizei und Militair für die Niederhaltung der Strikenden gesorgt; schliesslich hat man ungesetzlicher Weise die Reserven der Eisenbahngemotoren mobil gemacht und mit diesen den Betrieb wieder aufgenommen. Nach diesen *Massnahmen* der ungarischen *Ordnung* brach die Bewegung zusammen.

× ×
Eine günstige Nachricht kommt aus England. Seit Jahren bemühen sich dort die Gewerkvereine um eine gesetzgeberische Regelung des ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSRECHTS, um der Unsicherheit der Lage, wie sie durch den *Taff Vale*-Entscheid des Oberhauses und andere gewerkschaftsfeindliche Gerichtsentscheidungen herbeigeführt war, ein Ende zu machen. Im Vorjahre bereits

ging dem Parlament von den Trades-Unions ein kurzer Entwurf zu, der den Zweck hatte, das Strikepostenrecht zu sichern und die collective Verantwortlichkeit, die den Gewerkvereinen durch den *Taff Vale*-Entscheid auferlegt wurde, zu beseitigen. Diese Vorlage wurde damals vom Unterhause in der zweiten Lesung abgelehnt. Der letzte Trades-Unions-Congress im September 1903 beauftragte indes das Parlamentarische Comité, eine neue Vorlage zu entwerfen, die dann auch ausgearbeitet wurde. Sie erhielt den Titel *Trades Unions and Trades Dispute Bill*, und bestimmt, dass es einer oder mehreren Personen gestattet sein soll, im Namen einer Trade Union oder einer anderen Verbindung, sich neben einem Hause oder Platze aufzuhalten, um Mitteilungen zu empfangen oder zu machen, oder um in friedlicher Weise eine Person zu überreden, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, oder um alle diese Zwecke auszuführen; weiter, dass keine Handlung, die von einer Verbindung zweier oder mehrerer Personen oder für dieselben ausgeführt wird zwecks Einleitung oder Förderung einer gewerblichen Streitigkeit, strafbar sein soll, wenn eine solche Handlung, von einer einzigen Person ausgeführt, nicht klagbar ist; und schliesslich, dass eine Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften nicht besteht. Diese Vorlage ist nunmehr vom Unterhause nach längerer Debatte, an der sich auch mehrere Arbeiterabgeordnete beteiligten, mit 238 gegen 199 Stimmen angenommen worden. Wenn sie damit auch noch nicht Gesetz ist, so ist doch zu hoffen, dass nach dieser unzweideutigen Kundgebung des Parlaments baldigst eine den Gewerkschaften günstige Regelung des Gewerkschaftsrechts erfolgt.

× ×
In der SCHWEIZ hat der *Gewerkschaftsbund* kürzlich seinen Tätigkeitsbericht für 1902-1903 erscheinen lassen. Danach zählt er für diese Jahre 25 975 Mitglieder, die sich auf 31 Berufsverbände, 48 einzelne Gewerkschaften und die Arbeitskammer des Cantons Tessin verteilen. Eine ganze Anzahl von Verbänden steht dem *Gewerkschaftsbunde* noch fern, jedoch steht der Anschluss mehrerer derselben in naher Aussicht. In den beiden Berichtsjahren kamen insgesamt 145 (1902 : 78, 1903 : 67) Conflictsfälle vor, wovon 104 Lohn- und 41 Strikebewegungen. 60 Fälle endeten mit vollem, 38 mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter, während 47 Strikes verloren gingen. An

Unterstützungen von Strikes und Gemassregelten wurden 27 077.73 fr. aus der Casse des *Gewerkschaftsbundes* geleistet. Die Gesamteinnahmen des selben betragen in den beiden Jahren 63 041 fr., der Vermögensbestand Ende 1903 bezifferte sich auf 20 096.61 fr., wovon 5835.20 fr. in der Strikecasse sind. Die *Arbeiterstimme* hat eine Auflage von 3764 Exemplaren.

× KURZE CHRONIK. Die Leipziger Gewerkschaften haben das *Tivoli* zum Preise von 560 000 M. als *Gewerkschaftshaus* angekauft. — Bei der *Gewerbegerichtswahl* in Breslau siegte die Liste des *Gewerkschaftsartells* mit 4326 Stimmen gegen 649 der vereinigten christlichen Gegner (evangelische und katholische Arbeitervereine): die *Hirsch-Dunckerschen* beteiligten sich nicht an der Wahl. — Der Hauptvorstand des *christlichen Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen*, unter Führung der Gräfin Bernstorff, war beim Grafen Posadowsky, um diesen der Ausdehnung der *Arbeiterversicherung* auf die *Heimarbeit* geneigt zu machen. Er wurde mit einigen Redewendungen abgespeist. Die christlichen Gewerkschaften lehnen es bekanntlich ab, sich an Veranstaltungen zur Bekämpfung der *Heimarbeit*, wie der *Heimarbeitercongress* eine war, zu beteiligen.

× LITERATUR. Unter den gewerkschaftlichen Publicationen des letzten Jahres steht an erster Stelle *Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie*, nach statistischen Erhebungen des deutschen *Holzarbeiterverbandes* für das Jahr 1902 bearbeitet und herausgegeben von Theodor Leipart /Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf./. Der *Holzarbeiterverband* hat stets grossen Wert auf die Pflege der Statistik gelegt: sind doch in den 10 Jahren seines Bestehens von ihm bereits drei allgemeine Berufsstatistiken der im *Verbande organisierten Branchen*, und zwei specielle Arbeiten über die Lage der *Korbmacher* und der *Gummidrechsler* erschienen. Die vorliegende Arbeit verdient besondere Beachtung: sie gibt ein nahezu umfassendes Bild der Lage der *Holzarbeiter*, denn nicht weniger als 667 *Ortsfragebogen*, 10 277 *Werkstattfragebogen* und 71 054 *Personenfragebogen* dienten ihr als Grundlage. Wir erhalten unter anderm Aufschluss über das Verhältnis von *gelernten* zu *ungelernten Arbeitern*, über Grösse der Betriebe mit und ohne *Maschinen*, *Organisationszugehörig-*

keit, *Unfallgefahr*, *Lohn- und Accordarbeit*, *Kost- und Logiswesen*, *Arbeitszeit*, *Maximallohn*, *hygienische und Schutzvorrichtungen* in den *Werkstätten*, *Alter*, *Familienstand*, *Krankheit*, *Arbeitslosigkeit*, *Wochenverdienst* und *Wohnungsverhältnisse* der beteiligten Arbeiter. Auch die *Verarbeitung der Fragebogen* ist eine mustergiltige. Das war von Theodor Leipart, der ja als *Arbeiterstatistiker* bereits einige Beachtung gefunden hat, auch nicht anders zu erwarten. Einige Ungenauigkeiten in den Angaben über *Wohnungsverhältnisse*, auf die wir *Raummangels halber* nicht eingehen können, sind wohl auf *mangelhafte Beantwortung der Fragen* zurückzuführen. Ein eingehendes Studium der Arbeit empfiehlt sich für jeden, der Interesse für die Lage der Arbeiter hat und die *Tüchtigkeit* und *Leistungsfähigkeit* ihrer Organisationen kennen lernen will. — Von gewerkschaftlichen Publicationen nennen wir weiter: *Die Heimarbeit und ihre Verbreitung in der Metallindustrie*, zusammengestellt vom Vorstand des deutschen *Metallarbeiterverbandes* /Stuttgart, Alexander Schlicke & Co./; *Die Heimarbeit der Tabakindustrie in Hamburg, Altona-Ottensen und Wandsbeck* /Altona, Verlag der Vorortscommission des deutschen *Tabakarbeiterverbandes*/; *Das Lehrlingswesen im Lithographiegewerbe*, herausgegeben von der *Vertrauenscommission der Lithographen Deutschlands* /Berlin, Chr. Tischendorf/; *Ein Mahnwort in erster Zeit! Kämpfe und Erfolge des Seemannsverbandes in Deutschland* von Paul Müller /Hamburg, Paul Müller/. Die grosse Zahl der Jahresberichte, *Verbandstagsprotokolle* etc, macht es unmöglich, diese hier einzeln aufzuführen. Jahresberichte beziehungsweise *Protokolle* haben herausgegeben: die *Bildhauer*, *Dachdecker*, *Fleischer*, *Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter*, *Holzarbeiter*, *Kürschner*, *Kupferschmiede*, *Maschinenisten* und *Heizer*, *Metallarbeiter*, *Muhlenarbeiter*, *Schuhmacher*, *Steinarbeiter*, *Textilarbeiter* und andere mehr. Besondere Beachtung verdient das *Protokoll* des 1. allgemeinen *Heimarbeiterschutzbundess*, über den hier bereits ausführlich referiert worden ist (vergl. pag. 329 ff.). Ferner sind eine grosse Anzahl von *Jahresberichten* der *Gewerkschaftsartelle* und *Arbeitersecretariate* für das Jahr 1903 erschienen: von Berlin, Bremerhaven, Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Frankfurt a. M., Gera, Halle a. S., Lübeck, Magdeburg, Meissen, Nürnberg, Stutt-

gart, Offenbach, Waldenburg i. Schl. Auch die Geschäftsberichte einiger Gewerkschaftshäuser (Berlin, Frankfurt a. M.) müssen hier genannt werden. — Sehr erwähnenswert ist noch der *Rapport de la commission d'enquête sur les incidents et polémiques de la grève d'Armentières-Houplines* /Lille, M. Dhoosche/.

Auch einige Publicationen christlicher Gewerkschaften gehören hierher. So die Broschüre von Carbonarius: *Kann und darf ich für eine Arbeiterbewegung auf katholischer Grundlage eintreten?* /Trier, Paulinusdruckerei/, welche für katholische Gewerkschaften eintritt und gegen christliche. Demgegenüber wird in der Broschüre *Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen?* von Rhenanus /Cöln, J. P. Bachem/, der Vorteil christlicher Gewerkschaften gegenüber katholischen auseinandergesetzt.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Der soeben erschienene Geschäftsbericht der *GROSSEINKAUFGESSELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE* über das Jahr 1903 lässt erkennen, dass diese bedeutsame Organisation immer mehr unter den deutschen Consumgenossenschaften festen Fuss zu fassen beginnt. Die Zahl der im Laufe des Jahres der Gesellschaft beigetretenen Vereine betrug 58; die Gesamtzahl der ihr am 31. December 1903 angehörenden 305. Ausserdem stand die *G. E. G.* noch mit weiteren 996 Vereinen in Geschäftsverbindung. Es zeigt sich, dass es ihr am schwersten ist, in die älteren, zum Teil mit verknöcherten Traditionen und jahrzehntelangen, oft schwer zu lösenden Geschäftsverbindungen belasteten Vereine einzudringen, während die jungen, von modernem Geist besetzten Genossenschaften fast ausnahmslos sofort ihren Anschluss vollziehen, ja in vielen Fällen sogar die freundliche Hilfe der Gesellschaft bei der Einrichtung ihrer Betriebe, Buchführung etc. annehmen. Die Bedeutung dieser Hilfe, die die *G. E. G.* im verflossenen Jahr 81 Vereinen angedeihen liess, ist kaum hoch genug anzuschlagen: mancher falsche Schritt, mancher Herzeleidfall wird dadurch vermieden, viel Lehrgeld erspart.

Der Warenumsatz der Gesellschaft hat dies Jahr eine Zunahme von 22½ % erfahren; er ist von 21 568 549 M. in 1902 auf 26 445 880 M. gestiegen. Selbstverständlich entfällt nach wie vor der weit-

aus grösste Teil dieses Umsatzes auf Colonialwaren. Nur in geringerem Umfange wurden Schuh- und Manufacturwaren vermittelt. Doch fanden dies Jahr zum erstenmal zwei Manufacturwareneinkaufstage in Chemnitz statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen. Die im Jahre 1902 vorgenommene Einteilung des Absatzgebietes der *G. E. G.* in 6 Bezirke, die jeder von einem besonderen Vertreter bereist werden, hat sich gut bewährt. Mehrere Lager mussten erweitert, für das Mannheimer ein eigenes Gebäude erworben werden. Die im Laufe des vergangenen Jahres in dem grossen Centrallagergebäude der Gesellschaft in Hamburg errichtete Kaffeerösterei hat sich nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten gleichfalls gut entwickelt. Sie lieferte in 8½ Monaten 682 051 Pf. Röstkaffee und deckt heute nahezu den ganzen Bedarf der Gesellschaft. Es werden in diesem Betrieb 36 Personen bei 8stündiger Arbeitszeit beschäftigt.

Insgesamt verfügte die Gesellschaft am Jahresschluss über ein Personal von 197 Köpfen. Einen Teil desselben verlor sie durch den mit dem Jahreswechsel vollzogenen Übergang der ganzen Schriftleitung an den *Centralverband deutscher Consumvereine*. Verbunden war damit, wie schon früher mitgeteilt, das Aufhören des Erscheinens des *Wochenberichts*, an dessen Stelle die *Consumgenossenschaftliche Rundschau* als Organ beider Centralorganisationen ins Leben trat.

Wie in früheren Jahren, so stand auch diesmal die Gesellschaft in regem Geschäftsverkehr mit anderen genossenschaftlichen Organisationen. Sie bezog von verschiedenen deutschen Productivgenossenschaften für 376 000 M., von der schweizerischen Grosseinkaufsorganisation für 21 000 M. und von der englischen für 6500 M. Ware, während sie ihrerseits an die dänische Grosseinkaufsgesellschaft für 24 000 M. lieferte.

Das geschäftliche Resultat ist leider kein so günstiges, wie man wohl von diesem Jahre, das bereits die Früchte der kostspieligen Organisationsarbeit der vorhergehenden einheimen sollte, hätte erwarten dürfen. Zwar ist der Bruttowarengewinn von 1,8 % auf 2,3 % gestiegen, in demselben Verhältnis haben sich aber auch die Unkosten vergrössert, die 1,9 % betragen, so dass das schliessliche Ergebnis nur um 0,01 % besser ist, als das des Vorjahres,

und hinter dem früherer Jahre erheblich zurückbleibt. Eine Vereinfachung und rationellere Gestaltung der Geschäfte müsste also noch angestrebt werden. Entsprechend den auf der vorigen Generalversammlung angenommenen statutarischen Bestimmungen schlägt die Verwaltung vor, von dem 115 815 M. betragenden Reingewinn über die Hälfte zur Speisung und Verzinsung der Fonds und zur Verzinsung der Geschäftsanteile zu verwenden. Der Rest soll als 2prozentige Rückvergütung auf den Umsatz der angeschlossenen Vereine und als 1prozentige auf den der nicht angeschlossenen verteilt werden.

Hoffentlich wird die für den 15. und 16. Juni nach Hamburg einberufene Generalversammlung der Gesellschaft diese Vorschläge, die ganz im Interesse einer möglichst soliden Weiterentwicklung der Gesellschaft gelegen sind, genehmigen.

×

Der Generalversammlung der G. E. G. voran geht der 1. ordentliche GENOSSENSCHAFTSTAG DES CENTRALVERBANDES DEUTSCHER CONSUMVEREINE, der vom 12. bis zum 14. Juni in Hamburg zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe sehr wichtiger Punkte, so ein Referat von Dr. R. Riehn über *Die Besteuerung der Genossenschaften* und ein solches vom Verbandsvorstand Konrad Barth über *Die consumptionsgenossenschaftliche Eigenproduktion*. Ferner wird der Verbandssecretair H. Kaufmann über den collectiven Arbeitsvertrag mit den in den Genossenschaften des Centralverbandes beschäftigten Personen und Verbandsvorstand Karl Schmidchen über die Alters-, Invaliditäts-, Witwen-, Waisenversicherungscassen des Centralverbandes sprechen.

Zu dem letztgenannten Punkte veröffentlicht die *Consumgenossenschaftliche Rundschau* einen eingehenden Entwurf einer solchen Versorgungscasse, der vom Vorstand des Centralverbandes gemeinschaftlich mit einem Versicherungsmathematiker auf Grund einer vorläufigen Umfrage bei den Consumvereinen ausgearbeitet worden ist. Es sind in demselben 2 Classen mit getrennten Beiträgen vorgesehen, eine Invalidencasse und eine Hinterbliebenencasse. In jeder von beiden sind Versicherungen von festen und solche von mit der Versicherungsdauer steigenden Pensionen vorgesehen. Eine eingehendere Be-

sprechung des Entwurfs behalten wir uns bis nach seiner Behandlung auf dem Genossenschaftstag vor.

Auch für den Punkt *Collectiver Arbeitsvertrag* sind bereits die Vorarbeiten gemacht. Wie wir schon mitgeteilt (pag. 249), handelt es sich hier zum Beispiel um die für die Consumvereine hauptsächlich in Betracht kommenden Arbeitergruppen der Backer und der Handels- und Transportarbeiter. Während es dem Vorstand des Centralverbandes jedoch gelang, mit dem Vorstand der Bäckergewerkschaft einen gemeinsamen Tarifentwurf auszuarbeiten, konnte dem Entwurf der Handels- und Transportarbeiter als zu weitgehend seine Zustimmung nicht geben. Trotzdem sind beide Entwürfe an die in Betracht kommenden Vereine zur Durchberatung verschickt worden. Die definitive Beschlussfassung und hoffentlich Einigung ist dem Genossenschaftstag vorbehalten.

×

Auch die Zeit der Unterverbandstage naht heran. Als erster hielt der REICHSBAND SÜDDEUTSCHER CONSUMVEREINE vom 25. bis zum 28. April in Mannheim bei Anwesenheit von 112 Delegierten seine Tagung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Barth sind dem Verbande im vergangenen Jahre 10 Vereine beigetreten. Er zählte Ende 1903 deren 119. Davon berichteten 108 über Statistik. Sie besaßen zusammen 83 349 Mitglieder, hatten einen Gesamtumsatz von 23 791 456 M. und erzielten einen Überschuss von zusammen 2 041 087 M. Der von Dr. Crüger gegründete Gegenverband nennt 7 Consumvereine seinen eigenen. Ein sehr lehrreicher Vortrag wurde vom Vorsitzenden des Centralverbandes Schmidchen über die sogenannten *Rabattsparvereine* und die Mittel zur Bekämpfung der von ihnen verursachten Concurrenz gehalten. Das wichtigste Ereignis des Verbandstages war der der einstimmig beschlossene Beitritt zum *Centralverband deutscher Consumvereine*.

×

Am 11. Mai kam im REICHSTAG die Hiniausmassregelung der Postbeamten und -arbeiter aus dem Magdeburger Consumverein zur Sprache. Auf eine Anfrage des Abgeordneten von Gerlach konnte der Staatssecretair Kraetke keine andere Rechtfertigung des Vorgehens der Postverwaltung geben, als die, dass die Zugehörigkeit zu einem Verein dessen gesamte Leitung der Socialver-

kratie angehöre, mit der Stellung eines staatlichen Beamten und Arbeiters unvereinbar sei. Die trefflichen Ausführungen der Abgeordneten von Elm und Peus, die das Ungerechte und Unkluge der ganzen Massregel nachwiesen, blieben ohne Widerhall vom Regierungstische.

× ×
Eine Productivgenossenschaft *ARBEITERDRUCKEREI* ist vor einiger Zeit in *Dessaun* gegründet worden. Ihr Zweck ist die Herstellung von Druckarbeiten unter Innehaltung mindestens tarifmässiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Anteile à 10 M. werden mit 4 % verzinst. Der etwa erzielte Reingewinn wird nach Dotierung der Fonds den Auftraggebern im Verhältnis zur Grösse ihres Auftrages zurückvergütet.

Die Genossenschaft macht bereits gute Fortschritte. Es gehören ihr heute rund 450 Mitglieder an, die auf Anteile circa 10 000 M. eingezahlt haben. Kürzlich hat die Genossenschaft, die in ihrem Betrieb die Herstellung des 8000 Exemplare stark erscheinenden *Volksblattes für Anhalt* übernommen hat, ein eigenes 1556 qm. grosses Grundstück erworben.

× ×
Die Genossenschaftsbewegung hat einen schweren Verlust zu beklagen. Am 1. Mai verschied in Oberwil bei Basel im Alter von nur 50 Jahren Landrat *Stefan Gschwind*, der Gründer und Leiter der berühmten *Birseckschen Produktions- und Consumgenossenschaft*. *Stefan Gschwind*, von Beruf Fabrikant, war durch die Schriften von Ernst Busch zum begeisterten Genossenschafter geworden. In seinem im Jahre 1891 ins Leben gerufenen Unternehmen suchte er seine Ideen einer Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der genossenschaftlichen Organisation der Gütererzeugung und -vermittlung zu verwirklichen und zugleich auch die divergierenden Bevölkerungsschichten der Arbeiter und Bauern in gemeinsamer Arbeit und Interessensolidarität zu verbinden. Seinem grossartigen Organisationstalent und seiner unermüdelichen, aufopfernden Arbeitsfreudigkeit gelang es, das kühne Experiment — handelt es sich doch um die wirtschaftliche Organisation von 1½ Dutzend im Birsigtal gelegenen Ortschaften — zum vollen Gelingen zu führen. In den letzten Jahren war die Genossenschaft, deren eigenartige Wirksamkeit wir bereits früher (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1901, II. Bd.,

pag. 631) geschildert haben, ein Gegenstand der Aufmerksamkeit der Socialpolitiker und selbst der Regierungen geworden. Ihr Leiter wurde durch das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung zu zahlreichen öffentlichen Ehrenämtern berufen. In letzter Zeit gehörte er auch dem Schweizer Nationalconvent an, wo er Mitglied der socialdemokratischen Fraction war. Nun hat ihn der Tod mitten aus gesegnetem Wirken und voller Schaffensfreudigkeit gerissen. Sein Andenken wird in seinen Werken und in der Erinnerung derer fortleben, die für das gleiche Ideal kämpfen.

× ×
KURZE CHRONIK. Die *Grossein-Kaufsgesellschaft deutscher Consumvereine* erzielte im 1. Quartal 1904 einen Umsatz von 7 076 769 M., das ist 28 % mehr, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Der sächsische Staatsminister von Metzsch erklärte in der Kammer, dass die sächsische Regierung infolge der in anderen Staaten gemachten schlechten Erfahrungen der Einführung einer landesgesetzlichen obligatorischen Umsatzsteuer ablehnend gegenüberstehe. — Gegen die *Dresdener Umsatzsteuervorlage* haben nunmehr auch die *Freie Vereinigung von Kaufleuten und Industriellen*, der *Dresdener Mieterverein*, der *nationalliberale Reichsverein*, das *Gewerkschaftscartell* sowie die *nationalliberale Dresdener Zeitung* und die *conservativen Nachrichten* Stellung genommen. Eine Massenpetition an das *Stadtverordnetencollegium* liegt zur Zeit zur Unterschrift in den Verkaufsstellen der *Consumvereine* aus. — Die dem Verbands der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften angehörenden Organisationen haben in den Jahren 1899 bis 1902 93 765 M. für gemeinnützige Zwecke (Bildung, Krankenpflege, Unterstützung etc.) aufgewendet. — Im März wurden 233 *landwirtschaftliche Genossenschaften* gegründet und 15 aufgelöst. — Der *Allgemeine Consumverein* in Basel hat im vergangenen Jahr seine Mitgliederzahl auf 23 788 erhöht, so dass er jetzt 97 % der Basler Haushaltungen umfasst. Der Umsatz stieg um fast 10 %, nämlich auf 12 670 000 fr., der Reingewinn auf 1 074 000 fr., wovon eine 8½procentige Rückvergütung zur Verteilung kommt. Die Schlichtereie des Vereins hat nunmehr alle Schwierigkeiten überwunden

und erzielte einen Umsatz von 2646713 fr., das ist fast 15 % mehr, als im Vorjahre. — Das im vergangenen Sommer errichtete genossenschaftliche Hotel in Ostende hat einen vollen Erfolg gehabt. Hunderte von Besuchern, die von der Bahnverwaltung in Gruppen von 20 Personen zum halben Preise befördert wurden, haben dort zu dem billigen Pensionspreise von 4 fr. täglich Erholung gefunden. Mit der Anstalt ist ein Consumverein verbunden, der auch im Winter in Tätigkeit bleibt und den Küstenbewohnern der Umgegend das Brot backt. — Um sich vor der Ausbeutung durch den Maschinenrust zu schützen, haben americanische Landwirte eine Genossenschaft zur Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte gegründet, die kürzlich mit einem Capital von 5 Mill. Dollars in Springfield in Ohio eingetragen wurde. Das in ganz grossem Stile geplante Unternehmen wird sofort 2000 bis 3000 Arbeiter beschäftigen.

GERTRUD DAVID

Geistige Bewegung

Über den Nutzen der VOLKSHOCHSCHULCURSE hat der Wiener Ausschuss für volkstümliche Universitätsvorträge eine Rundfrage bei den Hörern seiner Curse veranstaltet. Die Ergebnisse dieser Umfrage liegen jetzt in einem vom Vorsitzenden des Ausschusses, Professor Penck, herausgegebenen Bericht im *Centralblatt für Volksbildungswesen* vor. Zunächst ist zu bemerken, dass knapp die Hälfte der befragten Hörer die Zählkarten ausgefüllt hat. Da es natürlich diejenigen sind, die an den Cursten ein lebhaftes Interesse nehmen und glauben, dass sie ihnen praktischen oder ideellen Nutzen bringen, so ist selbstverständlich das Bild, das sich aus den Antworten ergibt, ein für den Erfolg der Curse günstigeres, als es objectiv sein sollte. Ein besseres Urteil über den Wert der Curse könnte man erhalten, wenn genauere Mitteilungen über die am Schlusse jedes Cyklus abgehaltenen freiwilligen Prüfungen erstattet würden. Die hier gestellten Fragen bezogen sich ausser dem Nationale und der Zahl der besuchten Curse hauptsächlich auf die Berufstellung, die Vorbildung und den erwarteten Nutzen für die allgemeine Fortbildung oder für den Beruf. Die Statistik der Berufe ergibt, dass vom Standpunkte des Volksunterrichts aus wenig hervorragende Resultate zu verzeichnen

sind, dass nur 30 % der Teilnehmer Arbeiter oder Lehrlinge sind, dass nur 18 % aus der Volksschule, 31 % aus der Volkss- und Bürgerschule herbeigekommen sind, während die übrigen höhere Lehranstalten besucht haben. Als Veranlassung zum Besuch der Curse sind naturgemäss die verschiedensten äusseren und inneren Beweggründe genannt worden. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt die Anregung, die die Teilnehmer entweder aus der Lectüre populärwissenschaftlicher Aufsätze in den Arbeiterzeitungen, aus dem Anhören populärer Vorträge in den Arbeitervereinen oder aus dem Besuche von Fortbildungscursen in Arbeiterbildungsvereinen gezogen haben. Über den Erfolg der Curse der festzustellen der eigentliche Zweck der Rundfrage war, ist nur ziemlich dürftiges Material zusammengetragen, was natürlich ist, da hier die Statistik versagt und nur die einzelnen Antworten weitergegeben werden können. Als Erfolg für die allgemeine Bildung werden das *Denkmalernen*, die *geistige Befreiung* und dergleichen mehr angegeben. Praktischer sind schon die Antworten die entweder eine Ergänzung oder eine Correctur des in der Schule Gelernten als Folge dieses Unterrichts durch Universitätslehrer bezeichneten. Von einem unmittelbaren praktischen Nutzen kann bei vielen Cursten, etwa denen über Biologie, Geologie, Geographie, Astronomie, Philosophie, Malerei und Geschichte, kaum die Rede sein. Von solchen Cursten kann nur ein verhältnismässig kleiner Teil der Hörschaft, die Volksschullehrer, unmittelbaren Nutzen haben. Statker tritt der praktische Nutzen bei den Hygienecursen und denen über Kinderpflege hervor. Dass den Metallarbeitern die Curse über Elektrotechnik, den Buchdruckern die in fremden Sprachen und den Militairanwärtern die in Rechtswissenschaft praktischen Nutzen bringen können, ist leicht erklärlich. Damit durfte aber auch der Kreis derer, die unmittelbaren praktischen Nutzen gezogen haben, ziemlich erschöpft sein. Eine Tatsache, die zwar im Bericht des Ausschusses nicht hervorgehoben ist, aber aus allen gegebenen Zahlen und Tatsachen deutlich hervorgeht, ist wiederum die schon häufig beobachtete, dass nur die bestgestellten und geistig höchststehenden Arbeiter befähigt sind, an den Cursten mit wirklichem Nutzen teilzunehmen. Der weit-aus grösste Teil der Arbeiterschaft wird vorläufig doch immer darauf angewiesen

sein, in Elementarcursen ihre dürftigen Schulkenntnisse so zu erweitern, dass sie Vorträgen über wissenschaftliche Fragen folgen oder Bücher über diese Gegenstände mit Verständnis lesen können. Damit dürfte die auch in diesem Bericht wieder angeschnittene Frage erledigt sein, ob die Curse dem Lesen von Büchern voranzugehen oder ihm zu folgen pflegen. X

X **KURZE CHRONIK.** In Bayern, dem kirzlichen Bundesstaate, der noch gesetzlich an der siebenclassigen Volksschule festhält, wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die Einführung der achtclassigen vorsieht, und die bisher übliche Sonntagsschule durch eine wirkliche Fortbildungsschule ersetzen will. — Die Stadt Charlottenburg, die schon über eine musterhafte Volksbibliothek und Leschalle verfügt, hat die Errichtung einer zweiten im Osten der Stadt gelegenen beschlossen. — Der Berliner Magistrat hat die unentgeltliche Überlassung von Schulräumen für die von Studenten zu veranstaltenden Fortbildungscurse abgelehnt, in Charlottenburg werden sie schon seit 7 Semestern bewilligt, ohne dass sich bisher Übelstände ergeben haben. — Die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule ist jetzt in Berlin beschlossen worden, aber vorläufig nur für Junglinge; auch sollen diejenigen befreit sein, die ein volles Jahr in der ersten Classe einer Gemeindeschule gewesen sind. — Freie Universitätscurse werden im August wiederum im Jenaer Volkshaus und in Salzburg stattfinden. — In Wien starb im Mai Johann Mörth, der sich als Chormeister des Wiener Arbeiter-sängerbundes um die musicalische Bildung der Arbeiterclassen Verdienste erworben hat.

ERNST ROTH

Frauenbewegung

Gute Fortschritte macht die Beteiligung der Frauen an SCHULWESSEN. In Nürnberg hat vom 4. bis zum 9. April der erste internationale Congress für Schulhygiene stattgefunden. Nach seinem Namen und beim ersten Zusehen möchte man annehmen, dass diese Tagung mit Frauenbewegung wenig zu tun haben könne. Trotzdem ist sie hier von geradezu symptomatischer Bedeutung gewesen, denn zum erstenmal galten die Frauen auf einem gemischten Congress der bürgerlichen Welt nicht als *mehr oder minder willkommene Begleiterscheinungen*, sondern sie nahmen vollberech-

tigt und umfänglich an den Verhandlungen sowohl in der Discussion wie auch als Referentinnen teil. Die rege Teilnahme der Frauen an einer Frage, die von jeher Frauensache war und es zum Heile des Ganzen immer mehr werden sollte, war den Resolutionen über Coeducation, Aufklärungsunterricht, Fürsorgeerziehung und allgemeine Schulhygiene nur förderlich.

Ebenso frühlingsgrün mutet es an, dass endlich verschiedene Bundesstaaten, darunter Preussen und etliche thüringische Herzogtümer, Frauen, die die erforderliche Vorbildung durch Abiturientenzeugnis und Universitätsstudium nachweisen, zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen zulassen und damit im Prinzip die Unterrichtsberechtigung der Frauen auch hier anerkennen. Bis zur Anstellung ist freilich noch ein weiter Schritt, der wohl so bald nicht gemacht werden wird.

Nicht ebenso einverstanden kann man damit sein, dass neuerdings da und dort im frauenrechtlerischen Lager eine cultürkämpferische Nuance hervortritt. Sorät man den Lehrerinnenverbänden an »1. eine sorgfältige Prüfung, ob nicht eine weitere Vermehrung der katholischen Lehrerinnen im Westen der preussischen Monarchie zu verhindern sei; 2. Gründung von Lehrerinnenseminaren, in erster Reihe paritätischen, um möglichst den Gesamtbedarf an Lehrerinnen zu decken; 3. zur Unterstützung dieses Antrages eine Statistik über die Vorbildung der Lehrerinnen, die auch erkennen lässt, wieviele unter ihnen katholische Ordensinstitute besucht haben.« Sollte die hier vertretene Auffassung Nachfolge und Boden gewinnen, so wäre damit der Frauensache ein schlechter Dienst geleistet. Die Frauenbewegung kann nur interconfectionell oder gar nicht sein. Sie hat auch in ihren Lehrerinnenverbänden nur nach Tüchtigkeit und geeigneter wissenschaftlicher Vorbildung zu fragen, nicht aber nach confessioneller Zugehörigkeit. Schlimm genug, dass das in den Ämtern eine Rolle spielt; die kämpfenden Frauen sollten sich im Interesse ihrer guten Sache davon freihalten. Weit begrüssenswerter ist ein Flugblatt des *Allgemeinen deutschen Frauenvereins*, das vorschlägt: »1. dass Lehrerinnen dem Schulvorstand als sachkundige Mitglieder angehören; 2. dass Frauen als Vertreterinnen der Bürgerschaft in den Schulvorstand gewählt werden sollen; 3. dass weibliche Beamte mit der localen Auf-

sicht über bestimmte Zweige des Schulwesens betraut werden.

×
KURZE CHRONIK. Am 3. und 4. Juni wird eine internationale Frauenstimmrechtskonferenz in Berlin stattfinden; es soll ein *Weltbund für Frauenstimmrecht* gegründet werden. — In der Schweiz bekleiden im laufenden Studienjahr 13 Frauen akademische Ämter. — In Paris hat die Konkurrenzfurcht der Männer es zuwege gebracht, dass unter den denkbar fadenscheinigsten Gründen vom Ministerium eine Verfügung erlassen wurde, nach der an dem Conservatorium für Musik und Declamation, in dem bisher Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer auf Staatskosten ausgebildet wurden, die Plätze für Frauen in den 4 Classen für Saiteninstrumente auf vier beschränkt wurden. — Dagegen können sich in ganz Frankreich Studentinnen und Ärztinnen völlig gleichberechtigt mit ihren männlichen Kollegen um Stipendien und Ämter bewerben, und die 65 Ärztinnen von Paris haben alle ein gutes Einkommen; einige davon sind sogar in glänzender Lage. — Das Mädchen-gymnasium in Stuttgart, das im Jahr 1899 mit nur 3 Schülerinnen eröffnet wurde, zählt heute deren 50. — In den staatlichen Tabakfabriken Venedigs wurde eine Aussperrung, die über 1000 Arbeiterinnen umfasste, durch Zugeständnisse der Regierung beendet. Sie erklärte sich zur Verbesserung der Accordlöhne, Entlassung von 26 Aufseherinnen und gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse bereit. — Das von Elisabeth Blackwell, der ersten amerikanischen Ärztin, gegründete Krankenhaus für Frauen und Kinder in New York beging vor kurzem sein 50jähriges Jubiläum. Heute antieren in den Vereinigten Staaten 7399 Ärztinnen. — Auf dem Jahrescongress der belgischen Socialdemokratie wurde ein Antrag Denis' angenommen, der das Wahlrecht der Frauen für die Arbeitsräte und Einigungsämter fordert. — In Frankreich ist mit dem 1. April das Gesetz Millerand, das heisst der zehnstündige Arbeitstag für die Betriebe in Kraft getreten, in denen nur Frauen oder neben Männern Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt werden. — In der Sitzung der badischen Kammer vom 11. Februar gab Minister Schenkel seitens der Regierung die Erklärung ab, dass die-

selbe einem Reichsgesetz für die Einführung des Zehnstundentages für Arbeiterinnen zustimmen werde. — Einem neugegründeten ungarischen Frauenbund haben sich sofort 58 Vereine angeschlossen. — Der schweizerische *Gewerlichenschaftsbund* hat die Anstellung einer Secretairin, insbesondere in Rücksicht auf die Textilindustrie, beschlossen. — In Frankfurt am Main besteht seit 1902 ein Club jüdischer Mädchen, der mit schönem Erfolg die culturelle Hebung insbesondere der eingewanderten Galizierinnen betreibt. — Der Senat der Universität London hat in Miss Lilian Tomm den ersten weiblichen Professor in das Collegium berufen. Sie hat den Lehrstuhl für Wirtschafts-geschichte inne, nachdem sie sich seit Jahren schon in hervorragender Weise an der Herausgabe wissenschaftlicher Werke beteiligt und an der *London School of Economics* Vorlesungen über das Referendum gehalten hat. — Einen erfolgreichen Einbruch in die Domäne des Centrums hat Genossin Zietz unternommen. Sie hat in Rheinland-Westfalen eine Reihe von Versammlungen abgehalten, in denen sie, unterstützt von der ehernen Beweiskraft so einschneidender Dinge, wie die Wurmkrankheit und die Stilllegung minder rentabler Zechen, der arbeitenden Bevölkerung die Augen für die Schönheiten des mit dem Centrum solidarischen Capitalismus öffnete. — Ein Circular der Vertrauensperson der socialdemokratischen Frauen fordert zur planmässigen Agitation für ein freies, unbeschränktes Reichsvereins- und Versammlungsrecht auf.

HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Geschichtswissenschaften

Vor wenigen Monaten ist die zweite Hälfte des zweiten Ergänzungsbandes von Karl LAMPRECHTS *DEUTSCHER GESCHICHTE*, Freiburg i. Br., Hermann Heyfelder/ erschienen. Die Grundlagen des Werkes sind in dieser Zeitschrift bereits gewürdigt worden (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1902, II. Bd., pag. 829 ff.). Mit diesem neuen Band schliesst Lamprecht die Geschichte der jüngsten deutschen Vergangenheit. Ein Bild von dem Sturm und Drang auf allen materiellen und geistigen Gebieten des aufstrebenden Deutschlands im letzten Jahrhundert wollen diese Ergänzungsbände geben, sie liefern aber nur ein

lebensvolles und geistessprühendes Gemälde von dem Deutschland, wie es sich in dem Kopfe eines germanischen Weltpolitikers darstellt. Diese Geschichte jüngster deutscher Vergangenheit verkündet mehr den Ruhm des eigenartigen, gewandten Künstlers, als des ruhigen historischen Forschers Lamprecht. Der Leipziger Historiker begnügt sich nicht mit einer Erklärung der lärmenden Ereignisse der jüngsten Tage; nein, er zieht, von ihnen in den Grundtiefen seines alldeutschen Wesens ergriffen, den Philosophenmantel ab und schlüpft in den Talar des Verteidigers, um die innere und äussere Berechtigung dieser vorübergehenden Ereignisse mit advocatorischer Bredsamkeit zu erweisen. Er, der Überwinder der Personalgeschichte, schreit überlaut nach grossen, die Geschichte aus dem Handgelenk schaffenden Helden. Der weltpolitische Rausch alldeutscher Politiker wirbelt im Kopfe des Historikers Lamprecht herum, und sein trunkenere Blick erschaut den deutschen Weltmachtsstaat, den Staat mit tausend Saugarmen, den germanischen *Etat tentaculaire*. Lamprecht wirft die Frage auf, ob nicht den neu in die Erscheinung getretenen Expansionsstaat schliesslich das Nationalitätsideal des XIX. Jahrhunderts zurückdrängen werde und mit ihm die demokratisch-liberale Richtung und die Pflege der inneren Beziehungen im Sinne der Achtung vor den Massen. Indes, nicht von der inneren Politik kann hier noch ausführlicher die Rede sein. Nach aussen hin aber, daran ist kein Zweifel, hat der neue Staat gebracht und wird er noch mehr bringen ein neues Machtideal, das im aristokratisch-absolutischen Wesen verankert ist im fanatischen Glauben an die Macht der einzelnen führenden Persönlichkeit. Denn wessen bedarf es vor allem zur Durchsetzung der Macht eines bestimmten staatlichen Imperialismus? Es ist klar, und kein Staat zeigt es einfacher und deutlicher, als die Vereinigten Staaten: entschiedenster Zusammenfassung der heimischen Kräfte zu grossen ständigen Wirkungen nach auswärts, gewaltigster Ausdehnung des Staatsgebietes bis zur Erlangung wirtschaftlichen Selbstgenügens im Innern: und zur Sicherung schon, erst recht aber zur Erreichung dieser Ziele und der damit von selbst gegebenen Weltmachtsstellung auch ausserhalb der Grenzen der einheitlichsten Führung, wie sie nur eine der Tat und dem Recht nach überragende Persönlichkeit zu gewähr-

leisten im stande ist. Ausdehnung also zum Grösststaat, Zusammenfassung aller Kräfte der staatlichen Gesellschaft zu einheitlichen Wirkungen nach aussen und darum Führung durch einen Helden und Herrn: das sind die nächsten Forderungen des Expansionsstaates.

Unter den gar zu aufdringlichen Ereignissen des Tages construiert Lamprecht flugs allgemeine, die geschichtliche Entwicklung vorwärtsstossende Tendenzen. Diese Tendenzen sind zu schnell aus der chaotischen Mannigfaltigkeit der Tageserscheinungen von Lamprecht geschöpft worden. Noch finden sich die wirtschaftlichen und politischen Neubildungen der Zeit im Keimzustande, und da uns Modernen die Prophezeiungsgabe so häufig abhanden gekommen und notwendig bei der sprunghaften, die Weiten einer ganzen Welt umspannenden Wirtschaftsentwicklung abhanden kommen musste, so wandeln wir zu oft Irrwege, wenn wir aus den Keimen dieser Neubildungen bereits ihre Zukunftsgeschichte ablesen wollen.

Die erste Hälfte des zweiten Ergänzungsbandes der Lamprechtschen *Deutschen Geschichte* bringt eine teilweise musterhafte Zusammenfassung der grossen Umwälzungen der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Wirtschaftsgeschichte leitet Lamprecht mit einem geistvollen Excurs über die Beseelung der einzelnen Wirtschaftsstufen ein. In tagesheller Beleuchtung tritt aus diesem Excurs die eigentliche Geschichtsauffassung Lamprechts hervor. Der Keim der aufeinanderfolgenden Wirtschaftsstufen ist nach Lamprecht der Wirtschaftstrieb, das wirtschaftliche Bedürfnis. Die Wirtschaftsinstitutionen sind nur äusserer Erscheinungen, Hüllen und Körper dieser Triebbetätigung. Fortschreitende Wirtschaft und Technik sind nur Sondererscheinungen eines einzigen grossen Entwicklungsmotivs, des fortschreitenden Intellekts. Der Entwicklung des Intellekts liegen an erster Linie, »wenn auch keineswegs allein«, wirtschaftliche Vorgänge zu Grunde. In der seelischen Welt ist seit der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts eine wahre Götterdämmerung eingereten. Der behäbige, starknervige Kaufmann des XVIII. Jahrhunderts mit seinem Ideal ruhiger Lebenshaltung und wohlanstehenden Gewinns ist durch den schnelllebigen, reizbaren Unternehmer ersetzt. Die Seele des heutigen deutschen Bürgertums an

führender Stelle ist der Geist der Unternehmung. Dieser Geist ist etwas Neues. Männer mit einer ausnehmend starken Empfindlichkeit für Reize sind zu den führenden Posten der Unternehmer berufen. Sie verbinden mit angeborener nervöser Haltung »die Gabe, weite Räume und Zeiten in ihrem Zusammenhang und Verlaufe, überhaupt in ihren Gelegenheiten rasch übersehen und zu ihrer Beherrschung fortlaufend und fehlerlos über die vollendeten Feinheiten diplomatischer Behandlung verfügen zu können«. Die Helden der freien Unternehmung ragen riesenhaft aus dem Gewirr der Masse empor. »In ihnen verbindet sich reichste Association mit starkem Charakter und leises Wittern des Künftigen mit energischem Wollen: es ist die Begabung reformatorischer Geister, die Begabung auch der grossen Staatsmänner und Feldherren, mit denen man, vornehmlich freilich ausserhalb Deutschlands, die bedeutenden Unternehmer so oft vergleichen hört.« Mit der Lamprechtschen Schilderung dieser Übermenschlichen halte man die derben, witzigen Bemerkungen von Karl Marx über die Jupiterhäupter der englischen capitalistischen Unternehmer zusammen. Das Studium der letzten Bände Lamprechts fordert überhaupt förmlich eine vergleichende Betrachtung der Lamprechtschen und der Marxschen Geschichtsauffassung heraus. Sie soll in einem besonderen Artikel in dieser Zeitschrift versucht werden.

Die Ergänzungsbände Lamprechts zur *Deutschen Geschichte* halten und müssen uns in einer ständigen Oppositions Stimmung halten. Wir werden von dieser Geschichtsschreibung gepackt und geschüttelt, und wir unsererseits packen wieder kräftig gegen sie aus. Von welchem neuen deutschen Geschichtswerke können wir das noch sagen? Und die innere Bewegung, die der Historiker Lamprecht in uns erzeugt, spricht wohl am besten für die Bedeutung seines gross angelegten Geschichtswerkes.

PAUL KAMPFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Wie eine doppelte Antwort auf die Kunstdebatten im Reichstag und neuerdings (14. April) im preussischen Abgeordnetenhaus lassen sich die Berliner Sommerausstellungen ansehen. Auch im preussischen Landtag ist trotz mancher Ansicht, die jeden mit Kunstdingen einigermaßen Vertrauten sonderbar be-

rühren musste, der Satz lebhaft betont worden, dass die Kunst frei sein müsse. Wollte man consequent sein, so müsste man darum die Richtung als massgebend anerkennen, der sich die Jugend, die Kraft und die Selbstständigkeit zuwenden. Die Ausstellung der BERLINER SECESSION enthält 243 Gemälde. Sie wirkt wie ein — jedenfalls beabsichtigter — Protest gegen die häufig geäusserte Behauptung, das Haus in der Kantstrasse sei lediglich die Pflegestätte eines einseitigen Impressionismus und Naturalismus. Wohl war auch bisher schon stilistischen Bestrebungen ein Platz gegönnt, aber niemals konnten sie sich noch so sehr ausbreiten, wie diesmal. Neben Strathmanns üppig farbigem Fabelvisionen steht Hodlers strenge Liniencomposition *Der Rückzug von Marignano*, die ein Halbbrund so sicher mit schreitenden Landsknechtsgestalten, dem Starren ihrer Lanzen und Wehen der Fahnen füllt; den herben Farben ist bei geringer Rücksicht auf Modellierung nur als einigermaßen heftiger Wechsel zwischen trübem Rot, Blau und Weiss Raum gegönnt. Der Däne Ejnar Nielsen verherrlicht die Mutterhoffnung, indem er die Gestalt einer Frau in lichtgrauem Kleide von ganz schwarzem Hintergrund sich heben lässt. Die ernsten senkrechten Linien, die durch die isolierte Stellung der Einzelfigur in das Bild kommen, verstärken den leidensinnenden Ausdruck der bleichen Züge. Diesmal war — freilich nur kurze Zeit — auch Emil Rudolf Weiss als Maler vertreten. Er wird auch heute noch viele fremd anmuten mit seiner streng ins Decorative umgebildeten Farbe und Zeichnung. Zwei Mädchenacte, ein rosiger Ton auf stumpfem Blau, die Füße stehen in blumigem Grün. Die Farben sind streng gesondert und noch durch bestimmte gezeichnete Conturlinien von einander getrennt, die Form ist durch diese Umriss und die äusserste Beschränkung der Schatten sehr vereinfacht, aber gerade dadurch ist Charakter und Ausdruck des Mädchens, das der Kindheit eben entwuchs, typisch festgehalten. Nur die Füße scheinen in der sparsamen Durchbildung das Stehen nicht energisch genug auszudrücken. Mit mehr Anlehnung an die Einzelheiten der Wirklichkeit, wenigstens in Modellierung und Farbe gewohnten Anschauungsbildern verwandter, ist Fritz Erlers *Fechter*, durch die Isolierung vor einer hellen Luft im Umriss so stark betont,

dass man von einer absichtlichen stilistischen Entfernung von der Natur reden kann. Die Betonung des zornigen Eifers macht zum erstenmal auch mit einer humoristischen Ader in diesem Maler bekannt. Vertrauter war in dieser Umgebung auch bisher schon die umdeutende Auffassung landschaftlicher Natur. Leistikow verhilft ihr auch diesmal wieder mit seinem Blick für die grossen Zusammenhänge eines Terrains und den Zusammenschluss bewegter Farbenspiele zu wuchtenden coloristischen Gegensätzen. Gustav Bechler, der ähnliche Absichten hat, weiss sich doch gegenüber dem Vorgange des Berliner Landschafters seine Selbständigkeit zu wahren. Mit diesen im Zusammenhang ist Wilhelm Laage zu nennen, der aus Holstein stammt und jetzt in Stuttgart heimisch ist. Einem sehr einfachen, wenig bewegten Terrain weisst er Tiefe zu geben, und aus dem Gewucher von rosa Weidenröschen macht er, indem er Wuchs und Einzelbildung deutlich zeigt, doch einen geschlossenen Farbenton. Darüber die ernste, trübe Luft, die sich, den Boden überspannend, wölbt, das Ganze ein sprechendes Naturbild aus Norddeutschland. Spitzer in der Formgebung und trockener in der Farbe ist die Naturauffassung von Steppes und die von Pietzsch. Der erste stützt sich mehr auf die Zeichnung, der zweite auf den Ton. So ist die Selbstherrlichkeit der jetzigen Generation der Natur gegenüber festzustellen. Vertrauen in ihre Absichten muss es erwecken, dass der junggebliebene Meister Thoma nicht unverwandt unter ihnen steht, wenn er seine geliebten Schwarzwaldtannen mit Zweigen und Stämmen wie ein grünes Netz über einen See zeichnet, dessen Rand von schützenden Bergen eingeschlossen ist. *Träumerei* nennt der Katalog das Bild, und tatsächlich ist es von Thomas Naturstimmung nie weit zur Lyrik und zum Märchen. Man steht mitten in ihm in den immer monumentaler werdenden Landschaften von Martin Brandenburg. Auch in dem Laub des Eichenriesen, den er diesmal in vollen Sonnenschein mitten hineinstellte, spannt sich ihm aus den Strahlen ein lachender Spuk, der sich hier in dem ganz kleinen Masstab besonders natürlich der Wirklichkeit einfügt. Zudem spendete dieser Phantast für den Katalog einige Vignetten, welche mit ihrer suggestiven Andeutungstiefe an die französischen Ornamentisten des XVIII. Jahrhunderts

heranreichen. Ludwig von Hofmann haben wir diesmal wieder als den Märchenprinzen der Farbe, der uns einen Blick in eine andere Welt tun lässt, wo wir wirklich einmal Decorationen haben werden, wie seine Skizze zu einem Theatervorhang es ahnen lässt. — So wenig, wie Phantasie und bewusstes Umdeuten der Wirklichkeit, fehlt in diesem Kreise der Einfluss alter Meister. Corinth war schon oft siegreich, wenn er sich in ihren Schutz begab. Diesmal hat ihm die Befolgung eines Compositionsschemas des Quattrocento — das nahe Zusammenrücken aller Gestalten in dieselbe Ebene — ein ganz reifes Werk beschert, indem es ihm die Klippe ersparte, die immer für ihn die gefährlichste war, nämlich die angemessene Einordnung aller Dinge und Figuren in einen Raum. Immer weiter scheint von diesem Maler Slevogt sich zu entfernen, der die Gestalten mit starker Hand aus dem Raum herausreisst und, um die vorderste frei und rund dastehen zu lassen, zu grellen Gegensätzen seine Zuflucht nimmt. Es ist eine Frage des Könnens, wie starke Mittel zu solcher Herausarbeitung nötig sind. Jedenfalls hat Liebermann mit seiner nackten Bubenschar in den Dünen endgiltig den Beweis geliefert, dass der Impressionismus mit der allerdiscretesten Ausdrucksweise Plastik der Erscheinung und Klarlegung der organischen Körperzusammenhänge bewältigen kann. Das coloristische Thema ist diesmal auf die geringen Abweichungen zwischen dem Gelb des Sandes und dem Incarnat der Haut gestellt, wenige dunklere Flecken der abgelegten Kleider und eine Ecke Himmelblau genügen, um dem ungemein hellen Ton eine vornehme Brillanz zu geben. Im tiefen Schatten eines verdunkelten Raumes bringt Graf Kalckreuth das anspruchslos anmutige Innehalten im Schreiten an einer Frauengestalt mit einer gleichsam verschwiegenen Malweise zur Geltung. Auch unter der folgenden Künstlergeneration nimmt die Disciplin der Technik zu. Georgi, Leo Putz und Münzer, die wackeren Mitglieder der Vereinigung *Scholle*, liefern den Nachweis, dass auch Schatten und der grüne Reflex — dieses Kampfobject der Freilichtmalerei — das Innwerden der Form nicht aufzuheben braucht. Unsere Jüngsten waren bisher oft mit ihren Pinselstichen gar zu beleidigend vorgegangen. Von den Berlinern war in diesem Punct Linde Walther immer auszunehmen. Heilemann

ist inzwischen auch künstlerisch gesetzter geworden. Kardorff findet sich im Portrait schon mit Gelassenheit mit der Technik ab, greift aber für schwierigere Aufgaben, wie einen weiblichen Act, noch zu sehr willkürlichen Conturen. Man sollte einmal den Unterschied feststellen zwischen dem betonten Umriss als Stilisierungsmittel, wo er die Malerei an die Fläche bindet, und dem Umziehen einer delicaten Stelle mit einer Linie, um die Form aus dem Grunde herauszuheben. Immer mehr verschwindet neuerdings bei Heinrich Hübner das Materielle hinter dem wohlausgedrückten Wesen farbiger Form. Sein Stilleben und die Landschaft gehören zu den starken Werken der Ausstellung.

Mit den Einladungen im Ausland hat man sich diesmal abgeklärte Erscheinungen zu sichern gewusst. Vielfach solche, die über das Umstrittenwerden hinaus sind: Whistler, Kroyer, Zorn, die bedeutenden Schilderer der Gestalt im Innenraum. Neu für Berlin ist Gordigiano-Florenz mit grosser Tonfeinheit und Eleganz, durch die er freilich die tragische Schönheit der Duse für manche Augen unkenntlich macht. Dies in grossen Zügen, was beim ersten Besuch als das Charakteristische der jüngsten Veranstaltung der Secession auffiel, welche die letzte in diesem Hause ist.

× Sucht man in der GROSSEN BERLINER KUNSTAUSSTELLUNG unter den Jungen nach künstlerischer Selbständigkeit — statt nach vielleicht geschmackvoller Tradition —, so kommt man zunächst auf die Landschafterschule, die aus Eugen Brachts Meisteratelier hervorging. Unter diesen jungen Leuten als der Kräftigste Kayser Eichberg, der neben der Farbe auch die Linie energisch sprechen lässt. Ferner macht sich schon seit mehreren Jahren Erich Eltze sehr bemerkbar, durch Figurenbilder im geschlossenen Raum, denen er einen hohen Grad von Formdurchbildung gibt und die er mit einer sehr delicaten und zurückhaltenden Technik farbig lebendig macht. Seine Halbfiguren von zwei Damen in Schwarz, die eine im vollen Licht, die andere in tiefen Halbtönen gestellt, zeigen bereits Meisterschaft, die von ihrem Können kein Aufhebens macht. Marie von Eyckhoff-Reitzenstein leistet Vornehmes im Portrait, und Lisbeth Goldbaum hat eine sehr stille und intime Versenkung in die Landschaft. Unter den Karlsruhern hebt

sich immer mehr Wilhelm Nagel heraus. Seine Landschaftsauffassung ist das Gegenteil von aller Stilisierung, indem er bei eindringlicher Durchführung des Details die Vorstellung von der Beweglichkeit von Laub und Zweig gibt. München sandte der akademischen Ausstellung an Hilfskräften abermals Lenbach: in seiner grösseren Sammlung sind einige hervorragende Bildnisse — bald nachher, Anfang Mai, ist Lenbach gestorben —, dann geschlossen die Luitpoldgruppe, in der sich Matiegzeck durch die sehr malerische Auffassung einer weiblichen liegenden Halbfigur auszeichnet und Konstantin Korzendörfer mit tieffarbigen Portraits, die wohl vom Einfluss Stucks zeugen, aber doch eigene Empfindung verraten. Thor ist auch diesmal wieder hervorragender im Interieur, als im Figurenbild, Ubbelohde lichtfarbig und temperamentvoll impressionistisch. Unter der Künstlerreihe, die zeitlich der gekennzeichneten voranging, steht, seit Arthur Kampf wie von der Ausstellungsleitung so auch von der Beteiligung zurücktrat, Ludwig Dettmann fast allein entwickelungsfähig da. Er folgt mit selbständigem Gefühl den flüchtigen Naturerscheinungen, sucht Windstöße, Staubwirbel und Regenbogenschimmern in breitfegenden Pinselstrichen zu erhaschen und liefert den Beweis, dass selbst ein Akademiendirector in Preussen akademischen Regeln nicht untertänig zu sein braucht.

Das Ausland ist nur vereinzelt vertreten. Am bemerkenswertesten durch frühe Bilder des Munkacsy, von denen die gefangenen Strolche auffallend der Dunkelmalerei Liebermanns vor dreissig Jahren gleichen.

Der Katalog weist an Gemälden 1206 Nummern auf.

ANNA PLEHN

DIVERSA

Bücher

Unter dem TITEL *DENKWÜRDIGKEITEN UND ERINNERUNGEN EINES ARBEITERS*, NEUE FOLGE, /Leipzig, Eugen Diederichs/ hat Paul Göhre einen zweiten Band jenes seltamen Buches von Karl Fischer erscheinen lassen; und von neuem zwingt sich uns die Empfindung auf, dass da seelische Zustände sich offenbaren, die uns bisher fast völlig fremd gewesen sind. Ich denke nicht hierbei an den Inhalt des Erzählten, sondern in erster Reihe an

die ganz besondere Art Fischers, die ihm begegnenden Dinge anzuschauen und zu berichten. Fast unbewusst scheint er in der Auswahl dessen, was er erzählt, zu verfahren; er gibt eben alles wieder, was er gesehen hat, und ordentlich leid tut es ihm, wenn das Äussere irgend eines Menschen, mit dem der Zufall ihn vor Jahren für eine Weile zusammengeführt hat, ihm entschwunden ist. Dass man bei dieser Methode des Erzählens ein gut Teil Langeweile in Kauf nehmen muss, ist klar; dafür bietet sie aber auch ganz neue Gesichtspunkte. Wie anders verfahren wir, wenn wir ein inneres oder äusseres Erlebnis berichten: Wir scheiden unter irgend einem Gesichtspunkt Wesentliches und Unwesentliches ab, bis schliesslich unser Bericht eine dem Begebnis gänzlich fremde Färbung erhält. Ich las neulich in dem Tagebuch eines jungen Menschen. Sicherlich lebte er in dem Glauben, in objectivem Sinne Tatsachen zu geben: er sah sich etwa in dem Licht eines Menschen, der grosse Lebensfreuden ganz besonders zu geniessen befähigt sei, und stilisierte sich demnach lustig nach dieser Richtung hin, indem er, wohl nur halb bewusst, das eine unterstrich, das andere aber, was nicht in diesen Stil passt, fein verschwiegel; und genau so verfahren wir beim Erzählen von äusseren Begebenheiten. So scheint bei uns die Phantasiowelt arg beschnitten durch irgend welche Schemata; die unser wohl gezüchteter Verstand überall heranzulegen genötigt ist. — Diese Verschiedenheit unserer Darstellungsart von der Fischers wird an einem Citat aus Fischer selbst am klarsten: Er erzählt, wie die Aushilfe, die er von Hause zu bekommen hoffte, ausblieb und er einstweilen in der schlimmen Not weiter leben musste — »mir war zu enge im Zimmer und musste raus und allein sein, denn ich wollte laut aufschreien und konnte nicht, aber als ich draussen auf der Landstrasse war, da konnte ich mich ausweinen. Da begegnete mir niemand, bloss gleich anfangs, da begegnete mir eine zweispännige Kutsche, da sass eine dicke Frau drinne, die hatte ein schönes blaues oder lila Kleid an.« — Wer von uns allen hätte in einem ähnlichen Jammer das überhaupt gesehen? Wer, wenn er es gesehen, hätte es gesagt, und wenn er es selbst hätte sagen wollen, wer hätte der Farbe des Kleides eine solche Wichtigkeit beigemessen, noch hinzuzufügen *ein blaues oder lila Kleid?*

Das Buch erweckt an vielen Stellen den lebhaften Eindruck, dass hinter diesen Erzählungen eine stark empfindende Persönlichkeit dahinter steht, wenn man auch allerdings ein gut Teil der Frische und Anschaulichkeit des Ausdrucks nicht als einen Fischer eigentümlichen Besitz ansehen kann, sondern als den seines ganzen Standes, dessen Sprache naturgemäss noch sinnlicher ist. — Befremdend wirkt übrigens, dass Fischer trotz der Genauigkeit und Ehrlichkeit seiner Berichte niemals irgend welche sexuellen Dinge streift; ob Schamhaftigkeit ihn abgehalten hat oder sein Leben wirklich ohne dergleichen Momente abgelaufen sein mag, ist unklar. — Das Wesentlichste an seiner Person ist eine allgemein lebendige Aufnahmekraft. Eigentlich hat er sein Leben ja ohne besondere Initiative gelebt: seelisch zu fein, um sich mit raschem Selbstbewusstsein durchzusetzen, ist er durch sein Leben geschoben worden — einmal von den Umständen, ein andermal ohne bewusste Wahl von dunklen Instincten gelenkt. So lässt er sich nach der See ziehen, und wie er nach der Eifel kommt, sagt er: »Da gefiel es mir, das Wandern, und ich erkundigte mich nicht nach Arbeit und kroch in der Eifel umher und kam nach Aachen.«

So macht er äusserlich aus seinem Leben kaum etwas, aber er bleibt aufnehmend — und dieses in erster Reihe im künstlerischen und moralischen und nicht etwa im politischen und socialen Sein — aufnehmend gegenüber allem Grössen, was das Leben ihm zuführt. Wo er seelischen Ausserungen von Menschen begegnet, die nicht etwa durch Standesgewohnheiten beschnitten sind, da klingt in seinem Erzählen eine seltsame Andacht durch: Er hat von dem Tod seiner Schwester gehört; er geht weiter und hat lange umsonst gefochten, bis er in eine kleine Hütte kommt, wo die Frau ihm etwas zu essen gibt — und die Frau nahm das Kind ab und setzte sich auch dabei. Da haben wir schweigend gegessen, ich konnte kein Wort herausbringen, und die Leute haben auch kein Wort gesagt und liessen mich ruhig essen, und als ich fertig war, war der Dank das einzige, was ich gesagt habe. . . . Da war mir alles leid in der Welt, und ich verachtete alles und möchte gar nicht mehr in der Welt sein und möchte auch nicht mehr nach Hause gehen, sondern wollte lieber sterben und dort sein, wo meine Schwester wäre. . . .

LIBETH STERN